ISSN 0948-2407 | 67 485 | **2,00 Euro**

DISPUT

September 2009

Wahlkampf-Endspurt: Zehn Tipps für »Zehn plus X«
Kräftiger Rückenwind: Die Ergebnisse vom 30. August beflügeln auch für die Bundestagswahl
Vor den Landtagswahlen in Brandenburg und Schleswig-Holstein
Heinz Vietze: Über Inkonsequenz und Konsequenzen. Als Politiker in zwei Systemen
Anecken auf Holländisch. Die Gruppe bots bietet Popmusik mit sozial engagierten Texten

Krieg ist kein Mittel der Politik. Das demonstrierte DIE LINKE auch auf ihrer Kundgebung am 8. September in Berlin

© Thomas Herbell

ZITAT

Ihre Regierungstätigkeit hat sich vielleicht für Sie gelohnt, aber nicht für die Bevölkerung.
Gregor Gysi zu Schwarz-Rot, Bundestag, 8. September 2009

© Erich Wehnert

Für die Wählerinnen und Wähler stets ansprechbereit: Heidrun Bluhm. Seite 20.

ZAHL DES MONATS

581

Seit dem Erfolg bei den Landtagswahlen am 30. August meldeten allein bei der Bundesgeschäftsstelle 581 Frauen und Männer ihren Eintritt in DIE LINKE an.

4 WAHLKAMPF-ENDSPURT
Dietmar Bartsch: Zehn Tipps für »Zehn plus X«

6 BUNDESTAGSWAHL
Ich kandidiere: Franziska Stier, Erkan Dinar, Rolf Pannicke, Sabine Stüber, Michael Bruns

10 LANDTAGSWAHLKÄMPFE I
Eindrücke aus dem Saarland, aus Sachsen und Thüringen

12 WAHLERGEBNISSE
Horst Kahrs: 30. August brachte kräftigen Rückenwind

14 LANDTAGSWAHLKÄMPFE II
Eindrücke aus dem Saarland, aus Sachsen und Thüringen

16 PROGRAMME
Der Vergleich. Was die Parteien wollen

18 KANDIDAT
Erste Ermittlungen. Ein Oberkommissar strebt in den Bundestag

20 REPORTAGE
Von Dorf zu Dorf zu Dorf. Unterwegs mit Heidrun Bluhm

24 LANDTAGSWAHL
Knallhart und konstruktiv – in Schleswig-Holstein

26 LANDTAGSWAHL
Vor der Entscheidung in Brandenburg

30 PRESSEDIENST

31 ABRÜSTUNG
Eine Welt ohne Atomwaffen

32 GESCHLECHTERPOLITIK
Beide Perspektiven denken! Ein neues Netzwerk

33 NACHBELICHTET

34 GESCHICHTE
Erosion und Selbsttäuschung. Die Moskauer Beratung 1969

36 DAS GESPRÄCH
Heinz Vietze: »Es war ein schmerzlicher Prozess«

40 INTERNATIONAL
Das XV. Treffen des Forums von São Paulo

41 INTERNATIONAL
Die Volksmacht stärken. Venezuela heute

© Frank Schwarz

Wahlkampf mit Erfolg. Eindrücke aus Sachsen, Thüringen und dem Saarland. Seite 10, Seite 14.

42 KULTUR
Anecken auf Holländisch. Die Gruppe bots

44 BRIEFE

45 SOLIDARISCH
Mathieu Carrière zu seiner Unterstützung für DIE LINKE

46 BÜCHER

47 SEPTEMBERKOLUMNE

48 SEITE ACHTUNDVIERZIG

© privat

Ich kandidiere: Franziska Stier. Seite 6.

IMPRESSUM DISPUT ist die Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE, herausgegeben vom Parteivorstand, und erscheint einmal monatlich über Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14 – 16, 10178 Berlin **REDAKTION** Stefan Richter, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: (030) 24 00 95 10, Fax: (030) 24 00 93 99, E-Mail: disput@die-linke.de **GRAFIK UND LAYOUT** Thomas Herbell **DRUCK** MediaService GmbH BärenDruck und Werbung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin **ABOSERVICE** Neues Deutschland, Druckerei und Verlag GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: (030) 29 78 18 00 **ISSN** 0948-2407 **REDAKTIONSSCHLUSS** 14. September 2009 **DER NÄCHSTE DISPUT** 15. Oktober 2009

© privat

MARINA HINZE

Jahrgang 1956. Lebt in Köthen (Sachsen-Anhalt) und hat einen erwachsenen Sohn und eine Enkeltochter. Sie ist Lehrerin an einer Sekundarschule für die Fächer Geschichte, Sozialkunde sowie Ethik und seit 2007 Vorsitzende der Kreistagsfraktion der LINKEN in Anhalt-Bitterfeld. Sie interessiert sich besonders für Regionalgeschichte.

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?
Die Wissbegierde meiner 20 Monate alten Enkeltochter.

Was ist für dich links?
Wenn sich jemand für die Belange benachteiligter Menschen einsetzt, ohne auf den eigenen Vorteil zu schauen.

Worin siehst du deine größte Schwäche, worin deine größte Stärke?
Eine meiner Schwächen: Manchmal fehlt mir etwas der Humor im Umgang mit politischen Kontrahenten im Stadtrat und im Kreistag.
Eine meiner Stärken: Zuverlässigkeit.

Was war dein erster Berufswunsch?
Zootierpflegerin (nachdem ich das Kinderbuch »Tierpflegerin Uschi« von Friedel Hart gelesen hatte).

Wie sieht Arbeit aus, die dich zufrieden macht?
Wenn meine Schüler eine Aha-Erlebnis haben (viel zu selten).

Wenn du Parteivorsitzende wärst ...
... würde ich mich für mehr Gelassenheit und einen freundlicheren Umgangston unter den Genossinnen und Genossen stark machen (besonders bei Diskussionen auf Parteitagen).

Wann und wie hast du unlängst Solidarität gespürt?
Bei meiner Kandidatur zur Oberbürgermeisterwahl in Köthen.

Wofür gibst du gerne Geld aus?
Wenn ich was übrig habe: für meine Enkeltochter und für Urlaubsreisen.

Möchtest du (manchmal) anders sein, als du bist?
Ja, ich würde gern etwas unbeschwerter und mit mehr Leichtigkeit durchs Leben gehen.

Müssen Helden und Vorbilder sein?
Für Kinder ja, ich brauche keine mehr.

Wann fühlst du dich gut?
Nach erfolgreicher Arbeit in der Schule und im Köthener Stadtrat und natürlich immer zu Beginn der Sommerferien.

Wo möchtest du am liebsten leben?
Hier in meiner Heimatstadt und manchmal auf Thomas Morus' Insel »Utopia«.

Worüber und mit wem lachst du besonders gern?
Über alles Lustige, was nicht auf Kosten anderer geht, mit meinen Schülern und meiner Kollegin/Freundin Silvia.

Wovor hast du Angst?
Die Unabhängigkeit im Alter zu verlieren.

Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?
Treue zu sich selbst und Loyalität anderen gegenüber.

Wie lautet dein Lebensmotto?
»Es bleibt einem im Leben nur das, was man verschenkt hat.«
(Robert Stolz)

Zehn Tipps für »Zehn plus X«

Von Bundeswahlkampfleiter Dietmar Bartsch

In gut einer Woche, am 27. September, geht das Wahljahr 2009 in seine letzte Runde. Gewählt werden der 17. Deutsche Bundestag und die Landtage von Brandenburg und Schleswig-Holstein. Vor allem vom Ergebnis der Bundestagswahl hängt es ab, ob DIE LINKE tatsächlich von einem »Superwahljahr« sprechen kann. Die Ausgangsbedingungen haben sich mit unseren Ergebnissen bei den Landtagswahlen im Saarland, in Thüringen und Sachsen sowie bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen weiter verbessert. Unser Wahlziel für die Bundestagswahl lautet »10 Prozent plus X«. Das können wir gut schaffen, vorausgesetzt, wir legen alle Kraft in den Schlussspurt. Immer mehr Menschen treffen ihre Wahlentscheidung erst in letzter Minute, also muss auch der Wahlkampf bis in den Wahltag hinein gehen.

Ich möchte zehn Tipps geben für »Zehn plus X«:

1. Auf den Plakaten, die wir bundesweit kleben, kommen unsere **wichtigsten Inhalte** zum Ausdruck: Mindestlohn gerade jetzt! Gegen die Rente ab 67! Hartz IV abwählen! Reichtum besteuern! Mehr Geld für Bildung, nicht für Banken! Raus aus Afghanistan! Wir werden an den Schwerpunkten dranbleiben, die bereits bisher unser Handeln bestimmt haben. Von der Oppositionsbank aus wird DIE LINKE die künftige Bundesregierung permanent dazu anhalten, ihre Politik in genau diese Richtungen zu verändern. Das sollen unsere Wählerinnen und Wähler wissen, das müssen wir ihnen jetzt sagen!

Das Gespräch suchen

2. Besonders die nächsten Tage wollen wir nutzen, nachdrücklich auf die Möglichkeit einer **Briefwahl** aufmerksam zu machen. Wer, aus welchen Gründen auch immer, unsicher ist, am Wahlsonntag das Wahllokal aufsuchen zu können, sollte davon Gebrauch machen. Die Zeit drängt, der letzte Termin für die Beantragung von Wahlscheinen und Briefwahlunterlagen ist zwei Tage vor der Wahl, also Freitag, der 25. September 2009, um 18.00 Uhr. Wie es praktisch geht, steht unter anderem auf der Wahlbenachrichtigung, die alle Wählerinnen und Wähler erhalten haben.

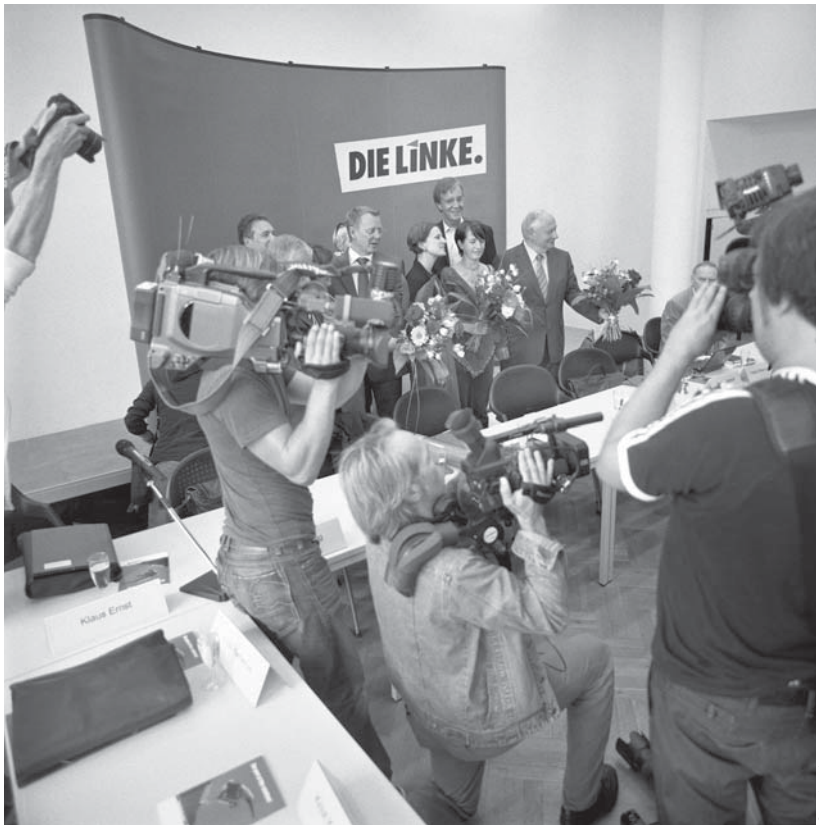
3. Unser wichtigstes Werbemittel an Infoständen und zur Straßenverteilung ist jetzt die **Wahlzeitung**. Das locker aufgemachte Blättchen enthält eine Menge Informationen über unsere Partei, unsere Positionen, Forderungen und Ziele und über unsere Kandidatinnen und Kandidaten. Wichtig ist es, sich damit nicht hinter Infotischen oder gar in Vereinszimmern zu verschanzen, sondern offen auf die Leute zuzugehen und das Gespräch zu suchen. Die Wahlzeitung kann da die Brücke schlagen.

4. In den Tagen unmittelbar vor der Bundestagswahl wollen wir einen **Brief von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine**, unseren beiden Spitzenkandidaten, an die Wählerinnen und Wähler in möglichst viele Briefkästen stecken. Dafür werden überall helfende Hände gebraucht.

5. In unseren Geschäftsstellen muss jetzt das Schlussverkauf-Motto gelten: **Alles muss raus!** Unsere Plakate, Broschüren und sonstigen Werbemittel haben am Abend des 27. September ihren Wert verloren. Bis dahin helfen sie uns beim Ringen um jede Stimme. Der Wahlkampf kostet leider auch eine Menge Geld, da darf kein Euro umsonst ausgegeben sein. Übrigens: Ein Wahlziel haben wir schon erreicht, denn unser Spendenbarometer weist seit geraumer Zeit mehr als 500.000 Euro aus. Das ist vor allem deshalb so wichtig, weil von den Bundestagsparteien einzig DIE LINKE nichts von den Banken, Versicherungen und Konzernen herübergereicht bekommt. Deshalb ein herzliches Dankeschön allen Spenderinnen und Spendern – und natürlich freuen wir uns auch weiter über jeden Euro!

6. Die **Kundgebungen** erfüllen eine wichtige Funktion im Wahlkampf, denn dort entstehen die Bilder für die Zeitungen und das Fernsehen. Ich bitte unsere Genossinnen und Genossen, dafür zu werben und selbst mit Kind und Kegel, mit Fahnen und Transparenten

Blumen zum Wahlerfolg



© Erich Wehnert

Klaus Stuttmann

teilzunehmen. Bundesweit werden wir große Kundgebungen durchführen mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten, aber natürlich auch mit Musik und Unterhaltung. Ich will ganz besonders hinweisen auf die Veranstaltung der LINKEN am Freitag, dem 25. September, von 15.00 bis 17.00 Uhr auf dem Berliner Alexanderplatz.

7. In allen Landes- und Kreisverbänden werden Vorbereitungen getroffen für den sogenannten **48-Stunden-Wahlkampf**. Das ist dann wirklich der Endspurt, bei dem wir mit originellen Ideen und Aktionen auf die Wählerinnen und Wähler zugehen werden. Je mehr Mitglieder und Freunde der Partei mit von der Partie sind, desto zahlreicher können wir in Einkaufspassagen und in Kneipen, vor Stadien oder auf Volksfesten präsent sein. Unmittelbar vor dem Wahltag soll an vielen Orten sichtbar sein: Hier ist DIE LINKE!

8. Das Allerwichtigste ist natürlich: **Am Sonntag, dem 27. September, wählen gehen!** Selbst den Gang ins Wahllokal nicht vergessen und – sicher ist sicher – vielleicht auch noch mal kurz bei Freunden, Kindern, Enkeln anrufen! Erst kürzlich, am 30. August, hat sich wieder gezeigt: Eine hohe Wahlteilnahme ist gut für DIE LINKE und hilft, die Nazis aus den Parlamenten rauszuhalten. Wählen ist einfach: Jede Stimme für DIE LINKE. Ganz sicher geht, wer die Erststimme der Kandidatin oder dem Kandidaten der LINKEN im Wahlkreis und die Zweitstimme der Landesliste der LINKEN gibt. Das ist der beste Weg für mehr Druck von links. Im Zweifelsfall gilt: »Die Zweite zuerst!«, denn mit der sogenannten Zweitstimme entscheiden die Wählerinnen und Wähler über die Stärke der Fraktionen im künftigen Bundestag.

9. Wahlkampf ist eine kollektive Anstrengung, da gehört es einfach dazu, nach getaner Arbeit auch gemeinsam zu feiern. Vielerorts werden **Wahlpartys** vorbereitet, ich freue mich schon auf unser großes Fest am Wahlabend in der traditionsreichen Berliner Kulturbrauerei im Prenzlauer Berg.

10. Bevor dann Zeit ist für Luftholen und Auftanken, werden es unsere Vorstände nicht vergessen, unseren Wählerinnen und Wählern, unseren Kandidatinnen und Kandidaten und ganz besonders unseren Wahlkampfaktivistinnen und -aktivisten ein großes **Dankeschön** zu sagen. Ich bin gewiss, wir werden allen Grund dazu haben!

Programmtipp

LINKE-Wahlempfehlung in Fernsehen und Funk

ARD: 23.9., ca. 22:58 Uhr
ZDF: 25.9., ca. 17:10 Uhr
Hessischer Rundfunk,
hr-info: 21.9., ca. 11:58 Uhr
hr1: 22.9., ca. 15:26 Uhr
Südwestrundfunk,
SWR 1: 23.9., ca. 12:55 Uhr
SWR 4: 25.9., ca. 16:55 Uhr
Mitteldeutscher Rundfunk,
MDR JUMP: 17.9., ca. 13:27 Uhr
MDR JUMP: 24.9., ca. 13:27 Uhr
Norddeutscher Rundfunk,
NDR Info: 17.9., ca. 11:58 Uhr
NDR Info: 21.9., ca. 14:58 Uhr
NDR Info: 25.9., ca. 15:58 Uhr
Westdeutscher Rundfunk,
WDR 2: 18.9., ca. 15:05 Uhr
WDR 4: 24.9.09, ca. 13:05 Uhr
Deutschlandradio, Deutschlandradio Kultur: 23.9., ca. 11:57 Uhr
Bayrischer Rundfunk,
Bayern 1: 22.9., ca. 8:57 Uhr
Bayern 3: 17.9., ca. 6:30 Uhr
Bayern 3: 23.9., ca. 14:10 Uhr

Sabine Stüber

Aktiv wird man ganz praktisch

Mein Wahlkreis liegt im äußersten Nordosten Brandenburgs und ist geprägt von sanfter Landschaft mit vielen Seen und zurückhaltenden Menschen. Geprägt auch von Naturtourismus, Landwirtschaft, wenig Industrie, hoher Arbeitslosigkeit mit all den damit verbundenen Problemen. Dieser Landstrich ist meine Heimat.

In Prenzlau bin ich geboren und arbeite jetzt dort und in Eberswalde wohne ich seit mehr als 25 Jahren, hier bin ich Abgeordnete. Dieser Landstrich und seine Bewohnerinnen und Bewohner mit ihren Sorgen und Nöten liegen mir besonders am Herzen.

Und so ist das auch mit der Partei und der Politik. Man könnte mich eine Gefühlssozialistin nennen. Dabei denke ich schon, dass die Marx'schen Analysen des Kapitalismus auch heute ein gutes Handwerkszeug darstellen. Aber aktiv wird man ja nicht theoretisch, sondern ganz praktisch. Ungerechtigkeiten regen mich auf und treiben mich zum Handeln. So bin ich zur Partei gekommen, schon in der DDR.

Seit 1990 vertrat ich die PDS in den verschiedenen Kommunalparlamenten im Barnim. Schnell zeigte sich, dass das neue Gesellschaftssystem viele Probleme und Fragen nicht zu lösen imstande ist. Dazu kam, dass das neue Deutschland seit den 90er Jahren wieder auf kriegerische Mittel zur Durchsetzung seiner Politik setzt und die drängender werdende Lösung von Umweltfragen nur sehr zögerlich gegen die Großindustrie durchsetzt. Die globale Finanzkrise, die sich zwangsläufig zu einer globalen Wirtschaftskrise ausweitete und der eine weitere Verschlechterung der sozialen Lage eines Großteils der Bevölkerung folgen wird, ist ein weiterer Fingerzeig dafür, dass innerhalb dieser Strukturen eine weitreichende Lösung nicht möglich sein wird. Der Kampf für eine neue Gesellschaftsordnung, die ich Sozialismus nenne, ist für mich nichts Rückwärtsgewandtes, keine Nostalgie, sondern

Ich kandidiere!

Eine Partei für den Alltag – und deshalb auch für den Wahltag. DISPUT stellt fünf KandidatInnen vor.

FRANZISKA STIER, 24, Studentin, Direktkandidatin für Konstanz und auf Platz 11 der Landesliste Baden-Württemberg

ROLF PANNICKE, 40, Polizeivollzugsbeamter, Direktkandidat im Wahlkreis Deggendorf

ERKAN DINAR, 28, Einzelhandelskaufmann, Direktkandidat im Wahlkreis Ansbach

SABINE STÜBER, 55, Diplomingenieurin für Landmaschinenbau, Direktkandidatin für Uckermark-Barnim II und auf Platz 9 der Landesliste Brandenburg

MICHAEL BRUNS, 37, Werkzeugmechaniker, Direktkandidat im Wahlkreis Soest und auf Platz 16 der Landesliste Nordrhein-Westfalen

© privat (5)

das Suchen nach Möglichkeiten zur Lösung der drängendsten Menschheitsprobleme. Das ist letztendlich der Antrieb für mein politisches Handeln.

Natürlich weiß ich, dass das nur ein sehr langwieriger Prozess sein kann und dass bis dahin viele Aufgaben angepackt werden müssen. Deswegen gibt es eine Reihe unmittelbarer Forderungen, für die ich streiten möchte, wie zum Beispiel die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und die Ersetzung von Hartz IV durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung.

Ganz besonders liegen mir Gleichstellungsfragen am Herzen. Schon an den Runden Tischen habe ich 1990 versucht, dafür zu kämpfen, dass einige in der DDR erreichten Dinge auf diesem Gebiet nicht auf westdeutsches Niveau zurückfallen. Überhaupt werden in der Bundesrepublik die Frauen mehrfach benachteiligt. Nicht nur, dass sie für gleiche Arbeit nicht den gleichen Lohn erhalten, sie müssen oft auch die schweren Probleme, die sich aus der drastischen Verschlechterung der sozialen Lage von Familien ergeben, allein schultern. Wie vielfältig die zu lösenden Fragen sind, habe ich als Sprecherin der Frauenpolitischen Rates in Brandenburg erfahren.

Egal wie das Wahlergebnisse ausfällt: DIE LINKE wirkt, auch außerhalb von Regierungen und Parlamenten.

Erkan Dinar

Dort, wo die Menschen sind

Einen Tag nach der Bundestagswahl 1998 bin ich begeistert in die SPD eingetreten, um Anteil zu haben an der sozialen Umgestaltung dieses Landes. Es dauerte nicht lange und die Schröder-Fischer-Regierung führte Deutschland in einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Deutsche Bomben fielen wieder auf Belgrad. Den innerparteilichen Kampf gegen diesen Angriffskrieg verloren daraufhin viele gute und ehrliche SozialdemokratInnen, die sich der Außenpolitik von Willy Brandt verpflichtet fühlten. Mit jedem weiteren Bruch des Koalitionsvertrages fiel ich mehr in Lethargie. Im Juni 2002 war für mich endgültig Schluss, als der sozialdemokratische Innenminister Otto Schily davon sprach, dass die beste Form von Integration »Assimilierung« sei. Politisch heimatlos beobachtete ich den Wahlkampf 2002 und sah, wie die PDS als Fraktion aus dem Bundestag flog. Einen Tag nach der Wahl wurde ich PDS-Mitglied, weil ich fest davon überzeugt war, dass nach dem Ausscheiden der einzigen sozialen Kraft aus dem Bundestag der Ausverkauf des Sozialstaats beginnen würde. Leider lag ich richtig. Nur wenige Monate später hielt Schröder seine Agenda 2010-Rede. Mit Hartz IV wurde das Armutsgesetz schlechthin auf den Weg gebracht.

Im durch und durch antikommunistisch geprägten ländlichen Bayern Politik zu machen, war nicht leicht, und oft dachte ich an einen Rückzug ins Privatleben. Das Signal von Oskar Lafontaine zur Fusion von PDS und WASG gab jedoch mir und den anderen wenigen Mitgliedern vor Ort den nötigen Mut weiterzumachen. Wir bekamen Zulauf, der Jugendverband wurde größer, und ein Stadtrat der Grünen wechselte in die WASG und danach in DIE LINKE. Nach der Bundestagswahl 2005 begannen wir den Kampf um kommunale Mandate. Wir arbeiteten als einzige Partei im Landkreis ein Wahlprogramm aus und sammelten in kalten Winterwochen die nötigen Unterschriften für den Wahlantritt. Es lohnte sich: Von den anderen Parteien belächelt, kamen zwei Stadtratssitze und ein Kreistagssitz raus.

In den letzten vier Jahren nahmen wir an Bundestags-, Kommunal-, Bezirkstags-, Landtags- und Europawahlen teil. Nun sind wir ein wenig müde. Doch es geht momentan um zu viel, als dass wir uns jetzt ausruhen könnten. Die Bundestagswahl 2009 ist mehr als eine gewöhnliche Wahl, und das historische Ziel der LINKEN, dieses Land gesellschaftlich, ökonomisch und politisch radikal zu ändern, ist noch nicht erfüllt. Deshalb ist es für uns im fränkischen Seenland wichtig, den Kampf gegen Ar-

mut und Ungerechtigkeiten auch in unserer Region sichtbar zu machen.

Die Rente ab 67 ist auf der Straße ein oft angesprochenes Thema. Über allem droht die Arbeitslosigkeit, und dies ist leider keine nur gefühlte Angst. Unter den 63- und 64jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind keine acht Prozent in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Hier wurde klar Rentenkürzung betrieben, und die SPD war wieder einmal einer der Umsetzer. Dies sind einige der Beispiele, weshalb der Zuspruch für DIE LINKE wächst. Wir müssen uns also treu und weiterhin konsequent sozial auf Seite der Ungehörten bleiben. DIE LINKE steht aus meiner Sicht für konsequente politische Alternativen. Meine Genossinnen und Genossen und ich werden für diese klaren Positionen kämpfen und auf den Straßen und Plätzen unseres Wahlkreises sein. Dort, wo die Menschen sind.

Franziska Stier

Politik ist kein Konsumgut

Zur Partei kam ich über die Erkenntnis, dass sich Dinge nur ändern, wenn man dafür streitet. Aktiv wurde ich im Jahr 2007, als es an unserer Universität studentische Bestrebungen gab, die basisdemokratischen Elemente unseres Allgemeinen Studierendenausschusses abzuschaffen. Die frühere ['solid]-Hochschulgruppe setzte sich massiv dagegen ein und animierte mich und eine andere Genossin, auf der unabhängigen Liste zu kandidieren. Die Wahl verlief für uns sehr erfolgreich, und plötzlich war ich AStA-Vorsitzende. Ein hartes Jahr stand uns damals bevor. Da im AStA nicht gerade Einigkeit herrschte, wuchs unsere Hochschulgruppe stark zusammen.

Dass ich bis dahin nicht aktiv war, bedeutete keineswegs, dass ich nicht politisiert war. Ich hegte von jeher Sympathien für die PDS. Das wurde mir größtenteils in meinem Elternhaus mitgegeben. In meinem Heimatlandkreis in Sachsen-Anhalt gehören prekäre Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit junger Menschen zum Alltag und machten auch vor meinem familiären Umfeld und meinem Freundeskreis nicht halt.

Parallel zum Ansteigen der Resignation betroffener Freunde stieg meine Wut auf ein korruptes politisches System. Ich wusste, dass es Alternativen zur damaligen wie auch heutigen Situation gibt. Leider erscheint es mir oft unmöglich, dieses Wissen zu vermitteln. Das ärgert mich, denn genau hier liegt mein primärer Anspruch an Politik. Essenziell ist für mich, Leute mitzuziehen. Politik ist kein Konsumgut, das »irgendwie da ist«, sondern bietet Raum zur Gestaltung der eigenen Lebensrealität. In dieser Frage sehe ich den wichtigsten Unterschied zwischen unseren Strukturen und denen anderer Parteien. Ich bin nicht Mitglied eines Wahlvereins, ich bin vielmehr Teil einer Bewegung. Plakate, auf denen steht »Wir für euch!«, und politische Auswertungen, die sich rein auf die Sichtbarkeit von Fahnen und Transparenten auf Demonstrationen beschränken, stehen exemplarisch für eine politische Struktur, die eigentlich keine ist.

Konstanz ist in vielerlei Hinsicht ein schwieriges Pflaster. Im Landkreis könnte die CDU einen Klappstuhl aufstellen, der tatsächlich gewählt würde. Die Stadt selbst hat einen Bionade-Bourgeoisie-grünen Charme. Das größte Problem der Konstanzer scheint es zu sein, dass betrunkene Jugendliche in ihren Vorgarten pinkeln. Dennoch, gerade durch den Bundestagswahlkampf kommen auch ernste Probleme zutage, und Menschen aus den unterschiedlichsten Milieus tragen mir ihre Sorgen zu.

Die Jugendarbeitslosigkeit stieg im Kreis um 56 Prozent, das einzige selbstverwaltete Jugendzentrum der Stadt hat massive finanzielle Schwierigkeiten, und die Deckelung der Krankenhäuser sorgt für schlimme Zustände im Zentrum für Psychiatrie. Im Vergleich zu anderen Regionen sind unsere Probleme derzeit relativ banal. Nach den Wahlen wird sich das wahrscheinlich ändern.

Es ärgert mich, dass das Aussprechen dieser Warnungen meist versandet, und noch mehr regt es mich auf, wenn Menschen, die vom System an die Wand gedrückt werden und von der Hand in den Mund leben, Erklärungen darüber abliefern, dass es keine Alternativen zu Hartz IV, Rente ab 67 und prekärer Beschäftigung gibt. Sie glauben, die oft wiederholten Lügen als Wahrheit zu erkennen. Das Schlimmste jedoch ist das Wissen um Menschen, die ohne persönliche Verfehlungen einfach keine Chance in diesem System haben.

Die Wut, die ich empfinde, wenn unsere Marktfundamentalisten ihren neoliberalen Müll von sich geben, sowie die Erkenntnis, dass ein alternatives Gesellschaftssystem möglich ist, sind der Motor meines politischen Handelns.

Rolf Pannicke

Keine Versager oder Spinner

Ich bin 1969 in der DDR geboren worden. Ich hatte dort eine glückliche Kindheit. Mein Vater war als Volkspolizist natürlich Parteimitglied, meine Mutter als Arbeiterin aber nicht.

Schon früh stand für mich fest, dass ich einmal in die Fußstapfen meines Vaters treten wollte. Da man in der DDR als Polizist eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen musste, begann ich eine Lehre zum Elektromonteur. Mit 18 Jahren trat ich der SED bei, obwohl ich nicht alles im Land gut fand und die Defizite des Kommandosozialismus mehr als deutlich zu Tage traten. Aber ich glaubte daran, dass der Weg grundsätzlich richtig ist, es aber noch einiger Verbesserungen und Veränderungen bedürfe, um einen wirklich guten Sozialismus zu erreichen. Nachdem in der Wendezeit sehr viel über die wahren Machtstrukturen und die Verfehlungen und Machtmissbräuche in der DDR bekannt wurde, trat ich aus der SED aus. Dennoch oder gerade wegen dieser Ereignisse reifte in mir eine kritische Grundeinstellung, die dazu führte, dass ich in Zukunft nahezu nichts mehr hinnahm oder glaubte, ohne es zu hinterfragen. Der Sozialismus

war untergegangen, in dieser Form sicher zu Recht. Aber war der Kapitalismus wirklich besser, oder war er eben nur übrig geblieben? War er in der Lage, die großen globalen Probleme, wie Armut, Umweltzerstörung und Krieg zu beseitigen? Eher nicht. Außer mehr Wohlstand für wenige auf Kosten vieler und der Umwelt hatte er nichts erreicht. Ich blieb skeptisch und war in den nächsten Jahren ein aufmerksamer Beobachter der Ereignisse. Ich begann meine Laufbahn als Polizist im Bundesgrenzschutz, heiratete und wir bekamen einen Sohn.

1998 schafften es dann SPD und Grüne endlich, 16 Jahre Kohl-Herrschaft zu beenden. Nun würde es auch für die kleinen Leute wieder besser werden, war ich überzeugt. Aber ein weiteres Mal wurde ich enttäuscht. Der Genosse der Bosse tat, was die Bosse von ihm erwarteten. Und die Grünen ließen sich nahezu widerstandslos »verschrödern«. Wo waren die Alternativen? Die PDS in Bayern? Diese erschien mir als eine Truppe, für die es nie einen Untergang des Sozialismus gegeben hatte und für die an allem nur der Westen schuld war. Was also tun? Ich entschloss mich, Mitglied bei attac zu werden. In der Zeit wuchs ihr Einfluss und ihre Bekanntheit enorm. Sie stellten sich dem immer frecher auftretenden Neoliberalismus in den Weg und zeigten Alternativen auf. 2005 endlich gründete sich eine ganz neue Partei, die WASG. Ich trat dieser Partei bei.

Zur Landtagswahl 2008 trat ich das erste Mal als Stimmkreiskandidat an. Wir schafften im schwärzesten Teil Bayerns immerhin fünf Prozent. Leider reichten die Stimmen im Land insgesamt nicht für den Einzug in den Bayerischen Landtag. Aber wir haben ein Achtungszeichen gesetzt. Und die Menschen haben uns besser kennengelernt. Sie haben gemerkt, dass wir keine Versager oder Spinner sind. Wir haben achtbare Berufe und engagieren uns für unsere Mitmenschen. Leider setzen sich diese Erkenntnisse nur sehr langsam durch, und die regierungsnahen Medien machen uns das Leben auch nicht gerade leicht. Aber für eine gerechtere Gesellschaft, für bessere Bildungschancen unserer Kinder, für eine friedliche Welt und ein solidarisches Miteinander innerhalb der Gesellschaft sind mir diese Anstrengungen nicht zu viel. Im Artikel 1 des Grundgesetzes steht »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt.« Dafür stehe ich.

Michael Bruns

Die Menschen aufklären

»Ich komme aus dem Osten – aus Lippstadt!« sagte ich. Ich war als Bundestagsdirektkandidat zu einer Podiumsdiskussion des Mittelstandes geladen. Gleich nachdem ich angekommen war und mich vorgestellt hatte, wechselte einer der Gastgeber zum Gesprächsthema Ostdeutschland. DIE LINKE, das ist der Osten. Diesen falschen Schluss ziehen hier viele. Am Infostand wird man gefragt, woher man sei, es könne ja nicht sein, dass man von hier ist. Ich bin ein »richtiger Westfale«, wie man hier in der zentralen Gegend zwischen Ruhrgebiet, Ostwestfalen, Sauer- und Münsterland so sagt. In der größten Stadt des Kreises Soest, in Lippstadt (70.000 Einwohner), bin ich geboren und lebe mein ganzes Leben schon dort.

Mich freut, dass wir uns hier immer mehr verankern und wachsen. Am 30. August sind wir im Kreis Soest in fünf Kommunalparlamente eingezogen. Zwar mit geringen Prozenten, aber immerhin. Es ist anstrengend und macht doch auch Spaß. Zu unserer Wahlkampfveranstaltung mit Sahra Wagenknecht kamen 120 Menschen – sagenhaft. Ein bisheriger CDU-Wähler meldete sich zu Wort. Er fand es ungerecht, dass es ihm immer schlechter geht und seinem Chef immer besser. Deswegen denkt er jetzt um und wird uns wohl wählen.

Besonders im westlichen Teil des Kreises Soest hat die Krise im Winter folgenschwer eingeschlagen. Die Kurzarbeit ist auf Rekordzahlen hochgeschnellt. Die Standard Metallwerke in Werl gingen im Januar in Insolvenz. Mein Arbeitgeber kündigte am selben Tag die schrittweise Verlagerung der Produktion nach Asien an. Wir haben uns monatelang gewehrt und 1.000 Arbeitsplätze vorerst gesichert. Seit Frühjahr erleiden meine Kolleginnen und Kollegen Lohneinbußen durch Kurzarbeit. Ende Juni bekamen die ersten 100 von 296 die Kündigung. Wie geht es weiter? Das ist für viele der Gesprächsstoff. Wie hoch ist das Arbeitslosengeld I nach der Transferzeit? Schaffe ich es, mich in den Ruhestand zu hangeln? Die Abfindung ist heutzutage voll zu versteuern, der Arbeitslosengeldbezug ist in der Regel auf 12 Monate gekürzt, in Rente soll man aber künftig erst ab 67 Jahre. Bei Hartz IV wird die Abfindung angerechnet, man muss erst arm sein, bevor man Grundsicherung bekommt. Der erarbeitete Lebensstandard wird enteignet!

Gerade in der Krise erlebe ich, dass wir Betriebsräte in wirtschaftlichen Angelegenheiten formal machtlos sind. Uns bleibt nur der politische Kampf. Wir haben mit Druck aus der Belegschaft und der Öffentlichkeit sowie in monatelangen »Pokerspielen« am Verhandlungstisch rausgeholt, was möglich war. Unser Druckmittel war auch die drohende Insolvenz. Ich möchte, dass die Belegschaften und Betriebsräte mehr Rechte bekommen. Ich möchte im Bundestag das Megafon für die Menschen in den Betrieben sein: Wir brauchen ein Verbot von Massenentlassungen! Wir brauchen mehr Mitbestimmung! Das zerschnittene soziale Netz muss wieder enger geknüpft werden. Dafür will ich mich im Bundestag einsetzen.

Nur wenn DIE LINKE wieder eine starke Fraktion im Bundestag stellt, wissen die anderen Parteien, dass sie nicht ungestört die Lasten der Kapitalismuskrise auf die Normalverdiener, Arbeitslosen, prekär Beschäftigten, Kranken und Rentner abwälzen können.

Die Milliardengeschenke an die Banken waren falsch und haben nicht zu einer verbesserten Kreditvergabe geführt und die Lage meines Arbeitgebers nicht verbessert. Die Krise wird propagandistisch jetzt schon beerdigt, bevor sie bei vielen richtig angekommen ist. Wir müssen die Menschen aufklären und ihnen gemeinsamen Widerstand anbieten.

© Stefan Richter (6)

Hier ist DIE LINKE.

... und wo DIE LINKE ist, da ist in diesen Wochen und Monaten Wahlkampf. In Begegnungsstätten und Veranstaltungssälen, insbesondere aber in Fußgängerzonen, an Infoständen und auf großen Plätzen. Tausende Parteimitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten legten einen großartigen Endspurt zu den Landtagswahlen und zu den Kommunalwahlen hin. Die Ergebnisse am 30. August belegen es: Wahlkampf lohnt sich!

© Frank Schwarz

Der junge Mann in Erfurt und die Kundgebungsteilnehmer auf dem Tifliser Platz in Saarbrücken demonstrierten, wofür DIE LINKE steht. Auf dem Anger in der thüringischen Landeshauptstadt gab es neben Reden und Gesprächsrunden ein mehrstündiges buntes Fest.

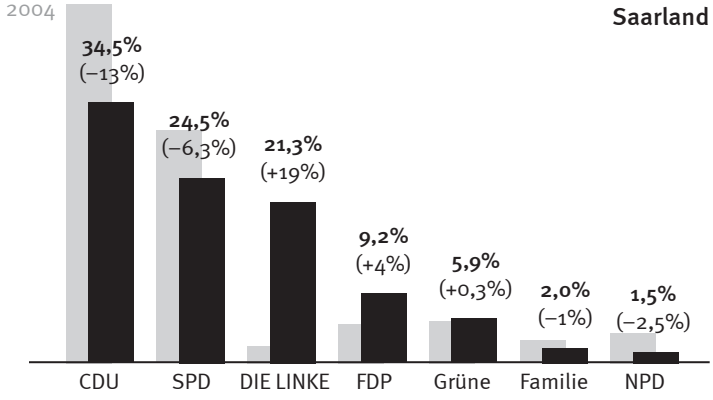
© Yves Harmgart

Kräftiger Rückenwind

Hervorragende Ergebnisse für DIE LINKE an der Saar und in Thüringen. Eine Nachbetrachtung zu den Wahlen am 30. August **Von Horst Kahrs**

Die Landtagswahlen vom 30. August haben neuen Schwung in den Bundestagswahlkampf gebracht.

DIE LINKE hat durch die hervorragenden Ergebnisse von Oskar Lafontaine und Bodo Ramelow kräftigen Rückenwind für die Wahlen am 27. September im Bund, in Brandenburg und in Schleswig-Holstein erhalten. Die Union dagegen hat im Saarland und in Thüringen dramatisch an Stimmen und ihre letzten beiden Alleinregierungen verloren. Nur in Sachsen ermöglichten die Wählerinnen und Wähler ein schwarz-gelbes Regierungsbündnis. Die SPD hat von den Verlusten der Union nicht profitiert. In Thüringen und im Saarland wurden Fünf-Parteien-Parlamente gewählt. In Sachsen schaffte erstmals die NPD den Wiedereinzug in einen Landtag.



In Thüringen ist sowohl eine Regierungsbildung der CDU mit der SPD möglich als auch eine Regierungsbildung von LINKE und SPD mit oder ohne die Grünen. Die Entscheidung, ob auf die Wahlen ein Politikwechsel folgt oder nur ein Regierungswechsel, liegt bei der SPD. Im Saarland wiederum liegt es an den Grünen, ob erstmals eine Dreier-Koalition gebildet wird: aus SPD, LINKE und Grünen oder aus CDU, FDP und Grünen. Rechnerisch möglich ist hier auch eine Koalition aus CDU und SPD.

Die Wahlausgänge haben damit SPD und Grüne in eine Situation gebracht, aus der sie, weil »Zünglein an der Waage«, als politische Gewinner hervorgehen können, obwohl sie nicht zu den glänzenden Siegern das Wahlabends zählten.

Die Wahlbeteiligung ist in Thüringen und im Saarland deutlich gestiegen. Die zum Greifen nahe Möglichkeit eines Politikwechsels hat die Wählerinnen und Wähler der Oppositionsparteien mobilisiert. Die CDU konnte nicht vergleichbar zur Rettung der Ämter von Peter Müller und Dieter Althaus motivieren. In Thüringen verlor sie rund 105.000 Stimmen, ein knappes Viertel, gegenüber der Landtagswahl 2004. Im Saarland waren die absoluten Verluste mit 12 Prozent der Stimmen (25.000) weniger stark, aufgrund der hier stärker gestiegenen Wahlbeteiligung verlor die CDU bei den Stimmenanteilen im Saarland aber 13 Prozent, in Thüringen »nur« 11,8 Prozent. So große Verluste werden möglich, wenn die Bindung der Wählerinnen und Wähler an die Partei ohnehin schwach ist. Sowohl im Saarland als auch in Thüringen gibt es über mehrere Wahlen hinweg keine strukturellen Mehrheiten für die Union oder ein schwarzgelbes Lager. Meist wechselten sich in den vergangenen Wahlen die Sieger bei Bundestags- und Landtagswahlen ab. In Thüringen lag die SPD bei den Bundestagswahlen zum Beispiel seit 1998 vor der Union, bei den Landtagswahlen war es umgekehrt. Viele Wähler wechselten die Partei oder blieben zu Hause.

Die Linke wittert den Wechsel. Für sie ist es ein Wahlausgang mit Superlativen … Der Jubel der Genossen in der Parteizentrale, im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, war entsprechend groß.
stern.de, 30. August

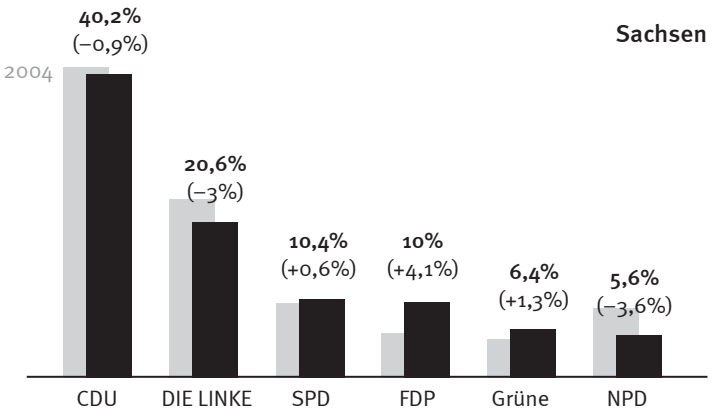
Oskar Lafontaine … einen polit-historischen Moment geschaffen zu haben, kann ihm keiner nehmen.
Tagesspiegel, 31. August

DIE LINKE trat im Saarland erstmals bei den Bundestagswahlen 2005 an. Nicht das Landtagswahlergebnis der PDS von 2004 (2,3 Prozent), sondern das Bundestagswahlergebnis von 2005 sollte daher zur Analyse herangezogen werden. DIE LINKE steigerte ihren Stimmenanteil von 18,5 auf 21,3 Prozent. Gut die Hälfte der Wählerinnen und Wähler gab an, weniger die Partei DIE LINKE, sondern mehr »den Oskar« gewählt zu haben. Das saarländische Wahlergebnis war in einem besonders hohen Maße eine Personenwahl und ein großer Vertrauensbeweis der Saarländerinnen und Saarländer für Oskar Lafontaine. Mit den bekannten Einschränkungen gilt das auch für Thüringen: Die entscheidende Mobilisierung des Wählerpotenzials fand über den Spitzenkandidaten Bodo Ramelow, weniger über Programme und Themen allein statt.

Im Saarland lag die Wahlbeteiligung um knapp 100.000 Stimmen unter der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005, die Zahl der gültigen Stimmen lag bei 84,4 Prozent gegenüber der Bundestagswahl. DIE LINKE erreichte mit 97,1 Prozent der Stimmenzahl von 2005 ein weit überdurchschnittliches Ergebnis. Auch die CDU, die bei der Bundestagswahl 2005 bereits große Verluste gegenüber der Landtagswahl 2004 hatte hinnehmen müssen, konnte ihre Stammwählerschaft mit 96,6 Prozent gut mobilisieren. Anders hingegen die SPD: Sie erreichte lediglich 62,1 Prozent ihrer Wählerschaft von 2005. Mitte der 1990er Jahre holte die SPD mit Oskar Lafontaine an der Spitze bei Wahlen zwischen 330.000 und 360.000 Stimmen. Seit 2004 liegt sie bei einer Stimmenzahl von 120.000 bis 135.000, allein bei der Bundestagswahl 2005 waren es mit 211.000 mehr. Mit anderen Worten: Es war nicht Hei-

ko Maas, der Peter Müller aus dem Amt drängte, sondern Oskar Lafontaine, der von der SPD enttäuschte Wählerinnen und Wähler mobilisierte und so dafür sorgte, dass es keine schwarze oder schwarz-gelbe Mehrheit im Saarland gibt.

Ein ähnliches Bild ergibt sich für Thüringen. Auch hier konnte die CDU ihre Kernwählerschaft von der Bundestagswahl 2005 gut mobilisieren (88,4 Prozent), und auch DIE LINKE lag mit 76,4 Prozent der Bundestagsstimmen



über dem Durchschnitt. Die SPD dagegen konnte nur 45,1 Prozent ihrer Wähler und Wählerinnen von 2005 dafür gewinnen, Christoph Matschie als Alternative zu Dieter Althaus zu wählen. Das ist das eigentliche Ergebnis dieser beiden Landtagswahlen: Die Ablösung von CDU-Regierungen und die Verhinderung von Schwarz-Gelb ist möglich, aber nur, wenn es der LINKEN gelingt, ihr Wählerpotenzial gut und überdurchschnittlich zu mobilisieren. Von der SPD ist diese Kraft nicht zu erwarten.

Betrachtet man die entsprechenden Zahlen für Sachsen, so zeigt sich für die Union ein ähnliches Bild wie in den beiden anderen Ländern, nicht aber für DIE LINKE. Während die gesamte Stimmenzahl bei 67,9 Prozent der Bundestagsstimmen lag, erreichte die sächsische LINKE nur 61,3 Prozent. Der Anspruch, einen Politikwechsel herbeiführen zu wollen, konnte offenbar der eigenen Anhängerschaft nicht überzeugend vermittelt werden, was natürlich auch mit der politischen Schwäche der SPD zu tun hat. Das Wahlergebnis für DIE LINKE weist zudem die Besonderheit auf, dass die Verluste vor allem in Dresden und Ostsachsen eingefahren wurden, während sie in Westsachsen unterdurchschnittlich ausfielen.

Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen schaffte DIE LINKE zwar nicht die magische Hürde von fünf Prozent und lag mit 4,5 Prozent unter dem Ergebnis der Bundestagswahl (5,2 Prozent). Aber erstmals trat unsere Partei im größten Bundesland flächendeckend bei Kommunalwahlen an und erreichte mit 150 Mandaten in Stadt- und Kreisräten 107 zusätzliche Sitze. Neben herausragenden Ergebnissen wie in Oberhausen, Recklinghausen und Duisburg, Herne und Bochum sowie dem Landkreis Wesel gab es deutliche Verluste gegenüber vorherigen Kommunalwahlergebnissen wie etwa in Gelsenkirchen.

Zu den Veränderungen im politischen System, die durch die jüngsten Wahlen unterstrichen wurden, zählt auch, dass es Volksparteien im eigentlichen Sinne nicht mehr gibt. In Thüringen erreichte bei den letzten Wahlen eine Partei maximal 22 Prozent der Wahlberechtigten, im Saarland 25 Prozent und in Sachsen ebenfalls nicht mehr. In der Blütezeit der Volksparteien CDU und SPD, in den 1970er Jahren, kamen beide auf Werte von über 40 Prozent der Wahlberechtigten. Die Alleinregierung von Peter Müller im Saarland stützte sich nur noch auf 25,7 Prozent der Wahlberechtigten, eine jetzt mögliche rosa-rot-grüne Regierung würde immerhin 34,3 Prozent der Wahlberechtigten repräsentieren. Althaus in Thüringen hatte 22,2 Prozent der Wahlberechtigten hinter sich, LINKE und SPD würden es auf 25,3 Prozent bringen, CDU und SPD auf 27,2 Prozent. Die Wahlen im Saarland und Thüringen zeigen einerseits, dass eine höhere Wahlbeteiligung erreichbar ist, wenn es erkennbar um Richtungsentscheidungen geht. Sie zeigen andererseits aber auch, wie notwendig die Erweiterung der repräsentativen Demokratie um Formen der direkten Demokratie ist.

Horst Kahrs ist Leiter des Bereiches Strategie und Politik in der Bundesgeschäftsstelle.
horst.kahrs@die-linke.de

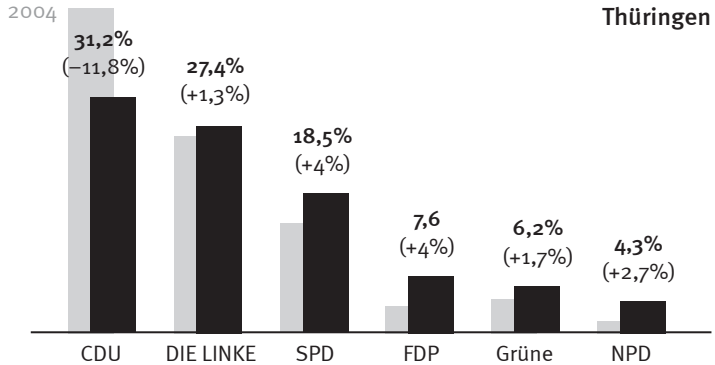
Auseinandersetzung

Die Gegner der Linkspartei in Politik und Medien treibt ein masochistisches Verlangen. Sie wollen unbedingt, dass Gysi, Lafontaine & Co. als starke Opposition den Bundestag aufmischen. Nur so ist ihre erbärmliche Art der »Auseinandersetzung« zu erklären. Da wird die neue Linkspartei als alte PDS »entlarvt«. Gysi darf sich als verantwortungsloser Pausenclown verspotten lassen. Und Lafontaine gilt inzwischen als das Böse schlechthin, fast schon auf einer Stufe mit Hannibal Lector, wenn er nicht gerade zum »Frustrierten« (Stoiber) oder »Luxuslinken« (Bild) gestempelt wird.

Weiter so, kann man da in Richtung SPDGrüneFDPUnion nur rufen, mit eurer Hilfe schaffen es die Genossen noch auf zehn Prozent! Bloß keine Furcht, kein Niveau ist so niedrig, dass es nicht noch unterschritten werden könnte. Und immer schön vergessen: Eure Aufregung ist das wichtigste politische Kapital der Linkspartei.

Man könnte es zur Abwechslung aber auch mal mit Gelassenheit versuchen.

Dieses Zitat aus einem Kommentar entnahm DISPUT der »Tageszeitung« vom 29. August – Achtung – 2005!



IMPRESSIONEN II

© Stefan Richter (6)

Hier ist DIE LINKE.

© Frank Schwarz (2)

© Yves Harmgart

Hoch her ging’s zum Wahlkampfabschluss im Saarländischen und im Sächsischen (links: vor dem Goldenen Reiter in Dresden). Mit Hilfe eines Fakirs testete in Thüringen der Spitzenkandidat schon mal, wie unbequem Sondierungen sein können.

Der Vergleich

Was die Parteien wollen

Frieden/Bundeswehr

DIE LINKE
- Bundeswehr sofort aus Afghanistan abziehen
- deutsche Außenpolitik strikt auf zivile Konfliktlösung und Kooperation statt Konfrontation ausrichten
- NATO auflösen und ersetzen durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands
- Bundeswehr nicht im Inneren einsetzen

SPD
- weltweiten Einsatz der Bundeswehr (mit UN- und Bundestagsmandat) zur Friedenssicherung ermöglichen *(kein Abzug aus Afghanistan)*
- NATO erhalten
- Bundeswehr nicht im Inneren einsetzen

CDU/CSU
- weltweiten Einsatz der Bundeswehr (mit UN- und Bundestagsmandat) zur Verteidigung deutscher Interessen ermöglichen *(kein Abzug aus Afghanistan)*
- NATO erhalten
- Bundeswehreinsatz im Inneren ermöglichen

Bündnis90/DIE GRÜNEN
- weltweiten Einsatz der Bundeswehr (mit UN- und Bundestagsmandat) ermöglichen *(kein Abzug aus Afghanistan)*
- NATO erhalten
- Bundeswehr nicht im Inneren einsetzen

FDP
- weltweiten Einsatz der Bundeswehr (mit UN- und Bundestagsmandat) zur »Politikunterstützung« ermöglichen *(kein Abzug aus Afghanistan)*
- NATO erhalten
- Bundeswehr über die bestehenden Möglichkeiten hinaus nicht einsetzen

Hartz IV/Grundsicherung

DIE LINKE
- Hartz IV durch eine bedarfsdeckende sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen, bis dahin:
- Hartz IV-Regelsätze in der kommenden Legislaturperiode auf 500 Euro erhöhen und dann kontinuierlich an Anstieg der Lebenshaltungskosten anpassen
- Bedarfsgemeinschaft, U-25 Regelung, Hausbesuche und Sanktionen/Kürzungen abschaffen
- angemessene Wohnkosten in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen ersetzen
- höhere Regelsätze für Kinder und Jugendliche einführen
- Ein-Euro-Jobs in gut bezahlte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umwandeln

SPD
keine Reformabsichten zu Leistungshöhe, Sanktionen und Bedarfsgemeinschaften

CDU/CSU
keine Reformabsichten zu Leistungshöhe, Sanktionen und Bedarfsgemeinschaften

Bündnis90/DIE GRÜNEN
- Hartz IV sofort auf 420 Euro anheben
- keine Sanktionierung/Kürzung des Grundbedarfs *(Bezug soll weiterhin von Gegenleistungen abhängig sein)*
- Anrechung des Partnereinkommens abschaffen

FDP
- Sozialleistungen (ALG II samt Wohnkosten, Grundsicherung im Alter, Sozialhilfe, Kinderzuschlag und Wohngeld) durch pauschales, steuerfinanziertes »Bürgergeld« ablösen (für Alleinstehende ohne Kinder 662 Euro pro Monat)
- Sanktionen/Kürzungen bei Ablehnung zumutbarer Arbeit

Arbeit

DIE LINKE
- Vergabe öffentlicher Aufträge von der Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien abhängig machen
- Höchstarbeitszeit auf 40 Wochenstunden begrenzen
- gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer, für Beschäftigte in Ost und West durchsetzen
- volle Sozialversicherungspflicht für jede Arbeitsstunde einführen
- Zumutbarkeitsregeln (Einkommen, Qualifikation) bei Arbeitslosigkeit wieder einführen
- Leiharbeitsbeschäftigte vom ersten Tag an wie die Stammbelegschaft bezahlen und Flexibilität extra vergüten
- Kündigungsschutz ausweiten
- Arbeitnehmerdatenschutz gesetzlich verankern
- Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I verlängern

SPD
- Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge festschreiben
- Leiharbeitsbeschäftigte nach Einarbeitungsfrist wie Stammbelegschaft bezahlen
- Arbeitszeit bei Mini-Jobs begrenzen
- gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer durchsetzen
- Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung ausbauen
- Arbeitnehmerdatenschutz gesetzlich verankern

CDU/CSU
(keine Aussagen)

Bündnis90/DIE GRÜNEN
- Leiharbeitsbeschäftigte vom ersten Tag an wie die Stammbelegschaft bezahlen
- flexible Arbeitszeitmodelle fördern
- Rechte für Erwerbslose erweitern (Berufswahl, Qualifizierung)
- gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer verwirklichen
- Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft schaffen (Zielvorgaben für Einstellung, Qualifizierung und Beurteilung; mindestens 50 Prozent Frauen in Aufsichtsräten)
- Arbeitnehmerdatenschutz gesetzlich verankern

FDP
- »vergabefremde« Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge abschaffen *(soziale und ökologische Kriterien sollen keine Rolle spielen)*
- befristete Beschäftigung ausweiten
- Kündigungsschutz in kleinen Unternehmen einschränken

Mindestlohn

DIE LINKE
- gesetzlichen Mindestlohn einführen und im Laufe der Legislaturperiode auf 10 Euro erhöhen
- höhere tarifliche Branchenmindestlöhne für allgemein verbindlich erklären

SPD
- Branchenmindestlöhne und gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro einführen

CDU/CSU
- »Mindesteinkommen« statt Mindestlohn *(Aufstockung schlechter Löhne aus Steuermitteln – Staat belohnt Lohndumping)*

Bündnis90/DIE GRÜNEN
- allgemeinen Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro einführen
- höhere Mindestlöhne in einzelnen Branchen zulassen

FDP
- »Bürgergeld« statt Mindestlohn *(Aufstockung schlechter Löhne aus Steuermitteln – Staat belohnt Lohndumping)*

Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt

DIE LINKE
- Gleichstellung von Frauen und Männern gesetzlich verankern (gleichwertige Arbeit gleich entlohnen, »Frauenberufe« besser bezahlen; Frauenbeschäftigung in allen Qualifikationsstufen fördern)
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern (Kündigungsschutz ausbauen, Arbeitszeiten flexibilisieren, Überstunden abbauen)
- eigenständige Alterssicherung für Frauen schaffen

SPD
- gleiche Löhne für Frauen und Männer verwirklichen
- mehr Frauen in Führungs- und Aufsichtsfunktionen bringen
- Anspruch auf Teilzeitarbeit verbessern

CDU/CSU
- Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen

Bündnis90/DIE GRÜNEN
- Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft schaffen (Zielvorgaben für Einstellung in Aufsichtsräten, Qualifizierung und Beurteilung; in Aufsichtsräten mindestens 50 Prozent Frauen)
- gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer verwirklichen
- eigenständige Rentenansprüche für Frauen schaffen
- flexible Arbeitszeitmodelle, Lebensarbeitszeitkonten

FDP
(keine Aussagen)

Rente

DIE LINKE
- Rente ab 67 abschaffen
- flexiblen Rentenbeginn vor dem 65. Lebensjahr ermöglichen
- Altersteilzeit unbefristet fördern
- Altersarmut verhindern (kein Mensch darf im Rentenalter weniger als 800 Euro/Monat zum Leben haben, aus gesetzlicher Rente oder Grundsicherung)
- Rentenversicherung zu Erwerbstätigenversicherung ausbauen (alle zahlen ein, auch Selbstständige, BeamtInnen, Politiker/innen)
- Ostrenten auf Westniveau anheben

SPD
- Rente ab 67 beibehalten
- Rente nach Mindesteinkommen einführen
- Rentenversicherung langfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln
- Altersteilzeit fördern (bis 2015)
- flexiblen Rentenbeginn ermöglichen
- einheitliches Rentensystem in Ost und West schaffen *(bedeutet nicht in jedem Fall Anhebung der Ostrenten auf Westniveau)*

CDU/CSU
- Rente ab 67 beibehalten
- Aufstockung geringer Renten von vollzeitbeschäftigten langjährigen Versicherten aus Steuermitteln
- Erwerbstätigenversicherung nicht einführen
- einheitliches Rentensystem für Ost und West schaffen *(bedeutet nicht in jedem Fall Anhebung der Ostrenten auf Westniveau)*

Bündnis90/DIE GRÜNEN
- Rente ab 67 überprüfen
- Aufstockung geringer Renten für langjährig Versicherte (»Garantierente«)
- Bürgerversicherung einführen *(Beitragserhebung auf alle Einkünfte)*

FDP
- private Vorsorge ausbauen
- gesetzliche Rente nur zur Grundversorgung erhalten
- einheitliches Rentensystem für Ost und West schaffen *(bedeutet nicht in jedem Fall Anhebung der Ostrenten auf Westniveau)*

Gesundheit

DIE LINKE
- Zweiklassenmedizin abschaffen
- Bürgerinnen- und Bürgerversicherung einführen, in die alle einzahlen (Beitragsbemessungsgrenze aufheben), auch in der Pflege
- Zuzahlungen und Praxisgebühr abschaffen
- elektronische Gesundheitskarte stoppen

SPD
- Bürgerversicherung einführen, auch in der Pflege – ohne Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze *(ungerecht, weil hohe Einkommen nicht voll auf Beiträge angerechnet werden)*
- Beitrag wieder paritätisch durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanzieren
- Zuzahlungen nicht ausweiten
- elektronische Gesundheitskarte beibehalten

CDU/CSU
- Eigenverantwortung stärken *(Patienten sollen mehr aus eigener Tasche bezahlen)*
- Zuzahlungen und Praxisgebühr beibehalten
- elektronische Gesundheitskarte beibehalten

Bündnis90/DIE GRÜNEN
- Bürgerversicherung einführen, auch in der Pflege – ohne Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze *(ungerecht, weil hohe Einkommen nicht voll auf Beiträge angerechnet werden)*
- Zuzahlungen und Praxisgebühr abschaffen
- elektronische Gesundheitskarte beibehalten

FDP
- gesetzliche Krankenversicherung nur für Grundversorgung zuständig *(Arme müssen gleich viel zahlen wie Reiche)*
- langfristig gesetzliche Krankenversicherung abschaffen
- Zuzahlungen beibehalten
- Praxisgebühr abschaffen

www.die-linke.de/wahlen/positionen

Erste Ermittlungen

Nachdenken auch über die Zukunft. Der Thüringer Oberkommissar Frank Tempel strebt als Abgeordneter in den Bundestag

Du bist Kriminalist, welchen Spuren gehst du nach?

Ich arbeite beim Kriminaldauerdienst. Der umfasst die gesamte Palette: von Todesfällen über Sexualdelikte, Raubstraftaten ... Das heißt Tatortarbeit, erste Ermittlungen, erste Vernehmungen, bis das an den normalen Tagdienst überwiesen wird.

Es macht sehr viel Spaß; deswegen würde ich nicht nur mit einem lachenden Auge in den Bundestag ziehen.

Was ist daran für dich interessant?

Die Abwechslung und dass man die komplette Palette der kriminalpolizeilichen Arbeit hat. Jeden Tag andere Menschen, andere Probleme. Man hat ja nicht nur mit Tätern zu tun, sondern auch mit Betroffenen. Es sind sehr emotionale Sachen dabei, wie der plötzliche Kindstod. Auch Freude, wenn man beispielsweise ein vermisstes Kind nach Hause bringen kann.

Ich bin nicht so dafür geboren, jeden Tag an derselben Maschine zu stehen. Ich brauche Menschen. Die habe ich in der Politik auch – mit anderen Themen.

Was sagen die Kollegen zu deiner Kandidatur?

Die setzen darin teilweise Hoffnungen, die man nicht unbedingt erfüllen kann. Jede Gruppe erwartet, was für sie ideal wäre: die Polizei bestmögliche Arbeitsbedingungen, eine bessere Ausstattung. Aber gleich, auf welcher politischen Ebene man tätig ist, ist man an Rahmenbedingungen gebunden. Zaubern kann man als Abgeordneter auch nicht. Man kann jedoch sehr viel in die richtige Richtung bewirken.

Manchmal wird die Polizei für rechtliche Änderungen missbraucht, die mit ihrer Arbeit überhaupt nichts zu tun haben, wenn ich an Onlinedurchsuchungen oder die Debatten um Bundeswehreinsätze im Inneren denke.

Noch mal zu deinen Kollegen, zeigen sie für den Wahltag den Daumen nach oben?

Sie sind total optimistisch, für die bin ich schon so gut wie im Bundestag. Positive Resonanz bekomme ich selbst von Kollegen, von denen ich weiß, dass sie die CDU wählen. Da gibt es wohl das Gefühl: Das ist einer von uns, der da antritt.

© Stefan Richter

Frank Tempel: 40 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, seit zehn Jahren Kriminalbeamter im gehobenen Dienst, Motorradfan (13 Jahre alte Suzuki)

Ich komme kaum dazu, über was anderes zu reden. Im Dienst darf ich ja eigentlich nicht parteipolitisch tätig werden, aber mir werden natürlich Gespräche genau in diese Richtung aufgedrückt. Die Kollegen interessieren sich für die Themen. Es ist eben immer noch das Problem, dass sich viele im Beamtenbereich und im öffentlichen Dienst nicht trauen, politisch aktiv tätig zu sein. Weil sie der Meinung sind, dass das für die berufliche Entwicklung nicht gut ist. Ich zeige ein bisschen, dass es doch geht.

Ich weiß natürlich auch, dass von den höheren Chefs nicht jeder meine Kandidatur gern sieht. Fairerweise muss ich sagen, ich werde nicht benachteiligt, nicht behindert.

Und wie ist das in der Öffentlichkeit – wie wirkt ein linker Kriminalbeamter, der in den Bundestag will, als Kandidat?

Er erregt Aufmerksamkeit. Der Mensch ist voller Vorurteile, und DIE LINKE hat ihren Stempel weg. Für viele passen staatlicher Bediensteter, Beamter und Linker nicht richtig in das Schema. Deswegen hört man mir vielleicht manchmal genauer zu als einem anderen, von dem man glaubt, sowieso schon zu wissen, was der sagt.

Manche fragen mich, wie das geht: Polizei und Linker. Ich antworte dann: Indem ich meinen Beruf ernst und den Dienst am Menschen wörtlich nehme.

Wo kandidierst du?

Auf Platz 4 der Landesliste Thüringen mit guten Chancen und als Direktkandidat im Wahlkreis 195 (Greiz/Altenburger Land). In Altenburg bin ich als Fraktionsvorsitzender im Kreistag und als Kreisvorsitzender der Partei recht gut bekannt, in der Region Greiz und Zeulenroda muss ich daran noch arbeiten, muss mit den Leuten reden und dazulernen.

Gegen den CDU-Bundestagsabgeordneten habe ich sechs Prozent aufzuholen. Ich habe eine Außenseiterchance, aber dazu ist ein sehr guter Wahlkampf notwendig.

Wir unterhalten uns wenige Tage vor der Landtagswahl, wie willst du anschließend deinen Bundestagswahlkampf führen?

Damit ich ihn mit hundert Prozent Einsatz machen kann, habe ich viel Ur-

laub angesammelt. Ich habe mir vorgenommen, mich mehr auf meine Helferinnen und Helfer zu verlassen, was die Vorbereitungen und das Verteilen von Wahlkampfmaterialien betrifft. So habe ich zusätzlich Zeit für Termine mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Verbänden und Vereinen.

Ich weiß: Mit dem Thema innere Sicherheit reiße ich auf dem Marktplatz nicht die Leute vom Hocker. Das ist ein sehr spezielles Fachthema. Aber ich habe Grundanliegen wie direkte Demokratie, die die Leute durchaus bewegt, skeptisch wie positiv. Ich möchte, dass sie nicht nur sagen, ich wähle dich und nun mach' mal die nächsten vier Jahre, sondern dass sie verstehen, dass Demokratie halt Mitmachen ist. Das ist mein Wahlkampf.

Für die Tätigkeit im Bundestag habe ich mir das Herangehen unserer bisherigen Bundestagsabgeordneten sehr genau angeguckt. Da gibt es Dinge, die ich gut finde, und Dinge, die ich nicht gut finde.

Das musst du genauer erläutern.

Zum Beispiel Frank Spieth. Der hat schon vor vier Jahren gesagt, er will so arbeiten, dass ihn die Leute in seinem Wahlkreis jetzt direkt wählen. Das finde ich enorm wichtig. Er hat beispielsweise eine Zeitung zur Arbeit der Bundestagsfraktion und zu seiner Arbeit herausgegeben. Ich werde gucken, ob in meinem ländlichen Bereich etwas Ähnliches geht: diese Bürgernähe schaffen.

Wenn ich einen Bodo Ramelow auf der Bühne sehe, weiß ich, dass ich bis zur Rente weiter lernen kann. Aber ich bin ein anderer Typ, der auf anderen Gebieten besser werden kann als er. Und auf anderen Gebieten muss ich gar nicht mit ihm konkurrieren.

Gut ist auch die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen durch Abgeordnete. Außerparlamentarisches und Parlamentarisches zusammenzubringen, will auch ich versuchen. Denn direkte Demokratie ist eben nicht, nur alle paare Jahre wählen zu gehen und die Gewählten dann bis zur nächsten Wahl machen zu lassen, was sie wollen.

Und was gefiel dir in deinem Abgeordnetentest nicht?

Die Orientierung zu Berlin ist bei manchen Bundestagsabgeordneten – da sage ich jetzt keine Namen – einfach zu stark. Sie sind zu viel in Berlin, sie vergessen, dass sie für Thüringen in Berlin sind, und sie vergessen ein bisschen die Zusammenarbeit mit der eigenen Basis.

Für mich werden Thüringen und mein Wahlkreis Priorität haben. Der enge Dialog ist mir sehr wichtig. Ich will zum Beispiel im Kreistag bleiben. Die Verbindung von Kommunal- und Bundespolitik ist ein Muss für mich. Im Gemeinderat bin ich auch, ich werde gucken, ob das noch geht. Da muss ich ehrlich sein, denn ich will es ja ordentlich machen.

Interview: Florian Müller

Anzeige

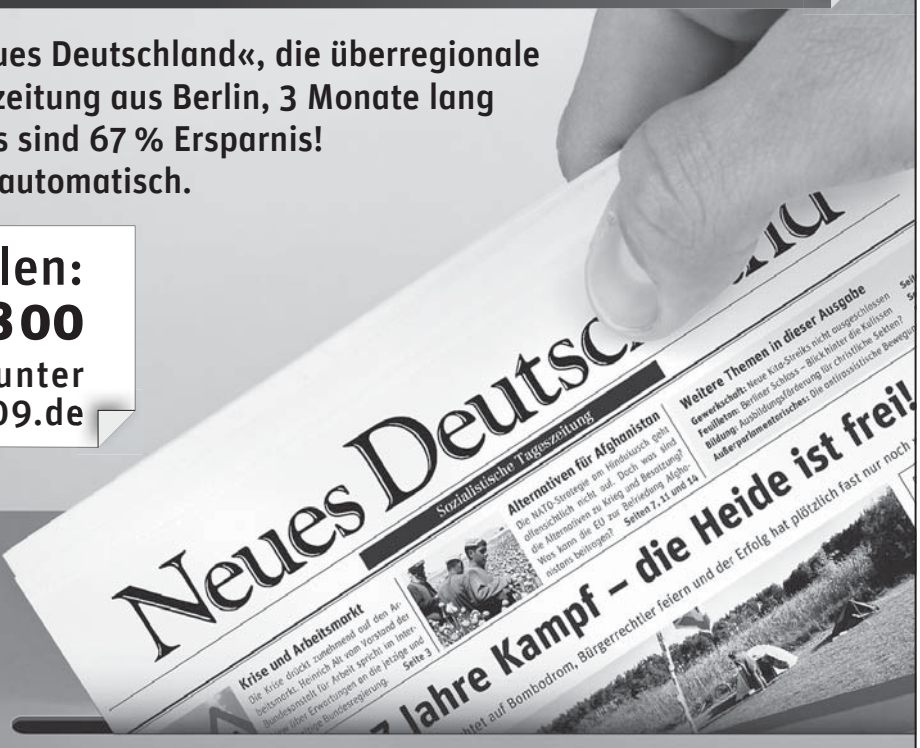
STIMMABGABE FÜR LINKEN JOURNALISMUS

ND-WAHL-ABO: 3 MONATE TESTEN, 67 % SPAREN, GRATIS TASCHENKALENDER!

Testen Sie jetzt »Neues Deutschland«, die überregionale sozialistische Tageszeitung aus Berlin, 3 Monate lang für nur 33 Euro – das sind 67 % Ersparnis! Die Lieferung endet automatisch.

Gleich bestellen:
030/2978–1800
oder im Internet unter
www.nd-wahlabo09.de

inkl. ND-Taschenkalender 2010



Von Dorf zu Dorf zu Dorf

Warum stehen Sie hier?, fragt ein Junge die Bundestagsabgeordnete. Sie wolle mit den Einwohnern ins Gespräch kommen, sagt Heidrun Bluhm. Manchmal klappt es. Beobachtungen an einem Wahlkampftag **Von Stefan Richter**

Die Kandidatin sitzt auf einer Mauer, sie lässt die Beine baumeln, es ist sonnig, warm, fast heiß, es ist Ferienzeit. Und es ist Wahlkampf.

In Zernin, auch in Zernin, hängt an der Hauptstraße ein Plakat mit dem Hinweis: Heidrun Bluhm – so heißt die Kandidatin – wird am 24. August, von 11:15 Uhr bis 12:15 Uhr, im Ort sein. Doch niemand, zumindest nicht in dieser einen Stunde, will etwas von der LINKEN. Und das kommt oft vor, an diesem Tag auch in Warnow und in Schlemmin.

Immerhin, in Baumgarten trauen sich die kleine Clara und zwei ihrer Brüder, alle flachsblond, um die Ecke. Der Älteste ist der Coolste: Sind Sie das auf dem Plakat? – Ja. – Warum stehen Sie hier? – Ich will mit euch reden. Oder mit euren Eltern. – Worüber? – Darüber, was ihr so macht und wie es euch geht. – Hier ist aber keiner zum Reden. – Doch, ihr. Und vielleicht kommt noch jemand. – Hm. Haben Sie schon mal Frau Merkel die Hand gegeben? – Ja. Kennt ihr Politiker? – George Bush und Barack Obama. Obama finde ich besser. – Ich auch. Kennt ihr außer Frau Merkel andere deutsche Politiker? – … – Vielleicht Herrn Müntefering? – … – Oder Frau Schmidt? – Jaaa!

Der Wahlkreis 017 erstreckt sich quer durch Mecklenburg, von der Ostsee über die herrliche Müritz bis zur Landesgrenze im Süden; die Statistik zählte für »017« zur vorigen Wahl 56 Einwohnerinnen und Einwohner je Quadratkilometer in den wenigen Städten und in den 249 Dörfern und Dörfchen. Solchen wie Zernin.

Heidrun Bluhm wurde vor vier Jahren in den Bundestag gewählt, seitdem betreut sie auch den Wahlkreis, in dem sie jetzt wieder antritt. Sie sagt, was wohl jede Kandidatin und jeder Kandidat sagen wird: Ich möchte für die Wählerinnen und Wähler da sein, ihre Sorgen und Probleme erfahren, auf dem Teppich bleiben, oft vor Ort weilen ...

2006 ging sie erstmals auf Sommertour. Nicht tageweise wie viele ihrer Kolleginnen und Kollegen, sondern über Wochen. Fern von jedem Wahlkampf war sie 2008 in 58 Orten unterwegs. »Wo andere Urlaub machen, da arbeite ich«, kokettiert sie. Weder in Warnow noch in Schlemmin kommt ein Urlauber des Weges.

Im Wahlkampf '09 will sie 180 Dörfer und Dörfchen schaffen. Das meint sie nicht als Rekordversuch. Eher als Experiment. Denn ob es auch nur ein paar Stimmen mehr bringt als ohne all den großen Aufwand, lässt sich vermutlich nicht ermitteln. Es sei denn, sie erobert das Direktmandat. Dafür sind die Chancen in dieser Gegend gering, sehr gering.

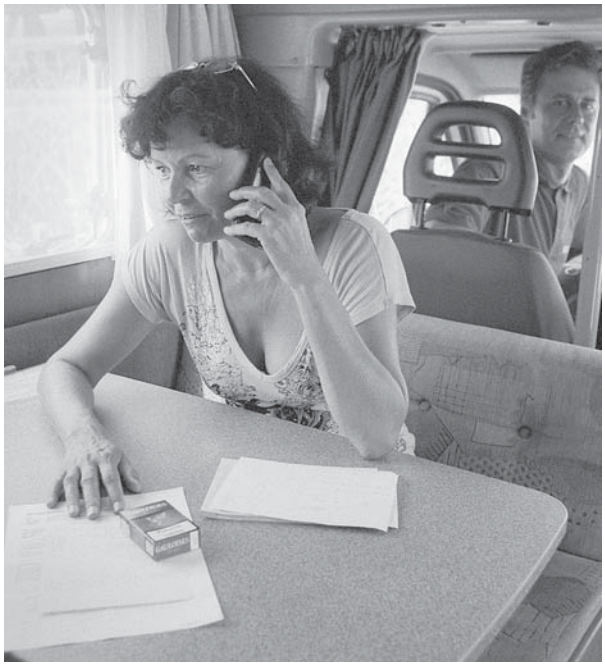
Peter Hörnig trägt als Mitglied des Wahlkampf-Teams ein rotes T-Shirt. Peter Hörnig ist ein gestandener Parteiarbeiter und ein bewährter Organisator. Nachdem die Basis signalisiert hatte, dass sie auch für den neuen Bundestag mit ihrer Abgeordneten rechnet, begannen die Vorbereitungen für die große Tour. Akribisch wählte er die Streckenführung aus; erst fuhr er alle Dörfer ab, um zu testen, ob die Termine auch wirklich eingehalten werden können, und dann wiederholte er die Übung, um die Plakate mit der Ankündigung anzubringen: Die Abgeordnete hier im Ort, dann und dann. Gut lesbar an der Hauptstraße, neben der Kirche oder bei der Buswendeschleife – dort, wo sich Auswärtige das meiste Leben vorstellen.

© Erich Wehnert (3)

Startort an diesem Morgen ist Tarnow, etwa auf halben Wege zwischen Schwerin und Rostock. Heidrun Bluhm und ihr Mann Uwe kommen per Wohnmobil mit der Aufschrift »Hier ist DIE LINKE«. Ein paar Minuten vor ihnen sind Peter sowie der Landtagsabgeordnete Fritz Tack und sein Mitstreiter Sven Sauer eingetroffen. Und außerdem: ein Bürger! Der tastet sich vorsichtig ran: »Hier soll eine Kundgebung stattfinden?« Nein, nein. Peter erläutert, dass die Politikerin sich informieren und, wenn gewünscht, gern Fragen beantworten möchte. Aha. Das klingt ihm nicht schlecht, weswegen er einem vorbeiradelnden älteren Tornower Bescheid gibt: »Heute ist hier was los.« Der Vorbeiradler mag nicht anhal-

ten; was los sein soll, will er nicht wissen, oder vielleicht ahnt er es: »Ah, damit hab ich nichts im Sinn.«

Der Interessierte und die Abgeordnete finden unkompliziert ins Gespräch, es dauert gut 50 Minuten, bis Peter zur Weiterfahrt drängt. Der Mann im mittleren Alter erweist sich als vielseitig informiert. »Warum«, will er wissen, »reden alle Parteien so oft übereinander und nicht miteinander? Warum suchen sie nicht sachlich nach Lösungen?« Parteipolitisch lässt er keine Vorlieben erkennen. Von Auslandseinsätzen bis zur Abwanderung bewegt ihn vieles. Eine seiner Fragen: Wie sollen in Mecklenburg kleine Unternehmen einen Mindestlohn zahlen können? »Da ist nichts. Ich kenne Leute, die haben für ihre Firma die Sparbüchsen der Kinder geplündert.«



Für die Wählerinnen und Wähler dasein, ihre Sorgen und Probleme erfahren …

Die Parlamentarierin geht auf die speziellen Probleme ein und spannt geübt den Bogen zur allgemeinen Parteipolitik, zum Wahlprogramm, zur Bundestagsfraktion. Die Abgeordnete hat die Fakten parat, verweist auf die Möglichkeiten der Opposition, reagiert auf Nach- und auf neue Fragen. Die Abgeordnete spricht – für eine gebürtige Mecklenburgerin zumal – schneller als schnell. Das sei auch eine Temperamentsfrage, sie sei ein bisschen aus der Art geschlagen, berichtet sie später. Ihre Großmutter gehörte zu den fahrenden Roma, bis ins hohe Alter zog sie aller zwei Jahre um. Und stolz war sie! Auf ihre Politik-Enkelin.

Während Politikerin und Bürger zwischen Kirche, Antik-Handel und Freiwilliger Feuerwehr – mit einem Wink im Schaukasten: »Dein Platz ist noch frei« – im Dialog stehen, gehen die anderen die Dorfstraßen lang, eine nach der anderen. Sie stecken Flyer mit Bluhm und Flugblätter mit Gysi/Lafontaine, einige Briefkästen sind direkt am Gartenzaun angebracht, andere am Haus, manche irgendwo auf dem Grundstück. Mal bebellt ein Hund sein Revier, mal schlendert leicht verwundert ein Herrchen entgegen. Wie jener Mann ganz am Ortsende: »Sie kommen ja so spät! Heute sind die Wahlen …?« Nein, nein, heute ist die Abgeordnete der LINKEN in Ihrem Ort. – »Wirklich? Hab' ich gar nicht gelesen.«

Der Tornower freut sich dennoch, auch über den kleinen Plausch, erzählt, dass er in der Straßenmeisterei gearbeitet hat, bis er »mit 58 nicht mehr gebraucht wurde«. Nun ist viel Zeit da für Haus und Garten und fürs Schwätzchen und für die Jagd. Wildschweine. Die bringen aber nicht viel, die bringen sogar weniger, als Hundefutter kostet … Wir müssen weiter, sind nicht minder dankbar fürs Gespräch, das Kandidatinporträt hat der Bürger jetzt Schwarz auf Weiß, den Wahltermin auch.

In Zernin, der Stecktrupp ist wieder straßauf, straßab unterwegs und die Abgeordnete wartet wieder, vergebens, auf Interessierte, weist Fritz Tack auf eine Dachseite der sanierten Feldsteinkirche: Solarzellen. Eine Tafel gibt Auskunft über deren Leistungsfähigkeit. Immer lebe die Sonne! Eingeweiht wurde das moderne Stück vom damaligen Umweltminister Wolfgang Methling, Landwirtschaftsfachmann und Professor wie Tack.

Fritz Tack zog es spät in die Politik. Mit 62 kandidierte er erstmals für eine Kommunalvertretung, mit 64 für den Landtag. Der Abgeordnete berichtet angenehm ruhig und für den Laien anschaulich, welches Feld er bevorzugt beackert: nachhaltige Landwirtschaft. Bis 1990 waren in Mecklenburg-Vorpommern rund 120.000 Frauen und Männer mit Feld- und Viehwirtschaft beschäftigt, gegenwärtig sind es 23.000. Eins der Probleme ist die Schließung von Verarbeitungsbetrieben; sie bringt auch Bauern um ihr Brot. Seit die Zuckerfabrik in Güstrow (mit 120 Arbeitsplätzen) dicht gemacht wurde, ist als Folge, wie es der Professor knapp beschreibt, die »Rübe weg«. Was nicht für die Verwertung gebraucht wird, scheint verloren. Für den Boden wie für den Arbeitsplatz. Das macht den Agrarexperten unruhig, entsprechend stark setzt er sich für sogenannte regionale Wirtschaftskreisläufe ein. Konkret: für dezentrale Anlagen, in denen das gesamte Jahr über auf Rübenbasis Bio-Ethanol und Biogas erzeugt werden sollen. Denn: »Die Rübe muss wieder her.« Und dazu eine neue Winter-Rübe, so ein Jahr ist schließlich lang und auch die Anlagen müssen sich lohnen.

Sven Sauer mag man von Weitem ansehen, dass er nicht von »hier« stammt: Anhänger am Ohr und ein schwarzes T-Shirt mit allerlei Abzeichen drauf, gegen Nazis und so. In jedem Ort schnappt sich Sven unaufgeregt einen Packen Wahlmaterial und zieht die Straße entlang, als tue er dies seit Jahr und Tag. Seine Wiege stand in der Lüneburger Heide, er studierte in Dortmund, wo er Mitte der neunziger Jahre zur PDS stieß, und landete anschließend in Güstrow. Inzwischen fühlt er sich heimisch, ist Wahlkreismitarbeiter und Vorsitzender einer Basisorganisation und also doch von hier.

Klinken putzen, Angebote machen, Zuhören, Probleme aufnehmen, Basisdemokratie praktizieren – das will Heidrun Bluhm, »so mühsam das ist«. Manchmal ist es sehr mühsam. »Für viele sind wir Politiker alle gleich.« Nach drei Som-

Zur Person: Geboren 1958 in Schwerin. Zwei Kinder, zwei Enkel. Bauzeichnerin. Gesellschaftswissenschaftlerin. Designerin. Politikerin. Bundestagsabgeordnete seit 2005. Seit 10. August auf Wahltour durch die Dörfer. Die letzten werden am 24. September Kankel (10:00 bis 11:00, Buswendeschleife), Sabel (11:05 bis 12:00, Dorfgemeinschaftshaus), Klein Sprenz (12:15 bis 13:00, Ortsmitte), Hohen Sprenz (13:15 bis 14:15, Ortsmitte), Karow (14:45 bis 15:30, Ortsmitte), Lüssow (15:45 bis 16:45, Zur Schleuse) und Groß Schwiesow (17:00 bis 18:00, Am Speicher) sein.

mertouren hat die Abgeordnete und Kandidatin keine Illusionen mehr. Viele Orte hätte voher noch nie ein Politiker aufgesucht. Außerdem seien die Mecklenburger nun mal »eher« ruhig, zurückhaltend, abwartend, skeptisch (und oft einfach gar nicht da). Sie erzählt die Geschichte von einem alten Mann auf der Bank, der nach ihrer Eröffnung, weswegen sie komme und dass er sie nach allem Möglichen befragen könne, in großer mecklenburgischer Gelassenheit entgegnete: »Ich weiß gar nicht, was ich Sie fragen soll.« Irgendwie sind die beiden dann doch ein wenig ins Gespräch geraten über das schöne Dorf und das Wetter und den Garten; zum Schluss nahm der Alte den Flyer und die Kandidatin ein Bund Radieschen.

Das Kontrastprogramm erleben wir in Katelbogen. An einer Ecke der Hauptstraße erwarten Monika Kuhlmann, die Ortsteilbürgermeisterin, und ein Herr von der Volkssolidarität die Politikerin, so was gibt's. Frau Kuhlmann, Jahrgang 1957, beruflich Sozialpädagogin und ähnlich agil wie Frau Bluhm, möchte ihr Dorf vorstellen. Ja, hier lasse es sich angenehm wohnen. Katelbogen habe 140 Einwohnerinnen und Einwohner und ein schönes Schloss, das endlich, im vierten oder fünften Anlauf, verkauft werden konnte und nun peu a peu saniert wird. Zwei Organisationen seien für den Alltag geradezu lebensnotwendig: Freiwillige Feuerwehr und Volkssolidarität. »Was die Feuerwehr nicht weiß, weiß die Volkssolidarität. Was die Volkssolidarität nicht weiß, weiß die Feuerwehr. Und was Feuerwehr und Volkssolidarität nicht wissen, weiß überhaupt niemand.« Dorffeste wie früher veranstalteten sie nicht mehr, weil dessen Vorbereitung ewig allein bei den gleichen Helferinnen und Helfern hängen geblieben sei. Also finde man andere Formen des Feierns.

Ein betagtes Ehepaar, mit Strohhut auf dem Kopf und chick gekleidet wie auf einer Kreuzfahrt, hält auf seiner täglichen Spazierrunde inne und hört sich aufmerksam an, was es mit der Fremden auf sich hat. Frau Effler vom Eckgrundstück bringt fürs Paar zwei Plaststühle, ihr Mann hält sich ein wenig zurück und auch ihr Hund Benno. Derweil kommen Großeltern mit Enkel vorüber, kurzer Gruß und kurzer Plausch. Was ist zu tun für die Zukunft kleiner Gemeinden? Wie neue Arbeitsplätze schaffen? Und wie bestehende bezahlen? Frau Effler findet, Arbeitslose sollten viel flexibler sein – sie habe für Arbeit auch weite Wege zurücklegen müssen. Wer dazu nicht bereit sei, sollte das zu spüren bekommen. Das findet Widerspruch der LINKEN-Abgeordneten, Wahlkampf bedeutet schließlich nicht Anbiederei. Es geht ein bisschen hin und her. Ein 40-jähriger tritt hinzu, zurückhaltend ist er und doch neu gewähltes Mitglied im Gemeinderat; nach einigen Minuten erfahren wir, er hat als Parteiloser für DIE LINKE kandidiert. Dann zieht ein Mann einen kräftigen Schäferhund heran (oder doch umgekehrt); der Hund will von den Kontaktversuchen der Abgeordneten erstaunlicherweise nichts so richtig wissen – sie solle, rät ihr der Hundehalter, sich nicht täuschen lassen. Und schon ist das große Thema »Der Hund im Dorfleben« aufgerufen. Dazu hat fast jeder was zu berichten, auch dass Efflers Benno lange Zeit das Prädikat »der Decker von Katelbogen« trug.

© Erich Wehnert (2)

Das Spazier-Ehepaar will weiter, es ist Zeit für den Nachmittagskaffee. Die umsichtige Bürgermeisterin verrät, wovon sie träumt für ihr Dorf: von einem Platz der Generationen, mit Fitnessgeräten. So was wäre bestimmt schön, sagt sie fragend, so was habe sie im Urlaub an der spanischen Küste gesehen. Prima Idee. Bei der Verabschiedung rät die Politikerin, sich bei Sorgen oder Fragen einfach zu melden, worauf die Gastgeberin verspricht: »Da können Sie sicher sein.«

Ein Auflauf in Katelbogen. Ein bisschen Abwechslung für alle und Ermunterung im Wahlkampf. So macht er Spaß. Und den können Heidrun und ihre Leute auf ihrem weiten Weg brauchen. Nach Lage der Dinge werden sie bis zum 27. September sogar in allen 249 Dörfern und Dörfchen von »017« Halt und Wahlkampf gemacht haben.

Knallhart und konstruktiv

Antje Jansen und DIE LINKE vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

Von Ragnar Lüttke und Wilfried Hille

DIE LINKE in Schleswig-Holstein rechnet für den 27. September fest mit dem Einzug in den Landtag. Damit gäbe es in allen norddeutschen Landesparlamenten eine Linksfraktion, es wäre die sechste in den westlichen Bundesländern. »Ein Erfolg in Schleswig-Holstein wird bedeuten, dass DIE LINKE im Westen endgültig verankert ist«, sagte Oskar Lafontaine Mitte August auf der Versammlung der Vertreterinnen und Vertreter des Landesverbandes, unmittelbar bevor sie ihre Landesliste wählte.

An deren Spitze setzte sie mit Antje Jansen die Vorsitzende der Linksfraktion in der Lübecker Bürgerschaft. »Als der CDU-Ministerpräsident die Auflösung des Landtages ankündigte, waren wir etwas überrascht. Zwar hatten wir

© DIE LINKE.Schleswig-Holstein

Neuwahlen in Schleswig-Holstein im Kalkül, aber wirklich vorstellen konnten ich mir das erst einmal nicht. Besonders, weil die CDU mit erheblichen Verlusten rechnen muss«, sagt Antje Jansen.

Für DIE LINKE hingegen ist die Ausgangssituation im nördlichsten Bundesland sehr gut. Die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Großen Koalition ist deutlich zu spüren. »DIE LINKE ist die einzige Partei, die mit diesem System nicht verwoben ist«, so Oskar Lafontaine in Kiel. Antje Jansen ist sicher, dass »die Wählerinnen und Wähler auch das honorieren werden.«

Im Mittelpunkt des Aktionsprogramms der LINKEN zur Landtagswahl steht die soziale Gerechtigkeit. »Wir

27. September 2009 Landtagswahl Schleswig-Holstein

wollen die Beseitigung der Armut als verbindliches Staatsziel in der Landesverfassung festschreiben. Klar muss sein: Armut zu produzieren oder auch nur zu dulden, ist ein elementarer Verstoß gegen alle Grundregeln einer demokratischen Gesellschaft und einer demokratischen Verfassung.«

Wie dringend diese Vorgabe wäre, kann Antje Jansen leicht belegen: »Die HSH-Nordbank bekommt einen Zuschuss von 1,5 Milliarden Euro und weitere fünf Milliarden als Bürgschaft – aber für dringende Sofortprogramme, zum Beispiel gegen die wachsende Kinderarmut, gibt es keinen Cent. Deswegen sagen wir: Das Land kann sich eine solche Politik nicht mehr leisten. Es ist also höchste Zeit für DIE LINKE im Landtag.«

DIE LINKE zieht mit einer breiten Palette konkreter Vorschläge zur Umsetzung ihrer Ziele in den Wahlkampf. »Vor allem fordern wir ein Investitionsprogramm in Höhe von dreieinhalb Milliarden Euro für Schleswig-Holstein«, so die Spitzenkandidatin. Die Höhe leitet sich aus der 100-Milliarden-Forderung der Bundespartei ab, die dreieinhalb Milliarden entsprächen dem Anteil, der dem nördlichsten Bundesland zustünde. 70.000 neue Arbeitsplätze sollen damit geschaffen werden. »Konkret geht es um Investitionen in Bildung, in Soziales, aber auch in ökologische Zukunftstechnologien und den sanften Tourismus, der einer der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes ist. Vor allem aber wollen wir die landesweit 12.000 Ein-Euro-Jobs in reguläre Beschäftigungsverhältnisse bei öffentlichen Arbeitgebern umwandeln.«

In keinem anderen westlichen Bundesland sind die sozialen Probleme dringlicher als in dem Land zwischen den Meeren. Rund 300.000 der 2,8 Millionen Menschen leben von Hartz IV. Zigtausende Beschäftigte, aber auch viele Rentnerinnen und Rentner haben Einkommen an der Pfändungsgrenze, jedes fünfte Kind wächst in Armut auf. »In den Städten ist es sogar jedes dritte Kind.« Antje Jansen weiß genau, wovon sie spricht. Sie leitet einen überaus erfolgreichen Lübecker Naturkindergarten und ist die Vorsitzende des Dachverbandes der freien Träger in der Hansestadt.

Die in Kiel geborene 59-jährige Mutter zweier erwachsener Kinder wuchs in einer traditionellen SPD-Familie auf und ist seit ihrer Jugend politisch aktiv. Dieses Engagement ist für sie untrennbar mit dem beruflichen verknüpft. Bereits in den 70er Jahren war sie in der linken Szene aktiv und arbeitete gleichzeitig als Erzieherin in einer kirchlichen Einrichtung. »Als der Pfarrer in einer linken Zeitung einen Artikel von mir entdeckte, wurde ich fristlos gefeuert. Seitdem hatte ich quasi Berufsverbot, denn Kindertagesstätten waren damals fast ausnahmslos in kirchlicher Hand.« Doch Antje Jansen unterzukriegen gelang den Kirchenfürsten nicht. Die Kündigung bot ihr, im Nachhinein betrachtet, sogar eine neue Chance. »Wir haben einfach selber neue Kindertagesstätten gegründet.«

Im Beruf erlebt sie zunehmend die scheinbare Ohnmacht gegenüber den politischen Verhältnissen im Lande. »Immer mehr Eltern können sich keine Kinderbetreuung leisten. Mehr noch, einige Kinder werden aus den Kindergärten geschmissen, weil die Eltern den Essensbeitrag nicht bezahlen können«, berichtet sie und vermag ihren Zorn darüber kaum zu verbergen.

»Wir brauchen kostenlose Bildung für alle und eine gute Krippen- und Kindergartenversorgung. Das ist in Schleswig-Holstein besonders sträflich vernachlässigt worden.« So wird die Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik immer einer ihrer politischen Schwerpunkte bleiben. Doch allein darauf ist Jansen nicht zu reduzieren.

Anfang der 90er Jahre wurde sie Mitglied der Grünen. Acht Jahre lang saß sie in der Lübecker Bürgerschaft. 1996 wurde sie Landessprecherin der Grünen. Als sich deren Landtagsfraktion

kurz darauf für eine Regierungsbeteiligung entschied, war sie aber nicht bereit, diesen Weg mitzugehen.

In einem aktuellen Artikel erinnert »Spiegel-Online« an diese Zeit: »Wegen ihrer fundamentaloppositionellen Haltung haben die Grünen auch keine guten Erinnerungen an die ehemalige Landeschefin Jansen, die nun die Liste der Linken anführt. Einer, der in den neunziger Jahren an ihrer Seite aktiv war, sagt: ›Antje Jansen ist nicht politikfähig, wenn man Politik so definiert, Realitäten zu verändern.‹ Sie gehöre zu denen, ›die sich ihre Realität backen‹ und Kompromisse nicht akzeptieren wollen ... Erst mit einem Misstrauensvotum gelang es den Realos, Jansen 1997 als Sprecherin abzulösen.«

Wie weit neben der Realität solche Einschätzungen liegen, beweist die Arbeit der Lübecker Linksfraktion. Ein Beispiel: Anfangs forderte dort nur DIE LINKE einen kostenfreien Mittagstisch für alle Schülerinnen und Schüler. Stattdessen gab es einen Modellversuch, in dem nur bedürftige Kinder von den Kosten befreit wurden. Das von der Linksfraktion vorhergesagte Ergebnis stellte sich alsbald ein. Viele Eltern stellten keinen Antrag, um ihre Kinder nicht als arm zu outen. Nach allgemeiner Ansicht war der Versuch schnell gescheitert. Die anderen Parteien und die örtliche Presse räumten ein, nur DIE LINKE habe von Beginn an richtig gelegen. Zuständig in der Bürgerschaft war der Sozialausschuss, dessen Vorsitz Antje Jansen inne hat.

In Lübeck gibt es häufig wechselnde Mehrheiten, was der LINKEN manchen Erfolg beschert. Am liebsten würde Antje Jansen dieses »skandinavische Modell« auf das Landesparlament übertragen. Sie weiß aber, wie wenig das auf dieser höheren Ebene öffentlich darstellbar und damit realisierbar sein wird.

So spricht sie von einer ebenso »knallharten wie konstruktiven Oppositionsrolle«, die DIE LINKE im Landtag einnehmen wird. »Vom HSH-Skandal, über die sozialen, bis hin zu den ökologischen Zuständen sind die politischen Verhältnisse in Schleswig-Holstein total verlottert. Das ist das Ergebnis der Großen Koalition. Das ist die Bilanz nach 21 Jahren, die die SPD in der Regierung saß, wovon sie 17 Jahre die Ministerpräsidenten stellte. Das haben aber auch die Grünen mit zu verantworten, die in den letzten Jahren nur auf die Regierungsbank geschielt haben, statt ihrer Oppositionsrolle gerecht zu werden. Dagegen kann es nur eine knallharte Opposition geben. Werden wir aber von anderen Initiativen unterstützt, die den Menschen konkret helfen, werden wir ganz sicher die Letzten sein, die sich aus parteitaktischen Gründen verweigern.«

Der Maßstab für DIE LINKE wird nicht die Politik der Etablierten sein. »Im Landtag kommen die Interessen vieler Menschen gar nicht mehr vor. Ihnen werden wir wieder eine Stimme geben, ohne Rücksicht auf die anderen Parteien.«

© Stefan Richter

Die sofortige Stilllegung der Atomkraftwerke, wie auf der Großdemo am 5. September in Berlin gefordert, findet sich auch im Aktionsprogramm zur Landtagswahl.

Ich abonniere DISPUT

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich bestelle ab sofort _____ Exemplar(e) der Zeitschrift DISPUT im

☐ Halbjahresabonnement zum Preis von 12,00 Euro inkl. Versandkosten

☐ Jahresabonnement zum Preis von 21,60 Euro inkl. Versandkosten

und nutze den vorteilhaften Bankeinzug

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

oder

☐ bitte um Rechnungslegung (gegen Gebühr) an meine Adresse.

Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zeitraum zum gültigen Bezugszeitraum, falls ich nicht 15 Tage (Poststempel) vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Datum, 1. Unterschrift

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass ich die Bestellung innerhalb von 10 Tagen widerrufen kann.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Coupon bitte senden an: Parteivorstand DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin.
Bestellungen auch möglich unter: www.die-linke.de

Bevor die Küken gezählt werden

Am 27. September wird in Brandenburg ein neuer Landtag gewählt. Bis dahin sind die Kandidatinnen und Kandidaten mit ihren Angeboten unterwegs **Von Gerlinde Krahnert**

Es ist nicht zu verhehlen, dass die brandenburgische LINKE mit einiger Spannung auf den Abend des 9. September schaute. Da wurden die traditionell von der Märkischen Allgemeinen Zeitung und der Redaktion von Brandenburg Aktuell bei Infratest dimap in Auftrag gegebenen aktuellen Umfrageergebnisse veröffentlicht: 31 Prozent für die SPD, 28 Prozent für DIE LINKE, 22 Prozent für die CDU, acht Prozent für die FDP und vier Prozent für die Bündnisgrünen. Ein Ergebnis, das die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer der LINKEN noch einmal anspornt. Und ein Ergebnis, das den bisher dahinschlummernden Wahlkampf belebt. Der Abstand zwischen Rot und Rot verringerte sich auf ein schon lange nicht mehr da gewesenes Maß. Die FDP wäre drin, die Grünen müssten bangen, die bislang im Landtag sitzende DVU wäre draußen.

Im Vergleich zur Mai-Umfrage verliert die SPD drei Prozent, während DIE LINKE um ein Prozent zulegt. Wie schon in der Vergangenheit beruht die Stärke der SPD maßgeblich auf der Popularität ihres Spitzenkandidaten, Ministerpräsident Matthias Platzeck, der als »Der Brandenburger« in den Wahlkampf zog, was ihm offensichtlich viele abnehmen, auch wenn er nunmehr in der Uckermark und nicht mehr in seiner Heimatstadt Potsdam direkt kandidiert. Erwartet wird eine relativ hohe Wahlbeteiligung, weil in Brandenburg erstmals Landtags- und Bundestagswahl auf einen Tag fallen.

Diese Zahlen belegen – trotz des Platzeck-Bonus' – eindeutig, dass der Zuspruch für einen Politikwechsel in Brandenburg, wie ihn DIE LINKE seit Jahren anstrebt, steigt. Guter Lohn für gute Arbeit, ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, wirksame Maßnahmen gegen die wachsende Armut – bei Kindern wie bei Rentnern, gute Bildung für alle von Anfang an in kleinen Klassen und sanierten Schulen und einem verbesserten Betreuungsschlüssel für Kinder in den Kita sowie starke Regionen in einem Brandenburg der Regionen sind offensichtlich Themen, die immer mehr Brandenburgerinnen und Brandenburger interessieren. Dafür steht DIE LINKE, und darüber täuschen auch nicht die Plakate der SPD oder der CDU hinweg. Offensichtlich setzen die Brandenburgerinnen und Brandenburger in dieser Hinsicht auf das Original und nicht auf die Wahlkampfkopie.

27. September 2009 Landtagswahl Brandenburg

DIE LINKE mit ihrer Spitzenkandidatin Kerstin Kaiser (Bildmitte) steht eben für Arbeit, von der man leben kann, für Investitionen in die Zukunft, in Bildung und Wissenschaft, und sie sagt auch offen, dass die im Bundesrat beschlossene Schuldenbremse dem entgegen steht. Zum ersten Mal hat die brandenburgische LINKE nicht nur darauf gesetzt, dass die Menschen ihr Wahlprogramm lesen. Sie hat begleitend dazu fünfzehn Projekte konkret benannt und durchfinanziert, an denen sie sich messen lassen will. Im Zentrum stehen Schlüsselvorhaben für ein sozialeres Brandenburg – für ein Brandenburg, in dem niemand zurückgelassen oder abgehängt wird. DIE LINKE will gute Arbeit – gute Löhne – eine stabile Wirtschaft. Sie will Brandenburg sozial und ökologisch erneuern, soziale Sicherung und Bekämpfung von Armut – bessere Lebensbedingungen für Kinder. Bezahlbare Lebensumstände und gute Bildung und Kultur für alle – von Anfang an. Sie will gutes Leben in allen Regionen, Demokratie ausbauen, Rechtsstaat stärken, Toleranz leben. Kerstin Kaiser wirbt auf einer dreiwöchigen Tour durch alle Landkreise und kreisfreien Städte für ein brandenburgisches Vergabegesetz und für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn, und sie diskutiert darüber, wie beides in die Praxis umgesetzt werden kann, wie kleinen und mittelständischen Unternehmen dabei geholfen werden kann. Sie erläutert die Vorstellungen der LINKEN für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit tariflich entlohnten Arbeitsverhältnis-

sen und debattiert darüber, wie dieser am besten und am schnellsten auf den Weg gebracht werden kann und wie aus der Mitte der Gesellschaft und mit der Kraft des Landes der Druck für angemessene Regelsätze für Kinder verstärkt werden kann.

Wo immer sie mit Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern, Eltern und Großeltern zusammentrifft – und dazu gibt es Gelegenheit auf allen Tourstationen –, wirbt sie nicht allein für kleinere Klassen und einen besseren Betreuungsschlüssel in den Kitas. Sie verständigt sich auch darüber, wie der Einstieg zu längerem gemeinsamen Lernen und in eine künftige Gemeinschaftsschule gestaltet werden kann.

Mit BürgermeisterInnen, KommunalpolitikerInnen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern diskutiert sie darüber, wie die öffentliche Daseinsvorsorge (auch in schwachen Regionen) und wie eine intensivere Zusammen-

© Erich Wehnert

Das Friedensfest der LINKEN in Strausberg ist seit 19 Jahren ein Treffpunkt von Jung und Alt, von Politik und Kultur, von Vereinen und Verbänden.

arbeit der Kommunen (auch über Kreisgrenzen hinweg) erhalten, verbessert und angepasst werden kann. Abgerundet wird die Reise in der Regel durch das Programm von Kaiser & Ko »Der rote Mohn«, in dem sich die Spitzenkandidatin als politische Sängerin präsentiert. Die dafür produzierte CD mit den Texten und Liedern des Programms wird gegen eine kleine Spende und mit Autogramm der künstlerischen Politikerin abgegeben. Der Erlös kommt einer Kindereinrichtung in Märkisch-Oderland zugute.

Die Erfahrungen der ersten Woche dieser Tour zeigen, dass die Menschen in Brandenburg es ernst auffassen, wenn jemand zu ihnen kommt, der sagt: »Nehmen Sie uns beim Wort!«. Und genau so ist es gemeint, wenn Kerstin Kaiser und mit ihr die Direkt- und Listenkandidatinnen und -kandidaten der LINKEN ihren Wählerinnen und Wählern gegenübertreten. In berlinnahen wie in berlinfernen Regionen. Daran ändert auch nichts die von der Jungen Union gegen Kerstin Kaiser losgetretene Stasikampagne.

© Erich Wehnert (6)

Unerwähnt bleiben darf im Zusammenhang mit dem brandenburgischen Landtagswahlkampf auch nicht, dass DIE LINKE ihr Wahlquartier nicht wie die anderen Parteien in ihren Geschäftsstellen oder anderen, kaum sichtbaren Orten eingerichtet hat, sondern in den Bahnhofspassagen der Landeshauptstadt. Dort ist jeden Tag etwas los: Lesungen, Rechtsvorträge, Politiker live, Film-und Diskussionsabende der Linksjugend – für alle ist etwas dabei. Und natürlich gibt es im Quartier auch jede Menge Infomaterial, Unterschriftenlisten für ein Musikschulgesetz oder für freie Ufer am Potsdamer Griebnitzsee oder eben auch all jene neudeutsch give away benannten Mitnahmeartikel.

Am 27. September werden »die Küken gezählt«. DIE LINKE wird bis dahin und natürlich darüber hinaus alles dafür tun, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger die Geschicke ihres Landes ein Stück weit fester in die eigenen Hände nehmen können.

Mehr unter www.dielinke-brandenburg.de

NEUE ZEITSCHRIFT

Als im Dezember 2008 die letzte Ausgabe der Monatszeitschrift »Utopie kreativ« erschien, kündigte es die Rosa-Luxemburg-Stiftung bereits an: Im Sommer 2009 soll eine neue Hauszeitschrift vorliegen. In den letzten Augusttagen war es dann soweit. »luxemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis« erblickte das Licht der Welt, mit einem Umfang von 192 zum Teil illustrierten Seiten, 30 Beiträgen und einem gewichtigen Schwerpunkt. Gefragt wird nach den Folgen der Krise. Welche Verschiebungen in den globalen Kräfteverhältnissen ergeben sich aus ihr, welche neuen Herausforderungen und Chancen für die Linke? In einem seiner letzten Interviews spricht Giovanni Arrighi über den beginnenden Niedergang der Weltmacht USA und den Aufstieg Chinas. Gregor Gysi zeigt linke Alternativen zum jetzigen Krisenmanagement auf. Christoph Spehr analysiert DIE LINKE als Akteur in der Krise. In einem Interview stellen sich Nicola Bullard, Ana Ester Ceceña, Hillary Wainwright und Chantal Mouffe der Frage, welche strategischen Orientierungen sich aus der Krise für die globale Linke ergeben. In einem Debattenteil treffen drei Positionen zu der Option eines Green New Deal aufeinander. Und Franck Düvell fragt nach den Folgen der Krise auf die globale Migration.

»luxemburg« ist es im ersten Heft gelungen, einen sehr facettenreichen Blick auf dieses globale Thema zu werfen. Auf die folgenden Ausgaben, die vierteljährlich erscheinen, dürfen wir gespannt sein. Auch ein Besuch der eigenen Website lohnt sich. Dort sind einzelne Beiträge zu finden, die auch kommentiert werden können.

luxemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, 1/2009
VSA Verlag, 192 S., 10 Euro
Abo 30 Euro, ermäßigt 20 Euro
www.zeitschrift-luxemburg.de

PRESSEDIENST

■ ■ **Freiheit:** Zur Demonstration »Freiheit statt Angst« am 12. September in Berlin, zu deren Teilnahme auch DIE LINKE aufgerufen hatte, erklärte die stellvertretende Parteivorsitzende Halina Wawzyniak: »Online-Durchsuchung, Vorratsdatenspeicherung, fehlender Arbeitnehmerdatenschutz und Internetzensur – die bürgerrechtliche Bilanz der Großen Koalition aus Union und SPD ist verheerend. Systematisch wird das Grundgesetz ausgehöhlt und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung torpediert. Bürger- und Menschenrechte müssen verteidigt werden. DIE LINKE steht für Freiheit und Sozialismus.«

■ ■ **Reichtumspflege:** Äußerungen von FDP-Chef Guido Westerwelle gegen »staatlich bezahlte Faulheit« bezeichnete die stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping am 7. September als durchsichtigen Trick, um Sozialabbau und weitere Repressionen gegen Erwerbslose mehrheitsfähig zu machen. Dagegen zeige die neoliberale Ideologie der FDP, wer staatlich organisierte Reichtumspflege für wenige gegen das Grundrecht auf Existenz und Teilhabe eintauschen möchte: »Westerwelle, der Kämpfer für das Wohlergehen der Reichen, ist mitverantwortlich für die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise und für die Armut in Deutschland, ob nun mit oder ohne Erwerbsarbeit.«

■ ■ **Gleichstellung:** Statt symbolischer Politik wie die SPD wolle DIE LINKE ein echtes Gleichstellungsgesetz für die freie Wirtschaft, betonte die stellvertretende Parteivorsitzende Ulrike Zerhau am 9. September: »Frauen erhalten nicht nur rund ein Viertel weniger Lohn als Männer, sie sind auch besonders häufig zu Löhnen beschäftigt, von denen sie nicht leben können. Ein – bislang von der SPD verweigerter – gesetzlicher Mindestlohn ist deshalb für Frauen besonders wichtig.« Die Hälfte der Arbeitsplätze in allen Berufen und Lohngruppen müsse Frauen zustehen. Deswegen müssten Unternehmen so lange zu Maßnahmen verpflichtet werden, bis Frauen auf allen Qualifikationsstufen bis hin zu Vorständen und Aufsichtsräten zur Hälfte vertreten sind. Ein Gleichstellungsgesetz wurde von der rot-grünen wie von der schwarz-roten Regierungskoalition verhindert.

■ ■ **Rente ab 67:** Als »Volksabstimmung über die Rente ab 67« bezeichnete am 4. September der stellvertretende Parteivorsitzende Klaus Ernst die Bundestagswahl. Er forderte die Gewerkschaften auf, entsprechenden Druck auf alle Parteien auszuüben: Die Rente ab 67 müsse weg. Sie schaffe keinen einzigen neuen Arbeitsplatz für Ältere, sondern sorge nur für höhere Rentenabschläge und mehr Altersarmut: »Union und SPD haben die Rente ab 67 gegen den Widerstand der Bevölkerungsmehrheit durch den Bundestag beschlossen. Merkel und Steinmeier sind bis heute uneinsichtig und verteidigen das Projekt. Um aus der Stimmung für eine Rücknahme der Rente ab 67 auch eine Parlamentsmehrheit zu formen, braucht es zur Bundestagswahl ein klares Votum gegen die Einheitsfront der Rentenkürzungsparteien.«

■ ■ **Parteivorstand:** Der Parteivorstand befasste sich auf seiner Sitzung am 31. August in Berlin mit den Ergebnissen der Landtags- und Kommunalwahlen am Vortag. Der Parteivorsitzende Lothar Bisky gratulierte im Namen des Vorstandes den Spitzenkandidaten der Landtagswahlen im Saarland, in Thüringen und Sachsen, Oskar Lafontaine, Bodo Ramelow und André Hahn, sowie NRW-Landessprecherin Katharina Schwabedissen zu den Ergebnissen. Der Parteivorstand dankte den Wählerinnen und Wählern der Partei und den Kandidatinnen und Kandidaten. Weiterhin verständigte sich das Gremium mit den Anträgen, die ihm vom Wahlparteitag (20./21. Juni 2009) zur Behandlung überwiesen worden waren.

■ ■ **Ehrung:** Aus Anlass des 100. Geburtstages von Harro Schulze-Boysen wurde am 2. September im Auftrag des Parteivorstandes der LINKEN in der Gedenkstätte Berlin-Plötzensee ein Kranz niedergelegt. Der Widerstandskämpfer, Mitglied der sogenannten Roten Kapelle, wurde gemeinsam mit seiner Frau und weiteren Mitstreitern wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« und »Landesverrat« zum Tode verurteilt und am 22. Dezember 1942 in Plötzensee erhängt.

Eine Welt ohne Atomwaffen

Statt NATO ein kollektives Sicherheitssystem für Europa **Von Wolfgang Triebel**

Der von den Westmächten seit sechzig Jahren gepflegte Mythos von der NATO als Schutz- und Friedensmacht ist in Europa politisch relativ verfestigt. Wegen der historischen Wahrhaftigkeit sei daran erinnert: Dieses Militärbündnis wurde 1949 geschaffen – erstens im Interesse militärpolitischer Vorherrschaft der USA über Europa, zweitens begründet mit der Abwehr von Sowjeteinfall und Kommunismus in Westeuropa und drittens, um Nachkriegsdeutschland unter Kontrolle zu halten. Das wurde zur politischen Grundlage für den Kalten Krieg. Indem sich die NATO nach Beendigung der militärpolitischen Ost-West-Konfrontation 1990 als Sieger des Kalten Krieges fühlte, betrieben die USA und andere NATO-Staaten die Militarisierung der internationalen Politik, wiederum angeblich im Interesse von Frieden und Menschenrechten.

Es ist sekundär, wie manche heute über die Gründe zur Bildung der NATO denken. Fakt ist, ihre Fortführung trotz Selbstauflösung des Warschauer Vertragssystems hat keinen Frieden gebracht. Weder auf dem Balkan, in Nahost und Afrika noch anderswo wurden Krisen mit militärischen Mitteln entschärft, im Gegenteil. Darum fordert das Wahlprogramm der Partei DIE LINKE statt weltweiter Ausweitung der NATO ein kollektives Sicherheitssystem aufzubauen, dessen politische Prämissen auf ein friedliches 21. Jahrhundert gerichtet ist.

Gescheiterte Politik

Staaten in Osteuropa buhlen entgegen politischer Vernunft um Mitgliedschaft in dieser aggressiven Militärorganisation. Deren Führungsmächte haben dadurch erhöhten Einfluss auf die Außenpolitik dieser Staaten, denen Sicherheit versprochen wurde. Der Arm der NATO reicht bis an die Grenzen Russlands. Kostensparend für die USA werden Soldaten dieser Länder in die Kriege Amerikas einbezogen. Seit 1989/90 ist die NATO gescheitert, auf dem Balkan, in Afghanistan und im Irak hat sie Trümmer produziert, sie ist international anstehenden Problemen nicht gewachsen. Die Wirtschaftskrisen und sozioökonomischen Probleme enthalten für die Völker Sicherheitsrisiken, die sich militärischen Lösungen verschließen. Die aus Profit- und Machtgründen ins Uferlose getriebene Rüstungspolitik und diverse Kriege vorwiegend in den armen Regionen der Welt multiplizieren Hunger, Not und Elend von immer mehr Menschen. Das sind die Hauptursachen für zugespitzte Sicherheitsrisiken.

Wer sich für mehr Sicherheit einsetzt, muss sich fragen, ob er selbst die für seine Ziele richtigen Mittel anwendet bzw. von anderen fordert. Zuerst und am wichtigsten ist die Stärkung von Macht und Einfluss der UNO sowie in Europa die Besinnung auf die 1975 entstandene Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE), seit 1995 OSZE. Die UN-Charta und die OSZE prägten den Grundsatz demokratischer internationaler Sicherheitspolitik: Sicherheit gibt es nur miteinander, nicht gegeneinander.

Präsident mit Visionen

Erstmals seit sechzig Jahren hat ein USA-Präsident die Vision einer atomwaffenfreien Welt verkündet. Barak Obama erklärte auf dem NATO-Treffen am 5. April 2009 in Prag: »Als Nuklearmacht, als einzige Atommacht, die diese Nuklearwaffe eingesetzt hat, haben die Vereinigten Staaten eine moralische Verpflichtung, hier zu handeln. Wir können das nicht alleine leisten, aber wir können führend dabei sein. Wir können das einleiten. Ich möchte heute also ganz deutlich und mit Überzeugung Amerikas Bereitschaft erklären, den Frieden und die Sicherheit in einer Welt ohne Atomwaffen anzustreben. Ich bin nicht naiv. Das Ziel wird sich nicht rasch erreichen lassen … Es wird Geduld und Beharrlichkeit erfordern. Aber jetzt müssen wir die Stimmen jener ignorieren, die sagen, dass die Welt sich nicht ändern kann …«

Wer könnte gegen diese Vorstellung von einer Welt ohne Atomwaffen sein? Noch hängt das Damoklesschwert von Atombomben über allen Kontinenten. Präsident Obama hatte den Mut, aus der Tatsache, dass bisher allein die USA Atombomben abgeworfen haben (1945 auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki), eine amerikanische Verantwortung für die Abschaffung von Atomwaffen abzuleiten. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine neue Sicherheitsstrategie erforderlich. Sie darf nicht von militärischer Stärke der NATO ausgehen, in ihrem Zentrum muss die internationale Abrüstung stehen. Der positive Ansatz, dass die USA und Russland in dieser Hinsicht vorangehen wollen, verdient, verbreitet und vor allem von der deutschen Bundesregierung aufgegriffen zu werden. Wir sollten Obama beim Wort nehmen. Er braucht Freunde, um dieses Ziel verwirklichen zu können. Deutschland könnte für ihn ein zuverlässiger und uneigennütziger Partner im Kampf für die Abschaffung von Atomwaffen sein. Das wäre eine würdige Neubesinnung auf eine ehrliche deutsche Friedenspolitik und könnte mit einem in Berlin, der Stadt des Friedens, entworfenen politischen Stufenplan beginnen, an dessen Anfang der Abtransport der US-amerikanischen Atomwaffen von deutschem Boden stehen müsste.

Frei von Militarisierung

Die zweite Stufe eines solchen gemeinsamen Friedensplanes könnte sein – wie im Wahlprogramm der Partei DIE LINKE formuliert –, die NATO durch ein kollektives Sicherheitssystem zu ersetzen, in das Russland eingeschlossen ist, und die EU von jeglicher Militarisierung frei zu halten. Es ist unbegreiflich, dass zeitgleich, als USA-Präsident Obama die Abschaffung der Atomwaffen fordert, im eigenen Land Rüstungsprojekte stoppt und neue Initiativen zu weltweiter Abrüstung ergreift, die deutsche Kanzlerin mehr als vier Milliarden Euro für neue Rüstungsaufträge zur Verfügung stellt. Bundesdeutsche Regierungen haben bisher in fast sklavischer Hingabe selbst die finsterste USA-Außenpolitik unterstützt. Frau Merkel kann sich offensichtlich nicht für Obamas Idee begeistern – und das, obgleich sie gern ihr christliches Denken hervorhebt, zu dem »Du sollst nicht töten« und »Friede auf Erden« gehören – was die Abschaffung von Atomwaffen einschließt.

Prof. Dr. Wolfgang Triebel ist aktiv in der Landesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik Berlin.

Für moderne linke Geschlechterpolitik

Frauenpolitik greift zu kurz. Beide Perspektiven denken! **Von Birke Bull und Uta Blume**

»Gute Jungs kommen an die Macht, böse in die Sonderschule«, heißt es bei der Erziehungswissenschaftlerin Ilka Hoffmann in ihrem 2006 erschienen Buch. Es geht um die Benachteiligung von Jungen im Schulsystem. Denn es sind vor allem Jungen, die mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten aus dem Regelschulsystem hierzulande ausgesondert werden. Auch müssen sie deutlich öfter die Klasse wiederholen, sie müssen häufiger den Rückzug aus dem Gymnasium in die Realschule antreten. Sie verweigern deutlich häufiger die Schule als Mädchen. Und überhaupt sind sie – zumindest gemessen an den Schulnoten – die leistungsschwächeren Real- und Gymnasialschüler.

Was hat das nun mit Frauenpolitik zu tun? Nichts, könnte man meinen. Es geht ja um Jungen. Aber vielleicht doch. Es sind nämlich Frauen, die in den Kitas und Grundschulen die Bildungschancen von Jungen stark beeinflussen, sieht man an dieser Stelle mal von den Zwängen im System selbst ab, die ihrerseits aber auch in maßgeblichem Umfang von Menschen selbst gemacht werden. Hinzu kommt: Es fehlen die männlichen Akteure, aus pädagogischer Sicht eine hochproblematische Angelegenheit. Männer sind in den Kindertagesstätten und Grundschulen leider eine eher zu vernachlässigende Größe – zahlenmäßig jedenfalls. Die völlig zu Recht erhobene Forderung nach einer Verbesserung der Einkommenssituation für Erzieher/innen wird daran vermutlich nur marginal etwas ändern, denn die einseitige Berufsorientierung hat mit traditionellen Männerbildern zu tun. Nur dafür ist Frauenpolitik nicht wirklich zuständig.

Auf der anderen Seite ist das katholische Mädchen vom Lande – einst Symbol für die Bildungsbenachteiligung von Frauen – nun bildungserfolgreich. Ist es das? Der formale Bildungserfolg von jungen Frauen in der Schule dürfte unumstritten sein. Dennoch entscheiden sie sich dann mehrheitlich für ein extrem schmales Angebot von Berufsausbildungen. Und zwar für jene Ausbildungen, die kaum Aufstiegschancen oder ein halbwegs gutes Einkommen zu bieten haben. In den zukunftsträchtigen Studiengängen wie Informatik sind junge Frauen weitgehend abwesend. Ihr Anteil an den professoralen Lehrstühlen insgesamt hat sich mittlerweile, quasi im Schneckentempo, in den zweistelligen Bereich gequält. Es gelingt Frauen ganz offensichtlich nicht, ihren schulischen Bildungserfolg auf dem Arbeitsmarkt fortzusetzen. Das wird auch nicht möglich sein, so lange erwerbstätige Männer in der Regel bleiben, wie sie sein sollen: eher weniger familiengebunden, dafür aber umso mehr räumlich und zeitlich flexibel und dementsprechend ent- beziehungsweise belohnt als Familienernährer. Neue Männer braucht das Land. Aber auch das ist nicht so wirklich vordergründig das Thema von Frauenpolitik.

Tunnelblick auf Frauenfrage

So langsam dürfte das Dilemma traditioneller Frauenpolitik offenbar werden. Ein Tunnelblick auf die Frauenfrage kann kaum erfolgreich sein, um die Geschlechterverhältnisse nachhaltig gerechter zu machen. Zu sehr sind beide Geschlechter in ihren jeweils unterschiedlichen Einfluss- und Gestaltungspotenzialen miteinander verwoben, zu sehr ist die Benachteiligung des einen mit der Privilegierung des anderen Geschlechts verbunden – und zwar wechselseitig –, als dass ein einseitiger Blick darauf die Probleme lösen könnte.

Was nützt das naturwissenschaftlich-technische Interesse von Frauen, wenn das soziale Interesse hingegen bei den jungen Männern unterentwickelt bleibt?

Was nützt die Erwerbsbeteiligung von Frauen, wenn Männer bei der Übernahme von Verantwortung für Haus- und Familienarbeit fortwährend behindert werden? Frauen droht die Doppelbelastung, wenn Männer ihre Vermeidungsstrategien zu Hause nicht aufgeben (können).

Was wiederum nützt die Beteiligung von Vätern an der Erziehungsarbeit, wenn Frauen keine anderen Verantwortungsfelder hinzugewinnen? Wenn Frauen wollen, dass Männer mehr Verantwortung für Kinder übernehmen, dann müssen sie von der eigenen etwas abgeben.

Politik für Frauen oder Mädchen muss Politik für Männer und für Jungen mitdenken. Es geht um mehr als um Frauenpolitik. Es geht um eine moderne linke Geschlechterpolitik.

Aus dieser Erkenntnis entstand in der Partei DIE LINKE der Wunsch nach einer Plattform für moderne linke Geschlechterpolitik. Es soll ein Netzwerk sein, um Debatten anzuregen, Standpunkte auszutauschen, Informationen weiterzugeben und Kontakte aufzubauen. Das Medium dafür ist zunächst ein Internetforum: www.forum-linke-geschlechterpolitik.de. Interessante und kontroverse Fragen sollen gemeinsam mit ExpertInnen aus der Wissenschaft, der Politik und aus dem außerparlamentarischen Aktionsfeld diskutiert werden – transparent, mit klaren demokratischen Regeln – offen für alle, die sich für eine moderne linke Geschlechterpolitik interessieren und engagieren. Und sei es nur zeitweise, themenbezogen oder in anderer Weise sporadisch.

Mit Hilfe dieser Plattform sollen Konzepte erarbeitet, politische Beratung ermöglicht und ein linker geschlechterpolitischer Diskurs in der Partei DIE LINKE und darüber hinaus initiiert werden. Wissen, Engagement und Interesse kann so vernetzt werden.

Effektives Netzwerk

Wir wünschen uns dabei viele Unterstützer/innen, die ein solches Projekt aktiv begleiten. Wir wollen eine effektive, substanzielle und zugleich lebendige Netzwerkarbeit, um dabei mit den individuellen Ressourcen an Zeit und materiellen Möglichkeiten sehr verantwortungsvoll umzugehen. Alle, die sich für eine moderne linke Geschlechterpolitik interessieren und engagieren wollen, sind herzlich willkommen auf www.forum-linke-geschlechterpolitik!

Anzeige

Der kleine Buchladen

Weydingerstraße 14–16
10178 Berlin
Telefon (030) 24 72 46 83

© Erich Wehnert

NACHBELICHTET

Von Arthur Paul ■ ■ Ein junger Mann fotografiert eine junge Frau per Handy. Wie das heute so geht. Wenn er demnächst eine andere findet, kann er das Bild per Knopfdruck löschen. Wie das heute so geht. Er kann das Foto in der gleichen Stunde via Satellit an seine Eltern geben. Die antworten vielleicht per E-Mail: »Gefällt uns. Halte sie fest!« Aber was lässt sich hier heraus- oder hineinlesen?

Die jungen Leute mögen um die zwanzig sein. Sie besuchen das Museum für anatolische Frühgeschichte in Ankara. Wer macht das schon in diesem Alter? Sie scheinen Türken zu sein, aber die Frau trägt kein Kopftuch. Vielleicht geht ihr solche äußerliche »Unterwerfung« zu weit? Aber warum stellt sie sich dann vor den Stierkopf, dem Symbol der Männlichkeit?

In den Vitrinen sind Grabungsfunde aus dem anatolischen Catalhöyük. Dort fand man eine steinzeitliche Stadt mit ein paar hundert Lehmhäusern und ein paar Tausend Einwohnern. Dort hatten vor 7.000 Jahren vermutlich die Frauen das Sagen. Doch wie erklärt sich dann der Kult mit dem Männlichkeitssymbol?

Vielleicht offenbart das eine uralte orientalische Liebeslist: »Die Frau unterwirft sich nur, um den Mann besser beherrschen zu können!«

Steht die junge Frau deshalb breitbeinig wie eine Ringerin, die Hand auf der Handtasche mit ihrer Habe, vor dem doppelt gehörnten Urtier? Sie blickt unerschrocken auf das Handy in der leicht zitternden Hand des Mannes. Und der ahnt vielleicht nicht, was da auf ihn zukommt. Oder liebt er sie gerade deshalb, weil sie Neuzeit und Tradition vereint?

Insofern ist Anatolien überall, auch im Neandertal bei Düsseldorf. Das widerspruchsvolle und gedeihliche Miteinander und Gegeneinander von Mann und Frau ist vielleicht die Hefe am zähen Teig der Menschwerdung? Und so viel scheint sicher: Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht begreifen und die Zukunft nicht meistern!

Erosion und Selbsttäuschung

Die Internationale Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 in Moskau

Von Wladislaw Hedeler

Harald Neubert hatte für die von ihm initiierte und seit Jahren im Programm des Vereins Helle Panke e.V. der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin betreute Reihe »Vielfalt sozialistischen Denkens« für 2009 mehrere Vorschläge unterbreitet. Sie korrespondierten mit Fragen, über die er während der Arbeit an zwei Buchmanuskripten nachdachte. Dass von ihm keine fertigen, »endgültigen« Antworten zu erwarten waren, wussten wir aus jahrelanger Zusammenarbeit. Der Erfolg der Reihe hing nicht zuletzt mit den von sachkundigen Referenten zur Diskussion gestellten Erfahrungen, Zeugnissen und Dokumenten zusammen.

2009 führten wir unter anderem Veranstaltungen zur Gründung der Kommunistischen Internationale 1919 und der Tagung des Kominformbüros 1949 durch. Nach Öffnung der Moskauer Parteiarchive bot sich die Möglichkeit einer Rekonstruktion der Planung, Durchführung und Nachbereitung der Tagungen. Doch auch die Lehren für die Linke heute standen im Raum. Neubert gab sich nicht mit dem Hinweis auf das Scheitern des sowjetischen Sozialismusmodells zufrieden. Das Plädoyer für Internationalismus, Erneuerung und Alternativen zum bestehenden System waren für ihn Bestandteil eines die Konsensbildung in der LINKEN befördernden Diskurses.

Als wir mit der Vorbereitung der Veranstaltung über die Moskauer Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien begannen, war Harald Neubert schon schwer erkrankt. »Ihr könnt ja auf meine Publikationen zurückgreifen«, schlug er uns beim letzten Besuch vor. »Darin habe ich meine Erinnerungen festgehalten.« Für die Veranstaltung über die Beratung konnten wir Bruno Mahlow und Harri Czepuck gewinnen. Beide gehörten, wie Harald Neubert, der nach Moskau gereisten Delegation der SED an.

Über die Herausbildung eines neuen Typs internationaler Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien des Westens und den Regierungsparteien in den sozialistischen Ländern und die vergeblichen Versuche Moskaus, die zentrifugalen Tendenzen zu überwinden, hat Neubert in »Die Hypothek des kommunistischen Erbes« (Hamburg 2002) und »Die internationale Einheit der Kommunisten« (Essen 2009) geschrieben.

Die Beratung, an der Vertreter von 75 Parteien teilnahmen, fand nach einer intensiven, fast zweijährigen Vorbereitung vom 5. bis zum 17. Juni 1969 in Moskau statt. Auch wenn die drei Entwürfe schließlich zu einem einheitlichen Papier zusammengefasst wurden, gelang es nicht, die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich einzelner Formulierungen und prinzipieller Feststellungen zu überwinden. Wie es um die »Einheit und Geschlossenheit« nach der »Exkommunizierung« der chinesischen KP durch die KPdSU und den Ereignissen in Prag im August 1968 stand, kommt im Abstimmungsverhalten der Parteien zum Abschlussdokument zum Ausdruck.

»Der Delegierte der Dominikanischen KP unterstützte das Hauptdokument nicht«, ist dem Vorwort des im Dietz-Verlag veröffentlichten Sammelbandes zu entnehmen. Neubert zitiert aus der Begründung: »Wir werden nicht zu den Unterzeichnern eines Dokumentes gehören, das sich ideologisch-theoretisch gibt, dabei aber keine der vielen neuen Erscheinungen einschätzt, die sich heute in der Welt entwickeln. Es beruht auf einer Reihe von prinzipiellen Thesen, die wir nicht teilen und die im Widerspruch zu dem stehen, was wir öffentlich vertreten. Es vertuscht die Realität der Beziehungen im sozialistischen Lager und in der kommunistischen Bewegung und behauptet sogar, dass es keine Krisen in der Entwicklung des Sozialismus gibt. Außerdem verabsolutiert es die nationale Politik einer Reihe kommunistischer Parteien, die wir nicht unbedingt teilen müssen.« So sei nicht zu akzeptieren, dass die »Diktatur des Proletariats … die einzige Alternative (sei), die die internationale kommunistische Bewegung einer krisenhaften kapitalistischen Gesellschaft« entgegenstelle.

Die Delegationen der kommunistischen Parteien aus Italien, San Marino, Australien und Réunion, so Neubert, »billigten nur den dritten Teil, der die Aktionsaufgaben der Kommunisten beinhaltet, und lehnten aus unterschiedlichen Gründen die Situationsdarstellung in der Welt und in der kommunistischen Bewegung ab. Die KPs Rumäniens, Spaniens, der Schweiz, des Sudan, Marokkos gaben dem Dokument mit Vorbehalt zu einzelnen Passagen ihre Zustimmung. Die Parteien aus Großbritannien und Norwegen haben wegen bestimmter Vorbehalte nach erneuter Prüfung ihre Zustimmung erst nach der Konferenz erklärt. Die Vertreter der zwei mit Beobachterstatus teilnehmenden Parteien – der KP Kubas und der Linkspartei Kommunisten Schwedens – enthielten sich mangels Mandats und Vollmacht ihrer Führungen der Stimme. […]

Meine Besorgnisse nach der Konferenz in Moskau betrafen […] schon damals vor allem zwei problematische Erscheinungen, da sie die Erosion der internationalen kommunistischen Bewegung veranschaulichten. […] Die westeuropäischen kommunistischen Parteien, darunter die großen und einflussreichen Parteien Italiens, Frankreichs und Spaniens, die entschieden die militärische Intervention abgelehnt hatten, verlangten, dass die CSSR-Ereignisse erörtert werden sollten […] KPdSU, SED usw. priesen es hingegen als großen Erfolg, dies abgewehrt zu haben. […] Indem als Ergebnis der Konferenz von 1969 von gefestigter Einheit der kommunistischen Bewegung gesprochen wurde, wurden aufgrund dieser Selbsttäuschung im Gegenteil die Meinungsverschiedenheiten in der Folgezeit eher größer als kleiner.«[1]

Eine weitere derartige Beratung hat es nicht mehr gegeben. Im »Neuen Deutschland« und in der »Prawda« erschienen Artikel zum ersten, zweiten und dritten Jahrestag der Beratung. Wer sich die Mühe macht, sie zu lesen, wird Neubert zustimmen: »Das Bemühen um die Konsolidierung und um die erforderliche politische Wirksamkeit der internationalen Einheit aller kommunistischen Parteien hätte nur unter der Voraussetzung Erfolg gehabt, wenn es sich nicht mehr auf Monopolanspruch, Bevormundung, Rechthaberei, Disziplinierung und Ausgrenzung gegründet hätte.«[2]

1 Harald Neubert: Die Hypothek des kommunistischen Erbes. Hamburg 2002, S. 148f.
2 Ebenda, S. 261.

Plastik wächst nicht nach – Karton schon.

Unsere Verpackungen bestehen zum größten Teil aus Karton, und der wird aus dem Holz nachhaltig bewirtschafteter Wälder gemacht. Die Energie, die wir dabei brauchen, stammt zu mindestens 70 Prozent aus dem Holz selbst – einem klimaneutralen Rohstoff. Öl dagegen wächst nicht nach, es heizt das Klima immer weiter auf. Unsere Getränkekartons haben ein optimales Öko-Design, sie sind leicht und lassen sich gut stapeln. Das heißt: wenig Kraftstoffverbrauch und wenig CO_2. In Deutschland werden zwei Drittel aller Getränkekartons recycelt. Auch dies erspart dem Klima jedes Jahr über 50.000 Tonnen CO_2.

Das **Umweltbundesamt** empfiehlt den Kauf von ökologisch vorteilhaften Getränkekartons und Mehrwegflaschen.

Nachhaltiger geht's nicht: Holz wächst nach!

FKN

Fachverband Kartonverpackungen für flüssige Nahrungsmittel e.V.

www.getränkekarton.de

»Es war ein schmerzlicher Prozess«

Über Ideale früher und Überzeugungen heute, über Inkonsequenz und Konsequenzen. Als Politiker in zwei Systemen **Im Gespräch mit Heinz Vietze**

Am 27. September wird auch in Brandenburg ein neuer Landtag gewählt. Du warst dort 19 Jahre Abgeordneter. Nun kandidierst du nicht noch einmal, packst stattdessen deine Bürosachen. Was kommt da zusammen?

40 Kisten, darunter eine ganze Menge Dokumente. In 40 Jahren hat sich viel Material angesammelt. Der eine Teil betrifft die DDR-Zeit von 1969 bis 1989, in der ich Funktionär im Jugendverband FDJ und in der SED war, beispielsweise 1. Sekretär in Oranienburg und in der Stadt Potsdam.

Ein zweiter großer Abschnitt bezieht sich auf meine Tätigkeit ab 1990 als PDS-Landesvorsitzender, als Wahlkampfleiter (bis 2004) und als Landtagsabgeordneter in Brandenburg, davon 18 Jahre als Parlamentarischer Geschäftsführer. Ich war zum Beispiel Mitglied des Verfassungsausschusses und Vorsitzender diverser Untersuchungsausschüsse.

Die wichtigsten Dokumente stammen aus der Wendezeit: Briefe, in denen ich beispielsweise das Politbüro zum Rücktritt aufgefordert habe, und Schriftstücke im Zusammenhang mit dem Außerordentlichen Parteitag der SED Ende 1989.

Was geschieht mit all dem?

Dieses Material habe ich Anfang September dem Archiv Demokratischer Sozialismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung übergeben.

Wie weit ist die SED für dich Vergangenheit?

20 Jahre. FDJ und SED haben mich geprägt. Ich trage sozusagen nicht nur das Kainsmal eines Bürgers der DDR, ich war aktiver DDR-Bürger, aktives Parteimitglied. Ich wollte, dass die DDR eine gute Entwicklung nimmt, dass sie eine leistungsstarke Gesellschaft wird. Ich habe mich für den Abbau von Defiziten im Bereich der Demokratie und in der Wirtschaft eingesetzt. Und wenn man das will und sich einbringt, weiß man, dass noch nicht alles gut ist.

1989 gehörte ich zu jenen, die nicht für die Auflösung der SED waren. Ich war für die Demokratisierung der DDR in dem Bewusstsein, dass das Konsequenzen für die Partei, in der ich war, hatte. Wir haben uns von dem in der Verfassung festgeschriebenen Führungsanspruch verabschiedet. Den wollten wir uns im gesellschaftlichen Leben erarbeiten. Als Herausforderung – und nicht als ein für immer gegebenes Postulat.

Du hast es erwähnt, ein paar Jahre warst du der 1. Sekretär von SED-Kreisleitungen. Beschreib doch bitte mal jüngeren Leserinnen und Lesern bzw. denen in den alten Bundesländern, was ein 1. Sekretär gemacht hat, wofür er zuständig war.

Unter den heutigen Bedingungen ist das schwer vorstellbar: Der 1. Sekretär war für alles verantwortlich. Er war wichtigster Repräsentant eines Territoriums und damit der wichtigste Entscheider. Im Sekretariat der Kreisleitung wurden beispielsweise Entscheidungen zur Führung der politischen Arbeit, zur Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins, zur Leistungssteigerung der Industrie- und Agrarproduktion, zur Gewährleistung der Versorgung, zum Bau von Wohnungen, Schulen, Kindergärten, Jugendklubs, zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, einschließlich des Schutzes der Staatsgrenze, getroffen. Eigentlich gab es nichts, wofür wir nicht zuständig waren. Und wenn im Winter nicht gestreut wurde, riefen die Leute auch bei der Kreisleitung an und beschwerten sich.

Du hast konkret Verantwortung getragen – hast du nicht mitgekriegt, wie es ums Land DDR und um seine Bevölkerung stand?

Die Menschen haben die DDR unterschiedlich erlebt. Gebührenfreies Studium, Qualifizierung, Kinderbetreuung, gesundheitliche Betreuung auch im ländlichen Raum usw. Viele haben soziale Leistungen in Anspruch nehmen können. In den ersten Jahren verspürte ich ungeheuer viel Enthusiasmus. Dafür sorgte der Umgang mit jungen Leuten, die Solidarität mit Vietnam, Chile, mit Angela Davis, Allende, Mandela – das war damals für viele Herzenssache. Wir glaubten, auch nach den Auseinandersetzungen 1968 in der Bundesrepublik, dass wir eigentlich in dem moralisch integeren Teil Deutschlands lebten. Ich wollte dieses Land mitgestalten. Auch wenn bereits damals Veranstaltungen nicht stattfinden durften, Bands verboten wurden usw. Hier und da wurde ich schon mal unruhig.

Den ungeschönten Blick in die Realitäten, was die Härten betraf, bekam ich als 1. Sekretär der SED-Kreisleitung. Die Organisation der Wirtschaft funktionierte nicht so, wie das unter den Bedingungen der Planwirtschaft sein sollte. Viele Initiativen mussten ergriffen werden, die alle mit dem Nichtfunktionieren der Planwirtschaft zu tun hatten. Hinzu kam der Ausverkauf der DDR bei etlichen Produkten. Wir waren ein Billiglohnland, lieferten Produkte deutlich unter ihrem Wert in die Bundesrepublik. Das verstärkte die wirtschaftliche Instabilität und warf immer mehr Fragen auf. Wir haben beispielsweise für Schrott-Importe aus der Bundesrepublik mehr bezahlt, als wir für den Export des fertigen Stahls bekamen. Aus heutiger Sicht war das Missmanagement. Es führte in die Katastrophe. Das Land brauchte Kredite, war erpressbar geworden.

Die Bevölkerung wurde immer unzufriedener und artikulierte das auch. Die Ausreiseanträge nahmen zu – die repressiven Maßnahmen, die Sicherheitsdoktrin wurde immer dominanter. Irgendwann war mir klar: So geht's nicht weiter. Im Mai 1989 erhielten wir die Macht (noch) mit dem Betrug des Volkes. Die DDR war 1989 politisch, wirtschaftlich, in Bezug auf die Rahmenbedingungen am Ende. Und die Bürger haben mit dem System gemacht, was man macht, wenn ein

© Erich Wehnert

System am Ende ist – sie haben gesagt: Das war's.

Die Krise des sozialistischen Systems hatte hausgemachte Ursachen mit stalinistischen Wurzeln.

Ein Sprung noch weiter zurück: Was war dein erster Berufswunsch? Und: Warum bist du Mitglied der SED geworden? Das heißt: Dies wurde man ja nicht einfach, da hat man nicht einfach seine Mitgliedschaft erklärt – man wurde aufgenommen und brauchte dafür »Bürgen«, und eine »Kandidatenzeit« gab es auch.

Ich bin Dreher mit Abitur und hätte vielleicht Maschinenbau studieren können. Ich stamme aus bescheidenen Verhältnissen; mein Vater ist 1952 aus der SED ausgeschlossen worden – er hatte andere Auffassungen von Demokratie.

Im dritten Lehrjahr sprach ich als Jugendbrigadier auf einem Arbeiterjugendkongress. Anschließend wurde ich gefragt, ob ich nicht FDJ-Sekretär werden wolle. Ich hatte das Gefühl, wenn du etwas verändern willst, musst du es in den Strukturen tun, in denen du lebst. Und natürlich – das muss auch gesagt werden – haben wir was für die Leute gemacht. Wie begrenzt insgesamt die Möglichkeiten waren, habe ich dann als 1. SED-Kreissekretär sehr deutlich gespürt.

Würdest du so weit gehen, von verschenkten Jahren zu reden?

Nein. Ich habe zumindest die Erkenntnis gewonnen, wie es nicht geht.

Wir leben jetzt in einer Gesellschaft, in der wir erneut überlegen, wie sie verändert werden muss. Dabei ist ein verklärter Blick auf die DDR keine Hilfe für die Veränderung dieser Gesellschaft.

In allen Medien wird derzeit der große Film »Damals, vor zwanzig Jahren …« gegeben. Wie war dein Sommer/Herbst 1989?

Die Erlebnisse waren sehr durchwachsen. In Potsdam überreichten Politbüromitglieder Ehrenbanner, wichtige Investitionsvorhaben wie die Großmolkerei wurden in Betrieb

genommen, das Fundament für ein neues Theater wurde gelegt, und mit Blick auf die 1.000-Jahrfeier von Potsdam über die Rekonstruktion des Holländischen Viertels und die zweite barocke Stadterweiterung diskutiert. Gleichzeitig vollzogen sich nach den Kommunalwahlen wegen des Wahlbetruges ganz andere Prozesse. Zunehmend aktiver wurden oppositionelle Gruppen, in Potsdam beispielsweise die Gruppe »Kontakte« – sie hatte den Wahlbetrug aufgedeckt – und »Argus«, die sich stark für den Erhalt der Innenstadt einsetzte. Die Kirchen versuchten uns mit Mahnwachen und Trommeln wachzurütteln. Die Ausreiseanträge nahmen zu. In Ungarn wurde die grüne Grenze geöffnet. Im September begannen die Montagsdemos. Die Vertrauensbasis war weggebrochen, man war Krisenmanager.

Wie sah das aus?

Es gab zu der Zeit einen Umtausch der SED-Mitgliedsbücher. Als 1. Sekretär hatte ich rund 25.000 Dokumente zu unterschreiben, jeden Tag eine Stunde lang – mit dem fatalen Ergebnis, dass die Hälfte der neuen Mitgliedsbücher postwendend zurückkam, weil viele Genossen inzwischen ausgetreten waren.

Der Druck auf die Partei wuchs fast täglich. Ein Teil der Funktionäre wurde aus dem Amt gejagt, ein anderer Teil wurde »krank«, das Politbüro war unfähig und zog sich zurück und schickte nur noch Faxe mit Aufgaben. Eine Katastrophe.

Hinzu kamen zahlreiche Gerüchte und Enthüllungen in den Medien über das Leben der Parteiführung. Das waren zum Teil peinliche Offenbarungen, denn der Anspruch der SED war ein anderer. Das diskreditierte die gesamte Partei. Da sind viele Genossinnen und Genossen, die in den Betrieben ehrlich gearbeitet haben, in Mithaftung genommen worden, obwohl sie nie einen persönlichen Vorteil durch die Mitgliedschaft in der SED hatten.

Die Veränderungen vollzogen sich weitgehend friedlich ...

Das war einerseits das Verdienst der Demonstranten. Die Veränderungen vollzogen sich aber auch deshalb friedlich, weil andererseits die, die im Besitz der Waffen waren, sie nicht eingesetzt haben. Beide Seiten – die, die das System verändern wollten, und die, die das System schützen sollten – waren zu Auseinandersetzungen bereit, aber nicht zur Gewaltanwendung.

Du warst, wenn ich das richtig verstanden habe, im »Arbeitsausschuss« zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages für das Referat zu den Ursachen der Krise in der DDR verantwortlich. Warum du?

Als hauptamtlicher Funktionär befand ich mich schon vor Einsetzung des Arbeitsausschusses in Auseinandersetzung mit dem Politbüro. Entscheidend war die Auseinandersetzung im Politbüro am 1. Dezember 1989. Als Sekretariat der SED-Bezirksleitung Potsdam hatten wir schon vorher an das Politbüro geschrieben, dass Krenz und die anderen zurücktreten sollen. Wir wollten die minimale Chance nutzen, durch einen deutlichen Bruch mit dem System zu sagen: Wir sind in einer Krise, die wir mit zu verantworten haben, wir müssen einen Weg aus der Krise finden, wir brauchen eine Demokratisierung der Gesellschaft. – Deswegen hatten wir das Politbüro zum Rücktritt aufgefordert.

In welcher Weise?

Nachdem auf den Brief nicht reagiert worden war, fuhr ich mit meinem 2. Sekretär nach Berlin direkt zur Politbürositzung, um der Forderung Nachdruck zu verleihen.

Das liest sich jetzt vielleicht sehr einfach, war aber mit harten Auseinandersetzungen verbunden.

Am 3. Dezember trat dann das Politbüro zurück und am Nachmittag dieses Tages begann der Arbeitsausschuss mit seiner Tätigkeit. Uns war klar: Wir müssen einen rigorosen Schnitt machen. Wir müssen uns auf dem Außerordentlichen Parteitag (am 8./9. und 16./17.12.1989) mit der Krise beschäftigen, in die wir das Volk geführt haben – nicht das Volk uns. Der Sonderparteitag wurde dann ja zum Beginn der Geschichte der PDS.

Ich kannte eine Menge Leute, Genossen aus Instituten und Hochschulen, und ich kannte mich in den Parteistrukturen aus. Das Referat »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!« hielt mein Freund Michael Schumann. Dieses »Chrustschow-Referat«, das es ja für uns war, konnte nicht von jemandem gehalten werden, der unmittelbar aus den Strukturen kam. Professor Michael Schumann hatte ich Ende November auf einer der letzten SED-Kundgebungen kennengelernt, als er eine leidenschaftliche Rede für die Erneuerung von Partei und Gesellschaft hielt. Er verkörperte glaubwürdig den Neubeginn.

Was war der Kern dieses Referates am 16. Dezember?

Die Charakterisierung des politischen Systems in der DDR in Bezug auf stalinistische Strukturen. Das betraf den Führungsanspruch einer Partei, und das betraf den demokratischen Zentralismus unter dem Gesichtspunkt, dass zwar alle mitreden sollten, aber letztlich nur machen durften, was durch die Parteiführung beschlossen wurde. Das war ein geflügeltes Wort für alle anstehenden Aufgaben »auf der Grundlage der Beschlüsse ...« Diese Art der Manipulation ging einher mit Vorgaben, wie der neue sozialistische Mensch leben solle. Individuelle Freiheiten waren in der Gesellschaft nicht in dem erforderlichen Maße gegeben.

In der Partei hatten die stalinistischen Strukturen eine extreme Disziplinierung der Mitglieder zur Konsequenz; da wurde ja beschlossen, wer was denken darf und was nicht und wer ausgeschlossen wird. Es war ein schmerzlicher Prozess, wir selbst waren davon ja auch nicht frei. Wir hatten uns 1989/90 mit etwas auseinanderzusetzen, was wir im eigenen Tun selbst akzeptiert haben ...

... und selbst praktiziert haben.

Ja. Das war ja das Komplizierte. Es war am Ende eben nicht allein die führende Rolle einer Partei, es waren die Funktionäre auf den verschiedenen Ebenen. An der Spitze Erich Honecker als politischer Führer, dessen Wort galt. Das war auch schon so bei Walter Ulbricht. Wir haben in Partei und Gesellschaft unsere Vorstellungen von demokratischer Mitwirkung selbst ad absurdum geführt – eine bittere Erkenntnis.

1989 haben wir uns selbst infrage gestellt, obwohl wir dieses System mitgetragen hatten. Wir haben für die Krise Verantwortung übernommen und uns beim Volk der DDR entschuldigt, haben die Ursachen für diese Fehlentwicklungen analysiert und benannt und empfanden es als unsere Pflicht, diese Fehlentwicklungen mit zu beseitigen. Wir hatten viel gutzumachen. Und zwar nicht mehr in einer privilegierten Stellung als führende Kraft, sondern als ei-

»Heinz Vietze ist bundesweit ein Unikum. Er war FDJ-Funktionär, dann SED-Kreischef von Potsdam und in den Wendemonaten 1989 – im Alter von 42 Jahren – der letzte Bezirkschef der untergehenden Einheitspartei. Und er ist der einzige ranghohe DDR-Funktionär, der bis heute aktiv Politik treibt. Mittlerweile über Parteigrenzen geachtet bis hinein in die CDU.«

(Berliner Zeitung, 20.9.2007)

ne gesellschaftliche Kraft von vielen, die sich einbringt und die zugleich – es war die Zeit des Runden Tisches – mit allen anderen Kräften das öffentliche Leben aufrechterhält und um die besten politischen Ideen ringt.

Welchen Platz hat für dich Selbstkritik, vielleicht sogar Scham?

Die Entscheidungen, die ich als ich Funktionär getroffen habe, habe ich verantwortet. Es gab Dinge, da war man involviert ohne Entscheidungskompetenz, zum Beispiel beim Grenzregime. Und es gab Dinge, wo ich mir rückblickend vorwerfe, möglicherweise zu spät und nicht energisch genug auf Veränderungen gedrängt und stattdessen vieles hingenommen zu haben, wo Aufbegehren nötig gewesen wäre. Aber wie das System insgesamt organisiert war, bedurfte es dieses Impulses von »außerhalb«, um die kritischen Kräfte in der SED wachzurütteln.

Nach der Wende hielten mir viele vor, wir hätten energischer und eher den Regierenden widersprechen müssen. Aus heutiger Sicht haben sie natürlich recht. Ohne Selbstgerechtigkeit sage ich aber auch: Heute erlebe ich in den anderen Fraktionen im Brandenburger Landtag wieder eine gewisse Zurückhaltung, wenn es darum geht, offen in eine Auseinandersetzung mit der Partei- oder Fraktionsführung zu gehen, weil es nicht gewünscht ist. Es findet wieder eine enorme Disziplinierung statt.

© Erich Wehnert

Heinz Vietze, 61, Politiker der LINKEN, früher FDJ- und SED-Funktionär, (noch) Landtagsabgeordneter in Brandenburg, seit 2007 Vorsitzender des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Oft in tragender Funktion. Jetzt mit 40 Dokumenten-Kisten auf dem Weg in die Stiftung

Du hast sie vorhin erwähnt: die Kämpfenden in Vietnam, Mandela, Allende ... Wie haben sich für dich Ideale verändert?

Das waren Menschen, die ihr Leben hinter die Botschaft gestellt haben: Diese Welt muss verändert werden. Aus der tiefen Überzeugung, dass man mit Unrecht nicht leben muss, dass man Ausgrenzung nicht hinnehmen muss, dass man Krieg nicht akzeptieren muss, dass man ein anderes Leben anstreben kann und dafür etwas tun muss, sozusagen selbstlos zur Aktion bereit sein muss. Das waren Vorbilder im positiven Sinne.

Was man zu wenig gemacht hat war, ohne verklärten Blick zu fragen: Wie nimmt man im eigenen Lande darauf Einfluss, dass sich Diskriminierung, Ungerechtigkeit usw. nicht entwickeln kann. Das politische Bekenntnis, das politische Ideal war die eine Seite, was man an Inkonsequenz im eigenen Land mitgetragen hat, die andere. Das ist etwas, wo man sagt, sich schämen ... Bei dem Intellekt, den man sich selbst unterstellt, hätte man früher auf die Idee kommen können, intensiv auf Veränderung zu drängen.

1989 haben wir daraus Schlussfolgerungen gezogen. In der Wendezeit begann eine zunehmende Kriminalisierung der SED-Mitglieder, insbesondere ihrer Funktionäre. Die DDR als System und ihre Menschen sollten diskreditiert werden. Ich für mich habe daraus die Konsequenz abgeleitet: Ich übernehme die Verantwortung für das, was ich gemacht habe. Und diejenigen, die mit meinen Entscheidungen nicht einverstanden waren, können sich mit mir auseinandersetzen. Und eine zweite Konsequenz: Für meine Ideale – eine gerechte und friedliche Welt – muss ich mich weder schämen noch neu orientieren.

Bei Anerkennung der gesellschaftlichen Entwicklung in den vergangenen 20 Jahren will ich mich nicht abfinden mit den jetzigen Verhältnissen – weder mit dem Abbau des Sozialstaates, der zunehmenden Einschränkung individueller Bürger- und Freiheitsrechte noch mit dem Einsatz der deutschen Soldaten in Afghanistan. Dass sie das letzte Wort der Geschichte sein sollen, das ist zu billig. Und was Ideale heute anbelangt: Warum sollten sie bei den jungen Leuten nicht ein etwas anderes Gewicht haben als bei den abgeklärten Sechzigjährigen? Für junge Leute gilt, gemessen an den Fehlern, die sie machen können, kommen sie ganz selten an die, die wir gemacht haben, heran.

Welchen Tipp hat der Noch-Abgeordnete zum Ausgang der Wahlen am 27. September?

Nach dem Impuls der Landtagswahlen im Saarland und in Thüringen gibt es in Brandenburg eine knappe Entscheidung zwischen der SPD und der LINKEN, die CDU wird – deutlich abgeschlagen – drittstärkste Kraft. Im Bund wird DIE LINKE zweistellig. CDU und SPD werden beide verlieren und am Ende doch wieder über ihren Erfolg und Regierungsauftrag fabulieren.

Gespräch: Stefan Richter

Zwischen Optimismus und Besorgnis

Das XV. Treffen des Forums von São Paulo **Von Dietmar Schulz**

Das Forum von São Paulo (FSP) ist eine Vereinigung von linken, progressiven und demokratischen politischen Parteien und Bewegungen in Lateinamerika und der Karibik. Gegründet 1990 nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus, bestand das Ziel des FSP anfangs lediglich darin – so ein Teilnehmer des Gründungstreffens –, »die Idee des Sozialismus lebendig zu erhalten«, sich gegen das verkündete »Ende der Geschichte« zu wehren. Zugleich wollte man sich gegen den neoliberalen, globalisierten Kapitalismus wehren, der den Völkern der Region als einzig mögliche Gesellschaftsordnung aufgezwungen wurde.

Aus dieser Bewegung des Widerstandes ist eine gestaltende Kraft geworden. Mitgliedsparteien des Forums von São Paulo regieren in 14 Ländern Lateinamerikas und der Karibik bzw. sind an den Regierungen beteiligt, unter anderem in Brasilen, Uruguay, Bolivien, Ekuador und Venezuela. Mit dem Wahlsieg der FMLN im März dieses Jahres ist El Salvador hinzugekommen – bisher der wichtigste Verbündete der USA in Mittelamerika. In anderen Ländern (Mexiko, Peru, Kolumbien) sind die Mitgliedsparteien des Forums von São Paulo die tragenden Kräfte der Opposition.

Neoliberalismus überwinden

Hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Konzeptionen seiner Mitglieder ist das FSP sehr heterogen zusammengesetzt. Allen gemeinsam ist die Vorstellung von der Überwindung des Neoliberalismus und dem Aufbau einer Gesellschaft, die sich durch soziale Gerechtigkeit und wirkliche Demokratie auszeichnet. Zahlreiche Parteien vertreten den Standpunkt, dies sei nur durch den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu erreichen, wobei die Sozialismus-Vorstellungen der einzelnen Kräfte teilweise noch nicht klar definiert sind. Andere wollen über einen längerfristigen Reformprozess innerhalb des kapitalistischen Systems letztendlich zu einer post-kapitalistischen Gesellschaft kommen, deren Haupttriebkraft nicht länger die Profiterzielung und -maximierung ist. Selbstverständlich haben diese unterschiedlichen Auffassungen immer wieder zu Diskussionen und auch Konflikten geführt. Unter der Losung von der »Unidad en la Diversidad«, der Einheit in der Vielfalt oder auch Verschiedenartigkeit, dem Leitgedanken des XIV. Treffens in Montevideo (2008), werden diese Probleme jedoch im Rahmen des gemeinsamen Kampfes gegen den Neoliberalismus und die imperiale Einmischung und Bedrohung durch die USA zurückgestellt.

Das zentrale Thema des diesjährigen Treffens des FSP lautete: »Die Alternativen der lateinamerikanischen Linken angesichts der kapitalistischen Krise«. Im Grundlagendokument für das Treffen und in der Diskussion selbst wurde betont, dass es sich bei der aktuellen Krise nicht nur um eine Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern auch um eine Energie- und Nahrungsmittelkrise, eine Umweltkrise und eine tiefe soziale Krise handelt, die letztendlich zu schweren politischen Krisen in verschiedenen Ländern und/oder Regionen führen kann. Schließlich wurde die gegenwärtige Krise als Strukturkrise des Kapitalismus und seiner Produktionsweise definiert. Nach Auffassung der Teilnehmer des Treffens haben neben den Krisenauswirkungen selbst auch die bisherigen systemstabilisierenden Maßnahmen der imperialistischen Hauptstaaten negative Auswirkungen auf die Länder Lateinamerikas und der Karibik, unter anderem Exportrückgang, Devisenverknappung, Verschlechterung der Handels- und Zahlungsbedingungen. Einmal mehr werde also versucht, die Folgen einer Krise auf die wirtschaftlich abhängigen Länder abzuwälzen. Sehr oft zu hören war die Auffassung, dass alle Maßnahmen zur Begrenzung der Krisenauswirkungen auf Lateinamerika und die Karibik nicht nur konjunktureller Natur sein dürfen, sondern zugleich auf notwendige strukturelle Veränderungen in den Ländern der Region ausgerichtet sein müssten. Ansonsten würden sie lediglich zur Beibehaltung des Status quo führen, jedoch keinen Beitrag zur Umgestaltung der Gesellschaft und ihrer ökonomischen Grundlagen leisten.

Als Hauptinstrument in diesem Sinne wird die bereits auf den vorangegangenen Treffen des Forums von São Paulo ausführlich diskutierte regionale Integration Lateinamerikas verstanden. Eine Integration, die sich deutlich von anderen Integrationsmodellen, beispielsweise der europäischen Wirtschaftsintegration, unterscheiden müsse und sich auf das solidarische Miteinander der Völker stützt. In diesem Prozess gibt es – so das FSP – bereits große Fortschritte, es gelte aber noch stärker als bisher, Rivalitäten und hegemoniale Ansprüche zu überwinden.

Mit Besorgnis wurden die zahlreichen Anzeichen einer kontinentalen Gegenoffensive der einheimischen Rechtskräfte im Verbund mit den USA registriert. Deren deutlichster Ausdruck sei der Militärputsch in Honduras, der nochmals entschieden verurteilt wurde. Auch die Errichtung von US-Militärstützpunkten in Kolumbien und die Reaktivierung der 4. US-Flotte, deren Einsatzgebiet vor den Küsten Lateinamerikas liegt, wurden als Bestandteile einer abgestimmten Strategie zur »Rückeroberung« verlorener Positionen durch die Rechte betrachtet. Viele Teilnehmer der Diskussion, besonders aus Venezuela und Ekuador, machten mit aller Dringlichkeit auf die von Kolumbien ausgehende Gefahr eines regionalen Krieges aufmerksam.

Das Forum von São Paulo beschloss umfangreiche Maßnahmen zur Unterstützung aller linken, progressiven und demokratischen Regierungen Lateinamerikas und der Karibik, die noch in diesem oder dem kommenden Jahr vor Wahlen (zum Beispiel in Uruguay, Chile, Brasilien) stehen. Das reicht vom Vermitteln von Erfahrungen über die Wahlbeobachtung bis zur Unterstützung in Kommunikationsfragen. Das Ziel besteht darin, dass keine linke, demokratische Regierung an die Rechtskräfte verloren geht.

Unter den vielen weiteren Themen der Beratungen sollen noch die Überwindung kolonialer Reste, vor allem in der Karibik – dazu organisiert das FSP im kommenden Jahr ein kontinentales Gipfeltreffen – sowie der Kampf gegen die Kriminalisierung politischer und sozialer Proteste erwähnt werden.

Ergänzt wurde das XV. Treffen des Forums von São Paulo erstmalig durch ein Jugendtreffen, das in Zukunft regelmäßig stattfinden soll.

Die Volksmacht stärken

Zur revolutionären politischen Offensive in Venezuela

Interview mit Aristóbulo Istúriz, Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV)

Du hast auf dem Sao-Paulo-Forum eine Internationale Friedenskonferenz für Anfang Oktober in Caracas angekündigt. Was ist das Anliegen der Konferenz?

Wir laden alle linken Kräfte Lateinamerikas, Europas und anderer Regionen der Welt zu einem Treffen ein, bei dem es ganz konkret um die Gegenoffensive des Imperialismus auf unserem Kontinent gehen soll.

Bestes Beispiel für diese Offensive ist Honduras. Insgesamt geht es ihm darum, den Prozess der Befreiung Lateinamerikas zu stoppen. Dieser erste Schlag richtete sich gegen die schwächste Stelle der ALBA (Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerika). Weiter gibt es Attacken gegen Ekuador und Präsident Correa, gegen Venezuela und Präsident Chávez, die USA bauen ihre Stützpunkte in Kolumbien aus und versuchen, es in eine Art unsinkbaren Flugzeugträger auf dem amerikanischen Kontinent zu verwandeln.Das alles besorgt uns zutiefst, denn wir sind ja unmittelbare Nachbarn.

Für uns ist dies die klare Absicht, einen Krieg zwischen Kolumbien und Venezuela zu provozieren, was auch ein Krieg zwischen dem US-Imperialismus und Venezuela wäre. Das Ziel sind unsere großen Erdölvorkommen, die Ressourcen des Amazonasbeckens und die Herrschaft über die Süßwasserreserven.

Wir möchten alle linken, progressiven Kräfte weltweit aufrufen, gemeinsam mit uns darüber zu beraten, was dies für Folgen hätte und welche Position wir dazu einnehmen sollten.

Welches sind wichtigsten aktuellen politischen Fragen in Venezuela?

Auf internationaler Ebene müssen wir vor allem die militärische Expansion der USA in Südamerika aufhalten, dieser kriegstreiberischen Gewalt mit unseren Friedensbemühungen entgegentreten, der Einmischung mit unserer Souveränität begegnen.

Auf nationaler Ebene entwickeln wir zur Zeit eine revolutionäre politische Offensive. Bei ihr geht es darum, den Auswirkungen der Krise des Kapitalismus mit einer Vertiefung der Revolution und der Beschleunigung der strukturellen Veränderungen unserer Gesellschaft zu begegnen.

Die erste Etappe stand im Zeichen der sozialen Einbeziehung breiter Volksschichten. Wir haben dabei wichtige soziale Fortschritte zum Beispiel im Hinblick auf die Millenniumsziele der Vereinten Nationen erreicht, besonders bei der Überwindung des Analphabetentums und der Verbesserung der Volksbildung, der Senkung der Säuglings- und Müttersterblichkeit, der Überwindung der Unterernährung und der schlimmsten Armut. Auch die ökonomischen Indikatoren, wie unsere Devisenreserven, haben sich gut entwickelt. Ausgehend von diesen sozialen Fortschritten wollen wir nun den nächsten Schritt tun, den Sozialismus errichten, um diese Fortschritte zu bewahren und weiter zu vertiefen.

Dazu müssen wir den Staat umgestalten, wir können den Sozialismus nicht in und mit einem bürgerlichen, kapitalistischen Staat aufbauen. Wir stärken jetzt die Organe der Volksmacht, um einen Staat des Übergangs zum Sozialismus zu schaffen, der sich auf die kommunalen Machtorgane stützt. Das ist für uns eine entscheidende Frage. Bei ihr geht es um das politische Bewusstsein der Bevölkerung, um ihre gesellschaftliche Verantwortung, um ihr Verständnis von den Möglichkeiten des Staates, die auch von der Organisiertheit der Menschen abhängen. Deshalb haben wir die Consejos comunales, die örtlichen Räte in den Wohnvierteln und Stadtteilen, geschaffen und heben dies jetzt auf die Ebene der Kommunen, um so die Keimzellen für den neuen Staat zu schaffen. Damit stärken wir die Volksmacht und werden letztendlich den kapitalistischen Staat überwinden, der ein Hindernis beim Aufbau des Sozialismus ist.

Ein zweites Element ist, das wir uns weiterhin innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise bewegen. Wir fördern jetzt strukturelle Veränderungen, um zu einer gesellschaftlichen Produktionsweise zu gelangen. Sowohl in der Legislative wie in der Regierung werden dazu gesetzgeberische und politische Maßnahmen ergriffen, um diesen Übergang zu einer gesellschaftlichen Produktionsweise zu beschleunigen.

Und ein drittes Element: Wenn wir bei der Umgestaltung des Staates und beim Übergang zu einer anderen Produktionsweise vorankommen, wachsen die Gefahren für die Revolution. Wir haben deshalb Veränderungen hinsichtlich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Landes eingeleitet.

Wir haben die nationalen Streitkräfte, eine Berufsarmee, die exklusiv und proimperialistisch war, in eine Armee zum Schutz des Volkes umgestaltet, eine bolivarianische, antiimperialistische Armee des Volkes, eine Befreiungsarmee in den Händen des Volkes. Die Einbeziehung der bolivarianischen Milizen in die Streitkräfte ist ein wichtiger Schritt bei der Reform der Streitkräfte. Damit werden Bürger selbst zu institutionellen Bestandteilen der Streitkräfte, wenn es um die Verteidigung der Revolution geht.

Ein viertes Element hat mit den Veränderungen im Bildungssystem zu tun, wo es darum geht, die Werte des Sozialismus zu vermitteln und damit die individualistischen, auf Besitz, auf Konsum orientierten Werte, die der Kapitalismus mit sich gebracht hat, zu ersetzen.

Wir müssen sie durch Werte wie gesellschaftliche Verantwortung, Solidarität und Kreativität ersetzen. Nur auf diesem Wege werden wir erreichen, dass soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Liebe die gesellschaftlichen Beziehungen bestimmen.

Wie sieht Venezuela seine künftige Rolle im Forum von São Paulo?

Unsere Partei hat beschlossen, aktiv im FSP mitzuwirken, uns einzureihen in diese Bewegung. Die hier diskutierten Themen sind für Lateinamerika und die ganze Welt von großer Bedeutung. Wir wollen von den Erfahrungen der anderen Teilnehmer lernen und auch selbst einen Beitrag leisten. Wir sind Teil der lateinamerikanischen Entwicklung und darum nehmen wir an diesem Forum teil.

Aristóbulo Istúriz ist stellvertretender Parteivorsitzender der PSUV für die Region Oriente und einer der engsten Mitstreiter von Hugo Chávez.

Interview: Dietmar Schulz

Anecken auf Holländisch

Seit 35 Jahren bietet die Gruppe bots Popmusik mit sozial engagierten Texten

Interview mit Naudt Jansen und Kees Buenen

Was würdet ihr jemanden, der von den bots noch nie gehört hat, über euch in drei Sätzen erzählen?

Naudt Jansen: bots ist eine Band, die unheimlich viel Spaß macht, schon wegen der verschiedenen Arten von Musik, worin die Texte verpackt worden sind. Was mir ganz viel Spaß in der Band macht, ist die Abwechslung bei den Titeln. Zum Beispiel haben wir Reggae, danach kommt ein Country-Song, dann eine Funk-Nummer.

Eure Band-Geschichte ist eng mit der Friedensbewegung verknüpft, euer Band-Name bedeutet soviel wie anecken oder zusammenstoßen. Dennoch seht ihr euch nicht als politische Band. Warum nicht?

Kees Buenen: In Deutschland war die Verknüpfung mit der Friedensbewegung so, aber in Holland eigentlich nicht. Als Musiker hatten wir in verschiedenen Bands angefangen. Irgendwann mal hat Hans Sanders die Titel mit sozialpolitischem Hintergrund gemacht. Wir waren alle – vielleicht nicht aktiv – aber politisch in der gleichen Ecke gewesen.

Naudt Jansen: Das soziale Anliegen in den Texten ist ganz natürlich gewachsen.

Wer in den 70ern im Westen Deutschlands in deutscher Sprache sang, galt als Exot. Wie war es in den Niederlanden: Wart ihr Wegbereiter, oder war es schon immer ganz normal, in der Landessprache zu singen?

Kees Buenen: Holland ist ein Freidenkerland. Bei uns darf man alles sagen, fast alles. In dieser Tradition haben wir Popmusik und sozial engagierte Texte kombiniert. Das war das erste Mal.

Naudt Jansen: In diesem Sinne waren die bots schon Wegbereiter. Wir waren die erste Band in den Niederlanden, die seriöse Texte auf seriöse Musik gemacht hat.

Kees Buenen: Ich meine auch über gesellschaftliche Fragen oder soziale Brennpunkte oder Zusammenstöße zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Es gibt viele Sachen, worüber man Texte machen kann.

Eure frühen Alben tragen Namen wie »Von schlecht bis schlimmer«, »Wer schweigt, stimmt zu«, »Entrüstung« oder »Schön krank«, spätere dagegen zum Beispiel »Paradies«. Wurde euch mit den Jahren die Wut genommen?

Naudt Jansen: Nein, gar nicht. »Paradies« behandelt die Tatsache, dass die Welt ein Paradies ist und bleiben soll, aber dass sie durch Verschmutzung global bedroht wird. Dazu hat Hans diesen Text gemacht.

Kees Buenen: Es geht eigentlich um die Al-Gore-Geschichte, wurde aber schon vor Jahren geschrieben.

Später habt ihr auch in deutscher Sprache gesungen. Warum in Deutsch und nicht zum Beispiel in Englisch?

Naudt Jansen: Wir haben uns bewusst dafür entschieden, in Holländisch zu singen statt in Englisch. In Holland war das üblich, in Holland ist alles mehrsprachig. Wir haben bewusst gewählt, holländisch zu singen und bestimmte Themen zu nehmen, was in der Gesellschaft los ist. Als wir nach Deutschland kamen, sangen wir erst mal auf Holländisch, und dann entstand die Idee, dass es gut ankommen würde, wenn wir die Titel auf eine gute Weise übersetzen ließen. Das ist dann von verschiedenen Schreibern gemacht worden.

bots (niederländisch botsen: anecken, zusammenstoßen) gründete sich 1974. Die Texte waren überwiegend sozialkritisch und politisch. Die Musik verbindet Elemente von Folk, Jazz und Rock. 1976 traten sie beim Festival des politischen Liedes in Berlin auf, im Juni 1979 beim Festival Rock gegen Rechts in Frankfurt am Main. In den 80er Jahren wurde bots besonders in der Friedens- und in der Anti-Atomkraft-Bewegung populär. Zu den bekanntesten Titeln gehören »Sieben Tage lang« und »Aufstehn!«.

© Gert Gampe

Es sind bekannte Persönlichkeiten wie Biermann, Wallraff und Wader, die eure Texte ins Deutsche übertrugen. Wie kam es zu dieser prominenten Texter-Schar?

Kees Buenen: Es hat angefangen mit Biermann und Diether Dehm. Die hatten viele Kollegen und Bekannte. Die waren dann auch begeistert und haben einander die verschiedenen Lieder gegeben und auf Deutsch bearbeitet. Das ging eigentlich von selbst.

In der DDR-Rockmusik galt es von Anfang an, deutsche Texte zu singen. Es entstand eine eigene ostdeutsche, DDR-Lyrik in der Rockmusik. Habt ihr davon etwas in Holland mitbekommen und auf euren Tourneen in der DDR kennengelernt?

Naudt Jansen: Das erste Mal waren wir Anfang 1976 in Berlin zum Festival des politischen Liedes. Da gab es Lokomotive Kreuzberg aus Westberlin, später dann Nina Hagen usw., die Puhdys waren da. Mit ihnen haben wir Bekanntschaft gemacht und ihre Lieder gehört.

Eure Auslandstourneen führten nach Deutschland West und Ost gleichermaßen. Welche Erinnerungen habt ihr daran? Gab es Unterschiede?

Kees Buenen: Klar, das war immer eigenartig, wenn wir auf Tournee in der DDR gewesen waren und wenn wir dann wieder zu Hause waren. Es war kaum zu erklären, wie man sich gefühlt hat. Trotz dieser Trennung, trotz der Mauer, die da war, haben wir viele Freunde gefunden. Es gab eine ganz starke Beziehung. Ich erinnere mich gut, dass das eine gute Erfahrung war.

Naudt Jansen: Für mich war das erste Mal ein bisschen anders. Das war in der Szene des internationalen politischen Liedes. Die Atmosphäre war frei. Die Leute waren freundlich. Es war anders als in anderen Zeiten. Das war für mich eine schöne Zeit, ich habe viele Leute kennengelernt. Aber der Übergang dann zurück war, was Kees sagt, völlig anders.

Also, ihr hattet während der DDR-Tourneen schon die Chance, mit den Leuten zu reden und Kontakte aufzunehmen?

Naudt Jansen: Ja, ich habe damals auch mit »Jahrgang 49« korrespondiert. Die hatten eine Tournee in der Karibik, in Kuba und kamen zurück über Amsterdam. Und ich habe damals dort gelebt und habe sie mitgenommen in die Stadt. Das war schwierig. Die Begleiter haben gesagt: Was ist los? Das geht nicht. Aber wir haben es gemacht, und es war gut.

In den 90er Jahren hattet ihr euch in das Privatleben zurückgezogen. Was war der Auslöser, wieder auf die Bühne zurückzukehren?

Kees Buenen: Wir haben häufig Aufnahmen mit anderen Gruppen gemacht, andere Künstler produziert. Ich hatte immer gedacht, da kommt Nachwuchs, es kommt eine neue Band, die das von uns übernimmt. Aber das passierte nicht. Nach ein paar Jahren habe ich Hans in seiner gemütlichen Kneipe besucht und gesagt: Ich habe den Eindruck, die einzige Möglichkeit ist, dass wir dasselbe wieder machen. Denn es gibt keine Band, die das genauso macht. Hans war einverstanden. Er hatte gerade eine Einladung bekommen, auf einem Festival zu spielen, auf dem Folkwoods Festival in Eindhoven, und dann haben wir das Telefon genommen, Naudt angerufen. Und dann waren wir wieder da.

Wer schweigt, stimmt zu

Reden ist Silber
und Schweigen ist Gold,
wer Gold hat, kann schweigen,
doch wer hat gewollt,
dass du nach der Weise
entmündigter Greise
nur heimlich und leise
das Unrecht verfluchst.
Denn schweigst du nur immer,
wird alles noch schlimmer,
siehst nie einen Schimmer
vom Recht, das du suchst.
Denn für den, der nichts tut,
der nur schweigt so wie du,
kann die Welt, wie sie ist,
auch so bleiben.
Wer schweigt, stimmt zu.

Text: Hans Sanders/ Hannes Wader

Viele eurer alten Songs sind textmäßig brandaktuell. Habt ihr eine Erklärung dafür?

Naudt Jansen: Nein, nicht wirklich. Die Themen sind für alle Zeit: bots – anstoßen zwischen Leuten, die in ein Land reinkommen, die Immigranten, und die ursprüngliche Bevölkerung. Es ist ein allgemeines Thema. Der Spalt zwischen Arm und Reich ist ein Thema, auch die Umwelt. Das gilt ebenso für die Parteien. Es ändert sich ein bisschen, aber die Themen bleiben.

2007 verstarb euer Kopf und Sänger Hans. Er war der Gründer der Band und schrieb viele eurer Songs. Ist denn musikalisch gesehen die Lücke, die er hinterlässt, wieder zu füllen?

Kees Buenen: Ja, wahrscheinlich schon. Seit wir zu bots gekommen sind, haben Hans und ich ganz viele Songs zusammen geschrieben – die Musik jedenfalls. Neue Themen gibt es. Ich glaube, in Zukunft werden wir viele neue bots-Songs schreiben.

Naudt Jansen: Wir machen jedenfalls den Versuch.

Auf eurer Website ist zu lesen, dass ihr an einem neuen Album arbeitet, bei dem viele Gastsänger dazukommen sollen. Kann man darüber schon was verraten?

Kees Buenen: Ja, wir haben ein »Denkmal« für Hans gemacht. Viele Lieder auf der holländischen Platte hat er selber nicht mehr singen können. Deshalb haben wir bekannte holländische Kollegen gefragt, ob sie die Lieder einsingen. Das ist gelungen, sie haben alle von Herzen mitgemacht. Es ist eine phantastische Platte geworden. Die kommt im Januar in Holland raus.

Naudt Jansen: Das ist die holländische Version. Für die deutsche Version hatte Hans schon mehrere Songs gesungen, bevor er eingeschlafen ist. Aber die restlichen Songs sind von unserem neuen Sänger. Auf der deutschen Platte gibt es als Sänger ausschließlich Hans und den neuen Sänger.

Auf eurer Website steht, dass ihr 2010 zwei Konzerte in Berlin haben werdet. Eines wird bei uns sein, beim »Fest der LINKEN«.

Kees Buenen: Ja, gern. Wir freuen uns schon.

Naudt Jansen: Wir sind ja auch schon jetzt bei euch, zum Wahlkampfabschluss der LINKEN am 25. September auf dem Berliner Alexanderplatz, prima.

Interview: Gert Gampe

Brillen-Hilfe

betr.: DISPUT 5/2009 »Nicaragua ganz nah«

Die im Beitrag angekündigte Reise nach Nicaragua hat inzwischen stattgefunden. Wie geplant waren wir zum 30. Jahrestag des Sieges über die Somoza-Diktatur in der Hauptstadt Managua und konnten an den Feierlichkeiten teilnehmen. Eine Station unserer Reise war Masaya, eine Stadt mit etwas über 120.000 Einwohnern und Zentrum der gleichnamigen Region. Dort trafen wir sowohl den Bürgermeister als auch den Verwaltungschef des Gesundheitsdienstes der Region und den Direktor des Krankenhauses. Die Begegnungen hatten ihren guten Grund: Neben weiteren Solidaritätsgütern konnten wir dem Krankenhaus 470 hochwertige neue Brillen übergeben. Diese hatte der Entwicklungsdienst Deutscher Augenoptiker EDA im bayerischen Oettingen kostenlos zur Verfügung gestellt.

© privat

EDA-Leiter Egon Scheich hatte ich vor einiger Zeit eher zufällig kennen gelernt. Ich habe ihm von der Rettung des Bildes erzählt, das der nikaraguanische Maler Manuel Garcia Moia vor fast 25 Jahren an einer großen Hauswand in Berlin-Lichtenberg aufgebracht hatte und dessen Zustand inzwischen mehr als schlecht war. Bei dieser Unterhaltung kamen wir auch auf die Situation in Nicaragua zu sprechen.

Dieses noch immer sehr arme Land kann Unterstützung vor allem im Gesundheitswesen gebrauchen. Da waren die Brillen gerade recht gekommen, die wir schon bei einer früheren Reise mitgebracht hatten. Inzwischen geht es aber nicht mehr nur einfach um Brillen, sondern um eine Brillenwerkstatt, die der Entwicklungsdienst in unmittelbarer Nähe zur Augenklinik in Masaya einrichtet. Wir konnten uns vom guten Fortgang der Vorbereitungen überzeugen. Wenn alles wie geplant läuft, kann bereits im November die Ausbildung der drei nicaraguanischen Fachkräfte beginnen und im nächsten Frühjahr die Ausrüstung der Werkstatt per Schiff angeliefert werden.

Christel Schemel, Berlin

Chile-Erfahrungen

betr.: DISPUT 8/2009 »Demnächst«

Meine Überlegung, Ihnen zu schreiben, bezieht sich auf Ihre Auswahl des 11. September. Für mich (Jahrgang 1950) und andere meiner Generation, die – trotz alledem – weiterhin an dem Projekt »wissenschaftlicher Sozialismus« oder anders formuliert der »Vermenschlichung des Menschen« mitarbeiten, ist das Datum des 11. September besonders verbunden mit dem am 11. September 1973 – von der US-amerikanischen Regierung und dem CIA unterstützten – Putsch Pinochets gegen den demokratischen gewählten Präsidenten Chiles, Salvador Allende. Mir ist dieser Hinweis wichtig, weil ich feststelle, dass viele (junge) Menschen von diesem Ereignis nichts wissen und auch in »linken Diskursen« darauf nur selten Bezug genommen wird.

Deshalb werbe ich dafür, sich intensiver mit der Geschichte Chiles, den chilenischen Erfahrungen und der Politik Salvador Allendes zu beschäftigen. Der Film »Salvador Allende« von Patricio Guzmann bietet dafür einen guten Einstieg. Als ich diesen Film das erste Mal sah, wurde mir die Politikkonzeption und Praxis von Salvador Allende bewusst, der darauf setzte, dass alle Menschen erkennen können, dass zur Veränderung der Verhältnisse der Beitrag jedes menschlichen Individuums notwendig ist.

Wilma Meier, Kassel

Widerspruch

betr.: DISPUT 8/2009 »Pressedienst«, Erklärung zum Mauerbau von Halina Wawzyniak

Hallo Halina, ich habe deine sicher gut gemeinten Äußerungen zum »Mauerbau« mitbekommen. Im Kern: »... spätestens mit dem Bau der Mauer endete der Versuch, demokratischen Sozialismus in einem Teil Deutschlands zu etablieren ... einen Sozialismus vor dem Menschen flüchten, den sie nicht wollen ...« usw. usf. In der Annahme, dass dies richtig wiedergegeben ist, will ich darauf aufmerksam machen, dass du entweder wie Rotkäppchen vom Weg abkommst oder im Begriff bist, linke Positionen gänzlich zu verlassen. Kein Mensch ist »vor dem Sozialismus geflüchtet«, da es noch keinen solchen gab; im Ostteil Deutschlands herrschte 1961 und auch späterhin kein »demokratischer Sozialismus«; die Befestigung und Schließung der Grenze zum der DDR gegenüber verfeindeten Westen beendete mitnichten den Versuch, Sozialismus zu machen, zumindest nicht für mich – das nur in Kürze. Das Verlassen der DDR hatte konkrete Ursachen, wobei nicht die tatsächlichen »Lebensleistungen der Bürgerinnen und Bürger« bei dem Versuch, eine menschlichere als die kapitalistische Gesellschaft zu gestalten, dazu zählten. Die unterschiedliche wirt-

schaftliche Entwicklung in Ost und West hatte ebenso konkrete Ursachen. Wir hatten auch nicht im Sozialismus erzogene Menschen, um die Gestaltung der neuen Gesellschaft zu beginnen. Vielmehr waren sie durch Kapitalismus, revolutionären Kampf und Krieg geprägt und weiterhin großteils den Maßstäben von Medien und Menschen ausgesetzt, die dem Kapital dienten. All dies und vieles mehr, was im Westen verursacht wurde, führte zu dem krassen Schritt der Grenzschließung, übrigens auch in der CSSR, Ungarn, Rumänien und Bulgarien, die bewusst und ahistorisch von Gegnern des Sozialismus auf »Mauerbau« reduziert wird. Man muss sich gründlich belesen und darf sich nicht auf den bürgerlichen Wortschatz und die damit verbundene diskreditierende und delegitimierende Bewertung beschränken, denn sonst ist es nicht weit bis zum Antikommunismus und dem Urteil, dass die BRD das bessere Deutschland war. Für deine hohe Einsatzbereitschaft für Sozialismus und Demokratie aber trotzdem meinen Dank.

Renato Lorenz, Zwickau

Mahnungs-Tipp

Die Webseite Rotemahnung.de kann Arbeitnehmern helfen, ihren offenen Lohn juristisch durchzusetzen. Eine Klage gegen den Arbeitgeber dauert sehr oft zu lange. Solche Klagen können vermieden werden. Um das Verfahren zu vereinfachen, kann das arbeitsgerichtliche Mahnverfahren verwendet werden. Es ist kürzer, und es werden keine Gerichtsgebühren erhoben. Bei Erfolg muss der Arbeitgeber die Auslagen des Verfahrens zahlen. Sollte das Mahnverfahren nicht helfen, kann man eine Klage beim Arbeitsgericht anschließen.

Bei dem Projekt Rotemahnung.de kann das gesetzeskonforme Formular für das arbeitsgerichtliche Mahnverfahren online ausgefüllt werden. Der Dienst ist leicht zu verstehen. Neben einer Übersicht der zuständigen Arbeitsgerichte wird eine ausführliche Ausfüllhilfe zur Verfügung gestellt.

Scharhabil Samirae, DIE LINKE. Bergisch Gladbach

Mathieu Carrière (59) spielte in Filmen von Volker Schlöndorff und arbeitete mit Rainer Werner Fassbinder, Brigitte Bardot und Romy Schneider zusammen. Derzeit ist er in der Telenovela »Anna und die Liebe« zu sehen. Bereits zum zweiten Mal unterstützt Carrière DIE LINKE im Wahlkampf. Warum er das tut und was er sich für den Ausgang der Bundestagswahl wünscht, darüber sprach DISPUT mit ihm.

© privat

Sie unterstützen DIE LINKE öffentlich in ihrem Wahlkampf. Warum tun Sie das?

Es gibt keine andere deutsche Partei, wo ich drei handelnde Personen nennen könnte, die ich sympathisch finde – nicht nur persönlich, sondern auch inhaltlich. Bei den LINKEN sind das für mich Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Wolfgang Neškovic. Leider ist die deutsche Politik insgesamt etwas langweilig. Ich habe das Gefühl, in diesem Land steuert alles mit Macht, viel Talent und viel Leidenschaft aufs Mittelmaß zu. Die LINKEN sind die einzigen, die mit ihren Thesen und Standpunkten, die sie vertreten, polarisieren. Ohne Verschärfung der Gegensätze gibt es keine Veränderung in der Politik. Privat kämpfe ich seit zehn Jahren für mehr Kinderrechte. Bei allen anderen Parteien bin ich da auf ein Wischi-Waschi gestoßen, was eben bei den LINKEN anders ist. Die haben in ihrem Programm stehen, dass Kinderrechte ins Grundgesetz gehören und dass die Gleichberechtigung für beide Elternteile dazugehört.

Sie haben DIE LINKE ja bereits 2005 unterstützt. Wie beurteilen Sie die Entwicklung, die die Partei seitdem genommen hat?

Es ist ein gutes Gefühl, wenn man schon früh aufs richtige Pferd gesetzt hat.

Nun ist es eher ungewöhnlich, dass sich in Deutschland Schauspieler öffentlich politisch äußern. Es gibt zwar eine Wählerinitiative, unter anderem initiiert von Peter Sodann, die eine Medienkampagne gegen DIE LINKE kritisiert. Das ist aber eher die Ausnahme. Haben Sie nicht die Befürchtung, damit bei Ihren Kolleginnen und Kollegen anzuecken?

Ich fühle mich da mit den LINKEN sehr solidarisch. Ich bin von den Medien auch sehr schlecht behandelt worden. Und wenn man das ein bisschen gewohnt ist, macht es so auch mehr Spaß. Wer will denn schon von Springer gelobt werden? Leider sehen das nicht alle meine Kollegen so. Die haben Angst, dass sie keine Rollen mehr bekommen, und äußern sich deshalb gar nicht erst öffentlich.

Wie, glauben Sie, wird die Bundestagswahl ausgehen?

Glaube versetzt Berge. Ich hoffe, das trifft auch auf Parteipolitik zu. Wir sind in einer Phase, in der Überraschungen passieren. Die Wahl von Obama war eine tolle Überraschung. Die Wahl von Sarkozy war auch eine Überraschung, allerdings eine schlechte. Der Hut, aus dem Ende September gezaubert wird, hat, glaube ich, noch eine Reihe Überraschungen auf Lager. Nicht nur weiße Kaninchen, sondern vielleicht auch einen neuen Bundeskanzler und eine neue Rot-Rot-Regierung.

Vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Dirk Schröter

Von erfüllten und unerfüllten Träumen

Unterschiedliche Beschreibungen, wie jeder seines Glückes Schmied werden will. Gelesen von Ingrid Feix

Nach einer Reihe ernsthafter und anderer weniger ernstzunehmender Publikationen im Zusammenhang mit den Ereignissen im Herbst vor 20 Jahren in Deutschland könnte man meinen, wozu nun noch so ein Buch. Doch was der Konstanzer Althistoriker Prof. Wolfgang Schuller beschreibt, liest sich spannend.

Neben den zum Teil bekannten Fakten und Geschichten setzt er eine Fülle recherchierter Details, die ein rundes Bild von der deutschen Revolution 1989 aufscheinen lassen. Der Blick reicht dabei weit über Berlin hinaus, mindes-

Repro

Wolfgang Schuller
Die deutsche Revolution 1989
Rowohlt Berlin
384 Seiten
19,90 Euro

tens von Stralsund bis Mühlhausen. Die großen Ereignisse jener Tage, Wochen und Monate werden in ihrer Entstehung hergeleitet. Außer Namen, die inzwischen immer wieder als Synonyme für diese Zeit genannt werden, etwa Schabowski, Bohley oder Genscher, tauchen viele nahezu unbekannt gebliebene auf. Geschichten des Handelns werden aufgezeigt. Tragische und komische Seiten bleiben nicht ausgespart. Nachvollziehbar wird die Dynamik, die sich in jenen Tagen entwickelte. Die anwachsende Unzufriedenheit, die sich in Demonstrationen und Protesten artikulierte. Und noch ein weiterer Punkt ist bemerkenswert, Schullers Darstellung ist keine einseitige Betrachtung, womöglich aus Siegersicht. Er geht wie Daniela Dahn in ihrem jüngsten Buch davon aus: »kein Westen ohne den Osten«, wenn er von der Notwendigkeit eines neuen deutschen Geschichtsbewussteins spricht. Gewissermaßen die Erfüllung des Traums von einer deutschen Identität jenseits nationalistischer Wünsche.

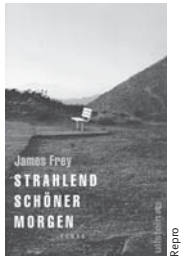
Jürgen Kuttner ist der eigentliche Autor dieses Buches, der jedoch ohne die Zuarbeit von André Meier nicht so viel Faktenmaterial offerieren könnte. Der Titel klingt ebenfalls revolutionär oder zumindest avantgardistisch. Wie erfolgreich die Bücher des stets als Kultautor benannten Kuttner wirklich sind, ist für die Rezensentin schwer einschätzbar. Letztlich sind aber seine Veranstaltungen das eigentliche Metier des Moderators und promovierten Kulturwissenschaftlers und Philosophen. Seine Betrachtungen zu Videoschnipseln wirken auf Anhieb etwas wirr, mangels der Möglichkeit, die entsprechenden Videoschnipsel im Buch zeigen zu können, auf die sich seine Ausführungen zum Beispiel zu »Frauen im Rückspiegel männlicher Ohnmacht« oder darüber, »was das Prekariat vom Ostrind im Umgang mit den Medien lernen kann«, beziehen.

Kuttner ist ein anspruchsvoller Satiriker, der das Bild seziert, das das Medium Fernsehen über unser Leben im Allgemeinen wie im Besonderen verbreitet. Was im Privatfernsehen mit TV total quotenstark als Lachnummer offeriert wird, bringt Kuttner gewissermaßen mit Tiefgang als Stefan Raab für Intellektuelle auf die Bühne und nun ins Buch. Genauso radikal, respektlos und ohne Tabu. Im Vorwort sagt er: »Die Geschichte wohnt im Einzelbild – Fernsehen dagegen bedeutet, eine vierstündige Wagner-Oper im schnellen Vorlauf in drei Minuten hören zu können. Die Wirklichkeit verschwindet im Rausch der Bilder. Was übrig bleibt, sind Günther Jauch und Johannes B. Kerner oder, schlimmer noch, Guido Knopp.«

Repro

J. Kuttner, A. Meier
Die Geburt des radikalen Islamismus aus dem Hüftspeck des deutschen Schlagers und andere west-östliche Denkwürdigkeiten
Rowohlt Taschenbuch Verlag, 236 S., 9,95 Euro

Verschiedenen Varianten des vielbeschworenen amerikanischen Traums begegnet man in dem Roman von James Frey. Es geht um Los Angeles, das 1781 von 44 Männern, Frauen und Kindern, die meisten freigelassene oder entflohene Sklaven, als Siedlung »El Pueblo de Nuestra Señora la Reina de Los Ágeles de Porciúncula« gegründet wurde. Solche Fakten über die Entstehung und Entwicklung der Stadt ziehen sich durchs Buch, wie auch die Geschichten ganz unterschiedlicher Menschen, die es nach Los Angeles verschlagen hat, die dort ihr Glück finden wollten oder auch nur einen Platz zum Leben. Da sind Maddie und Dylan, die von zu Hause, wo Alkohol und Schläge Alltag sind, abhauen. Sie lieben sich, und in L. A. wollen sie sich eine Zukunft schaffen. Doch ohne Geld ist das schwierig. Esperanza wurde auf dem illegalen Weg ihrer



Repro

James Frey
Strahlend schöner Morgen
Aus dem Amerikanischen von Henning Ahrens
Roman
592 Seiten
22,90 Euro

mexikanischen Eltern über die Grenze geboren. Das Kind soll es einmal besser haben als sie. Ihre Entwicklung verläuft gut, sie ist klug und freundlich zu jedermann, dennoch wird sie stets wie eine Aussätzige behandelt. Die Filmstars Amberton und Casey haben es geschafft, sie haben mehr als sie brauchen, Erfolg und Reichtum. Doch hinter der Fassade führen sie ein armseliges Leben. Und dann ist da der Obdachlose Joe, der mit der Welt schon abgeschlossen hatte und sich doch noch mal als Mensch beweist. Neben diesen vier Hauptsträngen werden in dem Buch unwahrscheinlich viele und ganz unterschiedliche Lebensgeschichten erzählt, und zwar kurz und prägnant. Entstanden ist so ein eigenwilliges Porträt der Stadt, die eine Millionenmetropole ist, mit Hollywood und zahlreichen Einwanderern, mit extrem Reichen und Armen. Was bleibt ist der Traum, der amerikanische Traum.

Weichenstellungen

Von André Brie

Während sich hierzulande in den Septemberwochen die Parteien mit Wahlkampfaktionen zu überbieten suchen und um Stimmen für den Einzug in den Bundestag werben, wurden einige hundert Kilometer westlich nicht weniger wichtige Weichen gestellt.

Nach der Anhörung der möglichen EU-Kommissare und ihres Chefs sollte – als ich diese Kolumne schrieb, war die Entscheidung noch nicht gefallen – das Europäische Parlament über eine zweite Amtszeit des amtierenden Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso abstimmen. Der Europäische Rat, das Gremium der Staats- und Regierungschefs, hatte den Portugiesen bereits nominiert, ist dabei aber auf die Zustimmung des Europaparlaments angewiesen.

Es ist erstaunlich, dass im deutschen Wahlkampf das Thema Europa kaum eine Rolle spielt. Schon zur Wahl des Europaparlaments im Juni hatten – alle – Parteien eher müde Aktivitäten an den Tag gelegt. Dass die EU-Wahl viel zu wenige Bürgerinnen und Bürger zur Abstimmung lockte, lag offensichtlich nicht nur an der unbestritten komplizierten Materie europäischer Politik.

Dabei steht die Ignoranz im Widerspruch zur stetig gewachsenen Bedeutung Europas und der Europäischen Union. Über zwei Drittel aller Gesetze und weitreichenden Vorschriften in Deutschland gehen bereits heute auf Vorgaben der EU zurück, sei es nun beim Verbraucher- und Umweltschutz oder in den Bereichen der Justiz- und Innenpolitik. Gerade im letzteren Bereich und insbesondere in der Asyl- und Migrationspolitik hat sich »Brüssel« ebenso einen schlechten Ruf erarbeitet wie bei der Außen- und Sicherheitspolitik, die von zunehmender Militarisierung und von weltweiten Militäreinsätzen geprägt wird.

Analyse und Alternative

Gerade deshalb ist es wichtig,diese Entwicklung nicht nur zu beobachten, sondern den Möglichkeiten entsprechend auch zu beeinflussen und zu verändern. Das Europäische Parlament könnte durchaus als Korrektiv zur nach innen neoliberalen und nach außen militärischen Politik wirken. Sicher, auch ich habe über zwei Legislaturperioden erlebt, dass die europäische Volksvertretung trotz aller Verbesserungen noch längst nicht über die Rechte nationaler Parlamente verfügt. Und sicher wird niemand bestreiten, dass die Linksfraktion in Straßburg die europäische Politik nicht umkrempeln kann. Aber sie kann offenlegen, wohin Europa steuert, sie kann wohlbegründete Alternativen anbieten und die Diskussion darüber entfachen, sie kann mit Partnern in vielen Bereichen Verbesserungen durchsetzen.

Ein solches Herangehen scheint mir angesichts der Pläne, die der Konservative Barroso bereits für eine zweite Amtszeit vorgelegt hat, dringend nötig. Zwar forderte Barroso in seinem Strategiepapier, es müsse alles getan werden, um weitere Arbeitsplatzverluste in Europa zu verhindern. Dass er jedoch allein mit Schlagworten den zwischen 2007 und 2010 erwarteten Anstieg der Arbeitslosen in der EU um mehr als acht Millionen abwenden kann, glaubt niemand. Zumal es gerade die Barroso-Kommission war, die die Aufweichung sozialer Standards in Europa vorangetrieben, die Märkte gnadenlos liberalisiert und das Wettbewerbsrecht als Instrument zur Einschränkung der Arbeitnehmerrechte eingesetzt hat. Auch in der Finanz- und Wirtschaftskrise, die ganz wesentlich durch die auch in Europa dominierende Politik der Umverteilung von unten nach oben und den den Banken erteilten Freibrief für immer gewagtere Aktivitäten für immer extremere Gewinne mitverursacht wurde, hielt sich die EU-Kommission bedeckt.

Nun aber tönt Barroso, die milliardenschweren Hilfspakete, die vor allem den Banken und der Wirtschaft zugute kommen, sollten aufrecht erhalten werden. Eine tatsächlich stärkere Kontrolle der Finanzmärkte und entsprechende Pflichten der Kommission hält Barroso offensichtlich für nicht wichtig – ebenso übrigens wie den Ausbau der Kontrollbefugnisse des Europäischen Parlaments. Kein Wort verliert Barroso über eine dringend notwendige europäische Sozialpolitik, die die EU in eine Europäische Sozialunion führen müsste. Die »Süddeutsche Zeitung« aus München kommentierte die politischen Leitlinien Barrosos drastisch: »Europa hat Besseres verdient als 51 Seiten Polit-Geschwurbel.«

Eine Wiederwahl Barrosos, und daran gab es angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Europaparlament schon vor der Abstimmung kaum Zweifel, bedeutet ein Weiter-so für die europäische Politik. Fraglich aber ist, ob ein EU-Kommissionspräsident aus der heutigen Sozialdemokratie andere Prämissen als Barroso gesetzt hätte.

© Europäisches Parlament

Orion, Großer Hund, Hase, Einhorn, Fluss Eridanus

* Rechts und links beziehen sich auf die Perspektive der jeweiligen Figur, wobei wir davon ausgehen, dass die Sternbilder uns zugewandt sind, so wie wir ihnen.

** Sterne sind in Unterzwerge, Zwerge, Riesen, Überriesen und Überüberriesen eingeteilt.

Orion: Großartiges Sternbild. Wenn Orion sich am Himmel blicken lässt, hat er das Sagen. Ihn zu übersehen ist unmöglich. Dabei fällt sein *Gürtel,* drei helle Sterne in einer Reihe, als Erstes ins Auge – von dort aus ist es ein Leichtes, den Rest des Sternbilds zu erkennen. Als berufsmäßiger Jäger ist Orion bis an die Ohren bewaffnet: mit seiner linken Hand hält er einen Schild, in seiner rechten die zum Schlagen erhobene Keule, und von seinem Gürtel herab baumelt das Schwert. Kein anderes Sternbild kann eine solche Anzahl von hell leuchtenden Sternen vorweisen – fünf Sterne der 2. und zwei der 1. Größe: der rötlich schimmernde *Beteigeuze* in Orions rechter Schulter* sowie der bläulich weiße *Rigel* in seinem linken Fuß. Mit dem 33-fachen Durchmesser der Sonne gehört Rigel bereits zu den ausgesprochen großen Sternen. Zusammen mit seiner enormen Leuchtkraft von 60 000 – 100 000-facher Sonnenstärke führt das dazu, dass er sich noch derart hell an unserem Himmel präsentiert, obwohl er mehr als 800 Lichtjahre weit weg ist, was wiederum bedeutet, dass der Lichtschein, den wir über uns erblicken, den Stern bereits verlassen hat, lange bevor Kolumbus Amerika entdeckte. Beteigeuze ist ein Überriese**, mit einem Durchmesser, 800-mal so groß wie der der Sonne, 10 000 mal so hell wie diese und ca. 430 Lichtjahre entfernt. Einer der Sterne in Orions Schwert sieht ein wenig unscharf aus. Ein Blick durch den Feldstecher offenbart, dass es sich bei ihm um eine Art Wolkenring handelt, den *Orionnebel* eine außergewöhnlich dünne, aber ausufernde Wolke aus Leuchtgas, aus deren Masse sich 10 000 Sterne von der Größe unserer Sonne formen ließen. Dass sie trotzdem so klein aussieht, liegt daran, dass sie so unvorstellbar weit weg ist. Zur *Orionsage,* siehe Seite 54.

Großer Hund (Canis Maior): Schönes Sternbild. Leider so weit südlich gelegen, dass wir dessen schwächer leuchtende Sterne in unseren Breiten nur in sehr klaren Nächten erkennen können. Sein bedeutendster Stern jedoch leuchtet heller als alle anderen: *Sirius,* der *Hundsstern.* Nicht mal neun Lichtjahre entfernt, gehört er, was die Sterne anbelangt, zu unseren engsten Nachbarn, was auch seine enorme scheinbare Helligkeit erklärt, übertrifft seine absolute Leuchtkraft diejenige der Sonne doch gerade mal um das gut 20-Fache.

Hase (Lepus): Bescheiden, aber hübsch. Der Kopf des Hasen ist heller als sein Körper und in klaren Nächten leicht zu auszumachen, zumal Orions Schwert direkt auf den hinteren seiner beiden Löffel zeigt (zum Glück hat er das Schwert bislang noch nicht gezogen). Der vordere Hasenlöffel deutet auf den Stern Rigel.

Einhorn (Monoceros): Ebenso ausladendes wie langweiliges neuzeitliches Sternbild.

Fluss Eridanus: Groß, aber ziemlich dunkel und ohne klar auszumachenden Umriss meandert dieses Sternbild durch eine dünn besternte Himmelsregion. Auf Höhe des 50. Breitengrads zeigt sich nur ein Teil der Konstellation, und *Achernar,* als Stern 1. Größe der einzige wirklich helle Punkt des Eridanus (siehe Karte 16), ist bloß an den südlichsten Ecken Europas auszumachen.

Anmerkung: Wenn Orion hoch am Himmel steht, tummeln sich in diesem relativ kleinen Ausschnitt sieben Sterne 1. Größe. Sechs von ihnen formen das ausladende Wintersechseck: Capella, Pollux, Procyon, Sirius, Rigel und Aldebaran (siehe Kalenderkarte 1). Der stark leuchtende Beteigeuze befindet sich mehr oder weniger im Zentrum dieses Sechsecks.

Bester Beobachtungszeitpunkt:
Orion: Dezember bis März.
Großer Hund und *Hase:* Januar bis März.
Kalenderkarten 1, 2, 3, 4 und 12.

Auslese

H. A. Ray

Zwilling, Stier
und Großer Bär.
Sternbilder erkennen
auf den ersten Blick

© Arche
Zürich Hamburg

180 Seiten
28,00 Euro
ISBN: 978–3– 7160–
2601–4